

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Lehren der Reichstagswahl.

III. (Schluß.)

In verschiedenen neu vorliegenden Preßstimmen wird weiterhin das *Mitläufer*-Problem behandelt. So führt Genosse Göhre in der „Neuen Gesellschaft“ aus, daß die Partei bisher allzusehr die *Mitläufer*, die nicht aus den spezifischen Kreisen der Industrie- und Landarbeiter stammten, als quantitativ nebensächlich behandelt habe. Und doch bedürfe die Partei aller nichtbesitzenden Schichten, um die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. *Mitläufer* werde die Partei stets haben, auch unter den eigentlichen Arbeiterschichten selbst. Es sei eine Utopie, zu wünschen, daß auch nur alle Industriearbeiter in die politischen Organisationen gebracht werden könnten. All diese *Mitläufer* dürften deshalb nicht geringfügig behandelt werden. Schließlich müsse die Partei auch dazu gelangen, mehr positive Arbeit auch für die nicht rein proletarischen Schichten der nicht der kapitalistischen Klasse Angehörigen zu leisten.

Ein ähnlicher Gedankengang findet sich auch in der „Sächs. Arbeiterzeitung“. Die Beherrschung einer neuen Menschheitszukunft, heißt es da, genüge nicht; die Sozialdemokratie müsse die Keime der Zukunft auch im rauen Boden der Gegenwart pflanzen. Eine kleine politische Sekte könne sich auf die Anziehungskraft ihrer Ideale verlassen, eine große Partei hingegen müsse ihre Ideale in die Wirklichkeit überführen, ihre Fruchtbarkeit von Tag zu Tag augenscheinlich beweisen.

Unseres Dafürhaltens ist die sozialdemokratische Partei niemals in den Fehler verfallen, die *Mitläufer* mit geringfügigkeit zu behandeln. Es ist stets nur mit dem durchaus gebotenen Nachdruck erklärt worden, daß die wirkliche Stärke der Partei in dem eigentlichen Proletariat ruhe, daß die sozialdemokratische Politik eine proletarische Klassenkampfpolitik sein müsse und daß alles aufzubieten sei, möglichst breite Schichten der Gesamtbevölkerung mit der *Ideenwelt* und den Prinzipien dieses Klassenkampfes vertraut zu machen. Nur eine politisch geschulte und aufgeklärte Anhängerenschaft der Partei verbürge den unaufhaltsamen stetigen Fortschritt des Sozialismus. Eine Auffassung, die gerade durch den Ausfall der diesjährigen Wahl die glänzendste Bestätigung erfahren hat!

Selbstverständlich muß die Partei auch bemüht sein, ihren Anhängerkreis über den Rahmen des eigentlichen Lohnproletariats hinaus zu erweitern. Selbstverständlich muß die Sozialdemokratie auch die politischen und sozialen Interessen derjenigen nichtbesitzenden Schichten, die dem Lohnproletariat nicht angehören, mit aller Energie vertreten, soweit sie sich dadurch nicht mit ihrem Klassenkampfprogramm in Widerspruch setzen. Und es darf denn doch behauptet werden, daß die Sozialdemokratie auch bisher schon bei allen Fragen der Gesetzgebung für die Interessen aller Nichtbesitzenden nachdrücklich eingetreten ist! Konzessionen an die Klasseninteressen der Bauern und Handwerker, die nicht auf dem Wege der allgemeinen Kulturerweiterung liegen, die im Gegenteil mit den Interessen des Proletariats, dieses Trägers des gesellschaftlichen Kulturfortschritts in sozialistischem Sinne, kollidieren, konnte freilich die Sozialdemokratie der Vergangenheit ebenso wenig machen, wie ihr das in aller Zukunft möglich sein wird! In den Fragen der Sozialpolitik und der Mittelstandsretterei v. kann die Sozialdemokratie von ihrem bisherigen Standpunkt niemals abgeben. Wer ihr das zumutet, verlangt von ihr nichts anderes, als daß sie sich mit allen proletarischen Klassenkampfauffassungen in Widerspruch setzt. Im übrigen aber ist die Sozialdemokratie stets gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Hebung der Lage aller Nichtbesitzenden eingetreten. So durch ihren Kampf um die Herabsetzung der Militär- und Koloniallasten, um die Reform der Steuerpolitik, um die Verbesserung der Lage der kleinen Beamten, um die Erringung gleicher politischer Rechte für die nichtbesitzende Klasse usw. Vielleicht kann dieser Kampf in Zukunft noch energischer geführt werden. Die Voraussetzung dafür ist aber, daß eben praktisch gearbeitet wird. Schöne Worte, bloße Forderungen tun es nicht!

Daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung bisher das menschenmögliche geleistet hat, gibt ja auch der Genosse Sadelum zu. Er erklärt geradezu, daß sich die Sozialdemokratie mit ihren sozialpolitischen Leistungen doch wahrhaftig sehen lassen könne! Daß diese Tätigkeit der Sozialdemokratie selbst in breiten Proletariatsmassen nicht hinreichend gewürdigt worden ist, daß viele Tausende von Arbeitern trotz alledem für bürgerliche Kandidaten stimmten, führt Sadelum sehr richtig auf die bisherige Unmöglichkeit zurück, an diese belagerten Massen genügend heranzukommen. Und wir glauben, daß da in der Tat die nächste Zukunftsaufgabe der Partei liegt. Selbstverständlich muß auch für die Nichtbesitzenden außerhalb der eigentlichen Arbeiterschaft alles getan werden, was irgend geleistet werden kann; aber vor allen Dingen muß sich unsere Tätigkeit auf die Gewinnung der proletarischen Schichten konzentrieren!

Noch Hunderttausende selbst industrieller Arbeiter gehören bürgerlichen Parteien an, den Nationalliberalen, dem Freisinn und vor allen Dingen dem Zentrum. Diese Massen müssen über das Wesen, die Forderungen und die Tätigkeit der Sozialdemokratie erfolgreicher aufgeklärt werden, als das bisher der Fall war. Die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse, die Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen und eine systematischere, häufigere und massenhaftere Verbreitung von sozialdemokratischen Aufklärungsschriften sind die wichtigsten Mittel, die Indifferenten oder uns gar noch feindlich gestimmten Proletariatschichten für uns zu gewinnen. Die Genossen Adolf Hoffmann und Wurm haben in dieser Beziehung in der „Neuen Zeit“ sehr dankens- und beherzigenswerte Anregungen gegeben. Einer ihrer Vorschläge geht auch dahin, mehr noch als bisher *Landarbeiterblätter* zu schaffen. Diese Blätter müßten mindestens monatlich erscheinen, populär und sachkundig geschrieben sein und die Tätigkeit der Sozialdemokratie dem ländlichen Proletariat in fesselnder und überzeugender Weise vor Augen führen. Ein besonderes Gewicht wäre ferner darauf zu legen, mindestens Ansätze zu Organisationen auch auf dem platten Lande zu schaffen, durch die auf die isolierte und politisch rückständige Landarbeiterschaft überhaupt ein größerer Einfluß ausgeübt werden kann.

Eine gewaltige Unterstützung des sozialistischen Klassenkampfes vermögen der Partei auch die Gewerkschaften zu gewähren. Mit allem Nachdruck hat auf dieses Moment der Genosse Timm hingewiesen. Die Sozialdemokratie, so führte er aus, sei für die aufstrebenden Gewerkschaften der Schutzwall ihrer freien Entwicklung. Jede Schwächung der Sozialdemokratie bedeute eine eminente Gefahr für den planmäßigen Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisationen. Die Gewerkschaftsbewegung brauche zu ihrer vollen kulturellen Wirksamkeit mehr Bewegungsfreiheit. Diese Bewegungsfreiheit könne sie aber erfolgreich nur vereint mit einer einflussreichen politischen Vertretung erringen. Und diese Vertretung besäßen die Gewerkschaften in der deutschen Sozialdemokratie. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müßten die Bannerträger in dem Wahlkampf sein. Schon aus Selbstweh für den Bestand und den Ausbau ihrer Bewegung.

Auch das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands würdigt ganz im Sinne Timms die Bedeutung einer starken sozialdemokratischen Partei für die gewerkschaftlich organisierte und noch zu organisierende Arbeiterschaft. Es gelte die politischen Organisationen der Partei noch ganz anders auszubauen als bisher. Sei doch die Organisation der Sozialdemokratie hinter ihren Gegnern zurückgeblieben. Den bürgerlichen Parteien siehe der amtliche Wahlapparat mit seiner ganzen mechanischen Kraft gegenüber. Hinzu komme die überaus bewegliche Propagandaorganisation des Reichsverbandes. Die Sozialdemokratie habe nur in größeren Städten eine einigermaßen ausreichende Organisation besessen, die aber vielfach den Ausfall der durch den Zug aufs Land entstanden war, nicht auszugleichen vermochte. Auf dem Lande lasse die Organisation noch alles zu wünschen übrig. Wo starke Parteiorganisationen bestanden hätten, habe sich die Partei trotz des verzweifeltsten Kräfteaufgebotes der Gegner bewährt. In der unzureichenden Organisation liege also ein Teil der Schuld, daß im letzten Wahlkampf so mancher alte Besitzstand verloren gegangen sei.

Aber das Organ der Generalkommission fordert nicht nur auf zur Schaffung stärkerer politischer Organisationen, sondern es verleiht der Partei auch seiner weitgehendsten und energischsten Unterstützung bei der Schaffung solcher Organisationen. Die Gewerkschaften und Sozialdemokratie gemeinsam und mit gleicher Begeisterung in den Kampf gezogen seien, so müsse auch nun gemeinsam weiter gearbeitet werden:

„Sie (die Arbeiterbewegung) muß von unten herauf beginnen, durch einträchtiges Miteinanderarbeiten an der Vervollkommnung der gewerkschaftlichen wie der politischen Organisation, durch gegenseitige Unterstützung in allen Aufgaben und durch Ausschaltung alles inneren Zwistes, der die Aktionskraft einer oder beider Gruppen schwächt und den Gegnern Angriffsöffnungen bietet... Die Gewerkschaften werden nach Kräften das Ihre tun, diese Organisations- und Aufklärungsarbeit zu fördern und die der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Millionen von Industrie- und Landproletariats für den Emanzipationskampf des arbeitenden Volkes zu gewinnen und zu klassenbewußten treuen, verlässlichen Klassenkämpfern zu erziehen. Soll diese Arbeit von Erfolg gekrönt sein, so muß sie das volle Verständnis und die volle Hingabe aller Parteimitglieder finden. Dann wird der 25. Januar aus einem Tage der Niederlage zu einem Tage der Wiedergeburt werden.“

Die Leitung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften erklärt also mit erfreulichster Deutlichkeit, daß die Gewerkschaften — wie sie die Unterstützung der Partei bei der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter als eine selbstverständliche Pflicht in Anspruch nehmen — auch umgekehrt der Parteibewegung und Parteiorganisation jede mögliche Förderung zuteil werden lassen müssen. Diese Waffenbrüderschaft zwischen Partei und Gewerkschaften verleiht die glänzendsten Erfolge. Können doch gerade die Gewerkschaften unendlich viel zur Kräftigung der

politischen Bewegung beitragen: durch Mehrung des Abonnentenstandes der Parteipresse und der Mitglieder der politischen Organisationen, aber auch durch fruchtbarste politische Aufklärung in ihren eigenen Organen und Organisationen. Es ist eine grundverlehrte Auffassung, daß sich die Einwendungen gegen eine Neutralisierung der Gewerkschaften jemals gegen eine befonnene gewerkschaftliche Taktik gerichtet hätten, die notwendig ist zur Gewinnung indifferenten Arbeiterkreise. Ebenso wenig richteten sich diese Einwendungen dagegen, daß die Gewerkschaften ihrem Charakter gemäß alle Kräfte für die spezifischen Gewerkschaftszwecke aufwendeten. Die geäußerten Bedenken richteten sich nur gegen eine Hyperneutralität, wie sie von einzelnen Gewerkschaftsführern empfohlen und geübt wurde. Und wie schädlich eine solche Hyperneutralität tatsächlich der unteilbaren Arbeiterbewegung ist, bewies ja gerade in diesen letzten Wochen erst die Haltung der Redaktion des Organs des Deutschen Buchdruckerverbandes. Von einer solchen Neutralität war erfreulicherweise in der letzten Zeit bei der ungeheuren Mehrzahl der Gewerkschaften keine Rede. Während des Wahlkampfes erklärten sich die Gewerkschaften offen für die Partei. Aufs imigste zu wünschen ist nur, daß dies Verhältnis auch für die Zukunft fortbestehen bleibt!

In vielen Wahlbetrachtungen kehrt der Tadel über die früheren Parteidiskussionen wieder. Wir wollen nicht auf Vergangenes eingehen und die Schiefheit mancher dabei geäußerten Ansichten erweisen. Eine Partei, wie die sozialdemokratische, kann und muß Meinungsverschiedenheiten tolerieren, so lange sie nicht den Bestand der Partei gefährden und ihrer Agitation fortwährend Anknüpfel zwischen die Beine werfen. Leider sind aber nicht alle Parteidiskussionen ein Zeichen der urwüchsigen Kraft und geistigen Frische der Arbeiterbewegung. Manches, was in diesen letzten Tagen Vernehmlich, namentlich aber Calver und Schippel geschrieben, war höchst bedenklich und, statt der Partei neue Lebenskräfte zuzuführen, nur geeignet, als reichsverbandlerisches Material zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwendet zu werden. Eine große Reserve wäre den betreffenden Genossen dringend zu empfehlen. Zum mindesten aber ist es in solchen Fällen notwendig, daß die öffentlichen Organe der Partei sachlich in aller Schärfe erklären, daß solche Äußerungen nichts als die Privatmeinungen ihrer Verfasser sind. Nur dadurch kann verhütet werden, daß solche Auslassungen unter den Massen Verwirrung anrichten. Würden doch manche über-eifrige Kritiker ihre Zeit nützlicher verwenden, indem sie die Gegner bekämpfen und selbst ihr Teil dazu beitragen, die von ihnen geforderte praktische und positive Arbeit, selbstverständlich im Einklang mit unserer prinzipiellen Grund-auffassung, unserem Klassenkampfstandpunkt, zu leisten!

Sehr beachtenswerte Gesichtspunkte macht auch das „Hamburger Echo“ geltend. Es betont, daß die Sozialdemokratie neben der mit allem Eifer zu betreibenden Gegenwartsarbeit auf die Hervorhebung des sozialistischen Zukunftsideals mehr als bisher bedacht sein müsse. Die hinreißende Begeisterung und Faszinierung der Massen lasse sich niemals durch bloße Kleinarbeit erzeugen, sondern einzig durch die großzügige Entwicklung jener sozialistischen Kulturwelt, wie sie die Sozialdemokratie erbauen wolle. Es erscheint uns bemerkenswert, daß diese nützliche Auffassung gerade während des Wahlkampfes auch von Kreisen vertreten wurde, die durch ihren täglichen Verkehr Anspruch auf eine genaueste Kenntnis der Höhe des Landproletariats Anspruch erheben konnten. Und in der Tat: Wenn von so manchem Kritiker immer wieder auf die Notwendigkeit verwiesen wird, der Sozialdemokratie den Stempel einer Kulturpartei aufzudrücken, so wüßten wir nicht, wie dies Ziel besser erreicht werden könnte, als durch die stete Entwicklung jenes grandiosen Kulturgedankens, der Kern und Endziel alles sozialdemokratischen Wirkens bildet!

Die russische Revolution.

Die Wahlprüfung.

Es kann nicht wundernehmen, wenn vielerorts in Russland Reaktionäre zu Wahlmännern gewählt werden; es ist aber wunderbar, daß dies nicht häufiger geschieht. Das System, das die Behörden anwenden, um einen für sie günstigen Ausgang der Wahlen herbeizuführen, kann mit vollem Recht eine konsequente Wahlfälschung genannt werden: Die Wahllisten werden falsch zusammengestellt, die Schwarzhandbücher werden auf alle Fälle zu den Wählern zugeordnet, selbst wenn sie durchaus kein Recht dazu haben; es werden Lote in Massen in die Wahllisten eingetragen usw. usw. Andererseits werden solche Wähler, die als „unzuverlässig“ gelten, in großer Zahl einfach aus den Listen gestrichen. Als die Listen öffentlich ausgelegt wurden, erwischt sich, daß sie voll Fehlern im Mittel sind; es ist aber nicht so leicht, zum Teil durch unzulässig gemacht, nachträglich die Eintragung zu erwarten.

Bei der Eintragung in die Wahllisten und in einigen Kurien auch bei der Ausübung des Wahlrechts werden von jedem Wähler besondere polizeiliche Beglaubigungen verlangt; sehr häufig weigert sich die Polizei, den als „unzuverlässig“ geltenden Wählern solche Beglaubigungen zu verabsorgen. Wer auf seinem Rechte besteht, wird mit Schimpfreden und Drohungen umgangen, bisweilen verhaftet, sogar mißhandelt. In vielen Fällen „vervollständigt“ die örtliche Polizei die berüchtigten „Erläuterungen“ des Senats und des Ministers des Innern durch willkürliche Beschränkungen des Wahlrechts. In New s. V. sprach sie den unverheirateten Wohnungsmietern das Wahlrecht ab, weil sie angeblich keinen

Die Interlions-Gebühr
beträgt für die hochgepolierte Kolonelle oder deren Raum 50 Wfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Wfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Wfg., jedes weitere Wort 10 Wfg., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wfg., jedes weitere Wort 5 Wfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Insetts für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

„Kauslichen Geiz“ innehaben! — Ober aber sie erfand willkürlich Altersgrenzen und dergleichen mehr.

Die Wahlformulare werden den Wählern durch die Polizei zugestellt; dabei begehrt sie „Zugumier“, die aber immer zumungunsten der „Unzulässigen“ und „Zugumier“, die „Unzulässigen“ ausfallen. In der „Wahlinstruktion“ verfügte Stolypin, daß die den Wählern zu verarbeitenden Wahlformulare auf der Rückseite mit dem Stempel der Lokalbehörde versehen werden müssen; nun sind an vielen Orten die Wähler überzeugt, daß die von den „Legalfizierten“ Parteien (d. h. den reaktionären) an die Wähler verteilten Wahlformulare, die mit den Namen der reaktionären Kandidaten bereits ausgefüllt sein werden, auf eine besondere Weise gestempelt werden! Also wird bei der Ausübung des Wahlaktes die Wahlkommission kontrollieren können, ob der von jedem Wähler abgegebene Zettel (dessen Rückseite der Wahlkommission sichtbar sein wird) von den reaktionären Parteien stammt oder nicht! Diese Ueberzeugung ist an einigen Orten so stark, daß viele abhängige Personen den Wahlen fernbleiben oder wider ihre politische Ueberzeugung für die Monarchisten stimmen werden.

Bisweilen gibt die Polizei den Wählern den direkten Befehl, für die reaktionären Kandidaten zu stimmen. „Wir werden schon kontrollieren“, fügt sie hinzu, „für wen gestimmt wird.“ — Im Widerspruch mit dem Befehl ist die Polizei häufig bei den Wahlen zugegen. Bisweilen werden den Wählenden ihre eigenen Wahlzettel mit Gewalt entziffen und Zettel mit den reaktionären Namen aufgezogen. Bisweilen steht die Polizei um das Wahllokal herum und läßt die „unzulässigen“ Wähler einfach nicht hinein.

In der Kleingrundbesitzerkurie wurde systematisch danach gestrebt, daß die Wähler in möglichst kleiner Zahl erscheinen. Entweder wurde der Tag der Wahlen gar nicht bekannt gemacht oder nur in einem von niemand gelesebenen Amtsblatte. Oder aber es wurde der Bekanntmachung hinzugefügt: „Erscheinen nicht erforderlich!“ — Es wurden absichtlich solche Tage für die Wahlen bestimmt, welche für die Kleingrundbesitzer un bequem liegen: In mohammedanischen Gegenden wurden z. B. Fasttage bestimmt, an welchen den Mohammedanern die Fahrt zur Wahl kirchlich verboten ist. Für die Wahlversammlungen der Kleingrundbesitzer wurden Orte bestimmt, an denen die Bevölkerung „zuverlässiger“ ist, damit diese bequem erscheinen konnte, während die „Unzulässigen“ eine weite Reise zurücklegen haben. Die Wahlversammlungen wurden statt an vielen nur an sehr wenigen Punkten jedes Kreises abgehalten, damit die meisten Wähler bei der Winterzeit und den schlechten Wegen gar nicht erscheinen können. Die Folge war, daß nur wenige Prozent der Kleingrundbesitzer überhaupt gewählt haben. In Kowgorod z. B. sind von 2000 Wählern der Kleingrundbesitzerkurie nur 13 erschienen, welche von dem Boten des Adelsmarschalls zusammengebracht wurden! Dadurch haben die Behörden erreicht, daß in der vereinten Grundbesitzerkurie, in der die Zahl der Vertreter der Kleingrundbesitzer davon abhängt, wieviel Kleingrundbesitzer auf der ersten Stufe der Wahlen erschienen, der Großgrundbesitz die erdrückende Mehrheit hat und so alle in die allgemeine Gouvernementswahlversammlung zu entsendenden Wahlmänner der Gutbesitzerkurie von den Großgrundbesitzern bestimmt werden. Dieses Vorgehen hat eine starke Vertretung der Monarchisten auf den Gouvernementswahlversammlungen zur Folge, und hier und da wird es infolgedessen dazu kommen, daß ein ganzes Gouvernment lauter Reaktionäre in die Duma entsendet.

In der Bauernkurie wurde der schamloseste Druck ausgeübt: Vor den Wahlen wurden freibeitlich geführte Bauern massenhaft verhaftet oder verhaftet, in den Wahlenversammlungen, in denen die Wollotvertreter gewählt wurden, waren Lokalbehörden, Urzabnis, bisweilen auch Semski Ratshalniki zugegen, an einigen Orten wurde die Wahl der reaktionären Kandidaten mit Gewalt oder durch Betrug durchgegriffen, und nur dem energischen oppositionellen Geiste der Bauern ist es zu verdanken, daß dies nicht viel häufiger geschehen ist. Nachher erfolgten massenhaft Verhaftungen von gewählten Wollotvertretern: Detachements von Cossaken überfielen ganze Dörfer, um die Wollotvertreter zu fangen; sie prügelten die Einwohner mit Kogalkas durch, wenn sie sie weigerten, die sich verborgen hielten, nicht herauszufinden.

Auch in den Städten wurden „Unzulässige“ vor den Wahlen vielfach verhaftet oder gar verhaftet; in Wjaska stieg die „Unzulässigen“ deshalb, weil die freibeitlich geführte Bevölkerung durch die wahllosen Ausweisungen und Verhaftungen dezimiert war. Die oppositionellen Wahlmännerlisten müssen an den meisten Orten abgehalten werden; die gesamte Wahlfähigkeit der Opposition muß auf konspirativem Wege vor sich gehen.

Abwechslung der Opposition doch nicht, so werden die Wahlen aus mehreren Gründen von den Kommissionen häufig für „ungültig“ erklärt. Gegen diese Ungültigkeitserklärungen werden zwar Klagen eingereicht; es werden aber unterdessen die Gouvernementswahlen halbfertig haben, und der Zweck ist jedenfalls erreicht. Wenn bei all diesen Umständen, diesen systematischen Wahlverfälschungen, die Opposition doch noch in starker Zahl in die Duma eintritt, so wird dies beweisen, wie sehr alle Schichten, außer den Privilegierten, nach einer neuen Ordnung der Dinge sehnen.

Die Drangsale eines Wählers.

Die „Russ. Korresp.“ schreibt unter obigem Titel: In der Zeitung „Wladimir“ ist der Brief eines Wählers der Stadt Wladimir veröffentlicht worden. In diesem Briefe erzählt der betreffende von den Drangsalen, die er zu erleben hatte: Er ist ein Hausbesitzer der Stadt Wladimir, lebt aber nicht in der Stadt und hat deshalb die „persönliche Einladung“ von der Polizei nicht bekommen. Er kommt nun in die Stadt, um an den Wahlen teilzunehmen, und geht in das Rathaus, um die „persönliche Einladung“ zu erhalten. Der Sekretär der Stadtverwaltung forderte von ihm einen „Identitätsnachweis“, obgleich er den Herrn persönlich kennt. Jener zeigte seinen Pass, das genügt aber nicht, und der Sekretär forderte ein Zeugnis von der Polizei, daß er wirklich Eigentümer des Hauses ist. Um aber dieses Zeugnis zu bekommen, muß man ein Zeugnis der Stadtverwaltung vorzeigen, daß man in die Wählerlisten eingetragen ist. Das letztere Zeugnis bekam der Wähler endlich. Der Polizeichef weigerte sich aber, ihm das Polizeizeugnis zu geben, unter dem Vorwande, daß der Wähler unter administrativer Polizeiaufsicht stehe. — Vergebens suchte der betreffende zu beweisen, daß das Gesetz die unter Polizeiaufsicht stehenden von der Teilnahme an den Wahlen nicht ausschließt.

Solcher Beispiele gibt es Tausende und abertausende.

Die städtischen Wahlmänner.

Petersburg, 12. Februar. (R. L. W.) In verschiedenen Städten, die eigene Vertreter in die Duma entsenden, haben die Wahlmännerwahlen stattgefunden. Jede Stadt wählt 80 Wahlmänner. In Astrachan befinden sich unter den Gewählten 46 Kadetten und 21 Sozialdemokraten, in Charkow 21 Sozialdemokraten, 14 Kadetten, 12 Mitglieder der Sozialgruppe und 28 Linkstehende ohne bestimmte Parteizugehörigkeit. In Tula 40 Kadetten und Monarchisten, sowie 40 Kadetten und Mitglieder der Partei der friedlichen Erneuerung, in Jaroslavl 76 Kadetten.

Wahlversammlungen in der Kirche.

Da die Wahlagitator der monarchistischen Parteien durch die Beteiligung der Redner oppositioneller Parteien an den von den Monarchisten veranstalteten Wahlversammlungen in hohem Maße beeinträchtigt wird, so ist auf Betreiben des geistlichen Professors Gortschakow von der zuständigen russischen Behörde gestattet worden, geheime Wahlversammlungen in den Kirchen zu veranstalten!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Februar 1907.

Forstetat.

Das Abgeordnetehaus beriet am Mittwoch den Forstetat. Hierbei kam es zunächst zu einer Auseinandersetzung

zwischen den Vertretern Berlins und der Regierung über die Frage, ob der Brunwald als Volkspark erhalten bleiben oder abgeholzt werden solle. Die Regierung gab die beruhigende Erklärung ab, daß sie nicht an die Abholzung des Waldes denke, sondern bereit sei, ihn der Stadt Berlin zu verkaufen! Ob die Berliner Kommunalverwaltung nunmehr mit der Forstverwaltung wegen des Ankaufs in Verbindung treten wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls steht das eine fest, daß Berlin weit weniger für die Anlagen von Volkspark getan hat als irgend eine andere größere Gemeinde. Andererseits ist aber auch der Regierung der Vorwurf nicht zu eriparen, daß sie die fiskalischen Gesichtspunkte höher stellt als die der Volksgesundheitspflege.

Von allen Seiten des Hauses wurden Wünsche auf Erhöhung der Gehälter der Forstbeamten vorgebracht. Die Regierung kam dabei recht schlecht fort; denn sogar die Konservativen tadeln es, daß seit zehn Jahren keine allgemeine Gehaltserhöhung erfolgt ist. Von nationalliberaler Seite wurde der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Regelung der Beamtengehälter eingebracht. Ueber das Schicksal dieses Antrages wird am Donnerstag entschieden werden.

Sonst ist aus der Debatte nur noch die Aufforderung des Abg. v. Arnim (L.) an die Regierung hervorzuheben: keinen frei organisierten Bauarbeiter oder Maurer mehr mit Holzfällen in den Forsten zu beschäftigen! Folgt die Regierung diesem scharfmacherischen Rufe, dann werden wohl in Zukunft Herr v. Arnim und seine Standesgenossen selbst Holz fällen müssen. Jedenfalls wäre das eine nützlichere Tätigkeit als die, welche die meisten Junfer heute ausüben.

Neue Reim- und Bülow-Entschüllungen.

Die Zentrumspreffe gibt nach den Publikationen des „Bahr. Kurier“ neue Dokumente der Wahrheitsliebe des Herrn Reim und unserer Offizialen zum besten.

Bekanntlich hatte die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziell erklärt, daß der Reichskanzler und die Reichskanzlei mit den vom Vorsitzenden des Flottenvereins, Generalmajor Reim, vertriebenen Flugblättern, für die die Reichskanzlei Herrn Reim ihr angebotene Privatmittel zur Verfügung stellte, nichts zu tun gehabt habe. Es handelte sich dabei um die „Lügen- und Schmuhschriften“ „Die Lügen des Herrn Erzberger“ und „Die koloniale Lügenfabrik (Erzberger, Stadthagen u. Co.)“. Nunmehr veröffentlicht der „Bahr. Kurier“ folgenden Brief des Generalmajors Reim an den Preßdezernenten der Kolonialabteilung:

„Ich bin gestern bei Fürst Bülow und heute bei Herrn v. Loebeck gewesen, die meinen Besuch gewünscht hatten. Wir sind konform, was die Agitation betrifft, ebenso, daß die Antwort auf Herrn Erzberger heißen muß: „Die Lügen des Herrn Erzberger“. Jeder andere Titel ist unwirksam und möchte ich ganz ergebenst darauf aufmerksam machen, daß die Schrift: „Die Lügen des Herrn Erzberger“ möglichst bald erscheinen muß. Ich bitte, mir vor der Drucklegung einen Briefbogen abzugeben zu übermitteln, da ich vielleicht noch hier und da einen Schläger aufsetzen kann.“

Man sieht: entweder sagt Herr Reim oder das offiziöse Sprachrohr des Reichskanzlers die Unwahrheit!

Wie die von der Reichskanzlei moralisch und finanziell unterstützte Wahlflugblattfabrik in ihren Schmuhschriften gegen das Zentrum wütete, erhellt aus dem Flugblatt „Die koloniale Lügenfabrik“. Darin wurden die Ultramontanen als

„Augehaltene des Auslands“

bezeichnet, weil dem Zentrum aus England Geldmittel zur Führung des Wahlkampfes zugegangen waren. Daß die Nationalliberalen beispielsweise in England um Geld gekloppt hatten, verweigert natürlich Herr Reim! In der Tat: die „Augehaltenen der Reichskanzlei“ hatten alle Ursache, sich über das wasserloslose Zentrum zu enttäuschen!

Die Jesuitentaktik des famosen Herrn Reim kennzeichnen folgende Briefe:

Generalmajor Reim am 16. Januar 1907 an den Katholiken Professor Dr. v. Savigny in Münster:

„Ich hoffe, daß durch Ihre liebevolle Darstellung weiten Kreisen unserer katholischen Mitbürger endlich die Augen geöffnet werden über die Gefahren, welche dem Katholizismus als solchen drohen, wenn sein berufener Vertreter auch weiterhin das Zentrum in seiner jetzigen Gestalt bleiben sollte.“

In der Tat: ein Niedermann, dieser Intimus und Wahlhändler des deutschen Reichskanzlers!

Von der amtlichen Wahlmasche für den Protektor der Streikbrecher, den General Liebert, zeugt das folgende: General v. Liebert sagt am 11. Januar 1907 dem Generalmajor Reim, daß er in seinem Wahlkreise „mit Mißtrauen empfangen werde“. General Reim antwortete ihm unter dem 15. Januar 1907:

Es ist von hier aus alles geschehen, auch von Seiten der Reichskanzlei, um Ihnen die unangenehme Konkurrenz (damit sind die bürgerlichen Gegenkandidaten gemeint) vom Hals zu schaffen. Eine wahrhaft stinkende Korruption! —

Reformen für die belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 10. Februar. (Fig. Ver.)

Die Kammer hat die Arbeiterreformen betreffenden Amendements in Beratung genommen und einige davon mit einem für die Arbeiter günstigen und erfreulichen Erfolge erledigt. Der Arbeitsminister Francotte hat es ja an Bemühungen, die Industrie vor zu weitgehenden und zu unermittelten Reformen zu „schützen“, nicht fehlen lassen, und selbstverständlich hat es ihm an Hilfe im Hause nicht gemangelt.

Das der Regierung entziffene und gegen den kapitalistischen Widerstand durchgesetzte Stück Vergarbeitsgesetz ist ein anerkannter wertvoller Schritt nach vorwärts, dem einen weiteren folgen zu lassen die Regierung sich mit sanfter Miene verpflichtet mußte. Der Minister widersetzte sich nämlich dem Amendement Helleputte, das die Pensionen für die alten Vergarbeiter auf alle Vergarbeitsjahre ausdehnte. Sie werden vorläufig nur den Vergarbeitern der Campine zugute kommen, doch verspricht der Minister in aller Form, noch in dieser Session der Kammer einen separaten Gesetzesentwurf, basierend auf denselben Bedingungen, für die Arbeiter der übrigen Kohlengebiete vorzulegen.

Nach dem neuen Gesetz haben nun die Vergarbeiter der Provinz Limburg und Antwerpen das Anrecht auf eine Pension von 360 Fr. jährlich und zwar vom 55. Lebensjahre

an. — In Bezug auf die Kinderarbeit im Bergbau wurde gegenüber der bisherigen Bestimmung, die die Kinderarbeit bis zum zwölften Jahre verbietet, das vierzehnte Jahr als Grenze (auf Grund des Amendements des Genossen Denis) festgesetzt. Der Antrag wurde bemerkenswerterweise fast einstimmig mit 119 Stimmen gegen 8 Enthaltungen angenommen. — Das Kapitel über die Kinderbeschäftigung im Bergbetriebe war freilich herabsetzend und schmerzhaft genug, und es ist hohe Zeit, daß sich Belgien von dieser Schmach befreit. Wie Genosse Denis mitteilt, gibt es derzeit in belgischen Gruben noch 1200 bis 1500 Kinder von 12 bis 14 Jahren. Und wie fürchterlich war des sozialistischen Bergarbeitervertreter Marville Anklagerede, die das Leben der armen schwachen Jungen in der giftigsten Grube, in den steten Gefahren der Schlagwetter beschrieb! Von allen Seiten gab es Zustimmung, nur der Minister wandte als unbedachter Verteidiger industrieller Interessen ein, daß für das Lehrlingswesen und die Erneuerung der Vergarbeitergenerationen Gefahren entstehen könnten, und er empfahl eine geringe Verkürzung der Beschäftigungszeit für Kinder. . . Zum Glück bewies das Haus mehr sozialpolitischen Verstand als dieser sogenannte „Arbeitsminister“.

Selbstverständlich mußte jeder Redner als Korrelat des Kindergesetzes die Einführung des obligatorischen Unterrichts als unabwendbare Notwendigkeit anführen. „Schickt die Kinder in die Schule — statt ins Bergwerk hinunter!“ so tönte es rechts und links. Nach dieser Abstimmung mußte logischerweise die Kammer auch eine Majorität für die das Haus bald beschäftigende Schulreform haben.

Angenommen wurde mit dem Amendement Denis noch das vollständige Verbot der Frauenarbeit in den Kohlengruben, das bisher nur für die minderjährigen Frauen Geltung hatte. Die betreffenden Gesetze treten drei Jahre nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. — Abgelehnt wurden u. a. zwei Amendements des Genossen Pevin, die sich auf die Anstellung unabhängiger, von den Arbeitern zu wählenden Inspektoren wie auf die Anstellung eigener Inspektoren für Grubenhigiene bezogen.

An den nächsten dringenden Aufgaben, die der Kammer harren, wird sich's erweisen, ob der moderne Hauch, der durch die Kammer gezogen ist, auch anhält. Denn wie beschämend Belgien noch zurück ist, das zeigen gerade die paar bescheidenen Reformen, die hier wie ein Triumph hoher Einsicht und sozialpolitischen Geistes empfunden werden. —

Deutsches Reich.

Agrarische Forderungen an den neuen Reichstag.

Die Herren Agrarier begannen bereits, durch den Wahlausfall und die agrarisch-reaktionäre Zusammensetzung des Reichstages aufgestachelt, allerlei schöne Forderungen an die Regierung zu stellen. Zunächst soll die Regierung die Versteigerung ändern und die aus dem Anlande eingeführte Versteigerung als Maßgabe der zweiten, wie die im Zirkus Busch angenommene Resolution verlangt, mit den Vereinigten Staaten von Amerika kein Handelsvertrag abgeschlossen werden, der den Amerikanern irgend welche anderen Vergünstigungen gewährt, als diejenigen, die schon bisher den Vertragsstaaten eingeräumt worden sind, und drittens soll, um der sogenannten „Leutenot“ zu steuern, die Freizügigkeit der Arbeiter beschränkt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Hauptblatt der Landhändler, schreibt, nachdem sie die vom Landwirtschaftsminister empfohlene An siedelung von Arbeitern auf dem Lande für unzureichend erklärt hat:

„Aber selbst wenn diese Voraussetzungen sich erfüllen sollten, würde eine Beseitigung oder wesentliche Abschwächung der Leutenot aus den oft entwidesteten und genugsam bekannten Gründen nicht zu erreichen sein. Je mehr man die Frage durchdenkt, um so fester wird die Ueberzeugung, daß wir um eine Beschränkung der Auswähle der Freizügigkeit nicht herumkommen. Der Grundlag der Freizügigkeit soll und darf nicht aufgegeben werden. Aber es müssen gewisse Nebenwirkungen verhütet werden, die die Wohlfahrt zu Plage machen. Auch wir wollen heute bei dieser Gelegenheit nicht das wiederholen, was wir früher dargelegt haben. Wir möchten nur den Landwirtschaftsminister dringend bitten, seine ganze Aufmerksamkeit dieser Frage und der eminenten Gefahr der Verödung des platten Landes zuzuwenden. Tut er das, so sind wir überzeugt, daß er mit und zu der Aufsammlung kommen wird: Hier genügen kleine Mittel, so gut sie gemeint sind und so segensreich sie auch sein mögen, schließlich nichts; hier müssen große, durchgreifende Mittel angewandt werden, die einen dauernden Erfolg versprechen.“

Die Herren Agrarier fühlen sich wieder oben auf — ein schöner Erfolg der freisinnigen Wahlstatik. —

Dernburg als Wanderredner.

Herr Dernburg hält weiter Kolonialreden. In Darmstadt ließ er sich am Montag folgendermaßen aus:

„Zwei Dinge gingen aus der Geschichte dieses Feldzuges hervor. Zunächst der Stolz, den die ganze Nation über die Verteidiger unserer Fahne im fernen Weltteil empfindet und die Ueberzeugung, daß das Material der deutschen Armee noch wie vor 36 Jahren ein erstklassiges sei. Zweitens hätten wir den Vorzug, daß nun 22000 junge Männer in Afrika gewesen seien und die Lebensart von der Verlosigkeit der „afrikanischen Sandwüste“ keinen Boden mehr habe. Es gäbe doch wohl nicht mehr viele deutsche Dörfer, die nicht einen ihrer Söhne dorthin geschickt hätten. Vergleichend könne man die frühere Lebensart von der heiligen römischen Reichs-Streusandbüchse, in der jetzt fünf Millionen Brandenburger lebten, heranziehen, wenn sich auch Südwestafrika nicht gleich der Mark Brandenburg zu entwickeln vermöge. Die Aufgabe der Kolonisation sei eine Arbeit des Friedens und der Kultur. Frevelhaft und töricht erweise der Ausbruch, die deutschen Truppen seien als Ausbeuter und Ausfänger hinausgezogen. Dort warteten die gleichen Kulturvölker wie hier und auch dort werde der Arbeiter nicht mehr als hier ausgenützt werden. Alle jene Schlagworte seien gegen das Interesse Deutschlands geprägt; die in unserer Nation vorhandenen großen Kulturkräfte dort nunmehr zur Betätigung zu bringen, sei unsere Aufgabe. Hätte man früher vorgeföhrt, wären rechtzeitig die erforderlichen Mittel zur Kultivierung des Landes vorhanden gewesen, so wären nie die so kostspieligen Ausgaben erwachsen. Es ergebe sich die Lehre, wie gefährlich ist die Kolonisation mit unzureichenden Mitteln sei.“

Herr Dernburg ist noch immer optimistisch. Die 22000 Soldaten, die in Südwest waren, sollen 22000 Kolonialenthusiasten geworden sein. Hat denn nicht Herr Jsenbichl im Einverständnis mit der Kolonialabteilung die Anlage gegen den „Vorwärts“ fallen lassen, weil er befürchtete, daß dieser Pechprophet die Wahrheit jenes Briefes ergeben könnte, daß mancher Südwestafrikaner aus dieser teuren Kolonie als Sozialdemokrat zurückkomme?

Reiner ist es ein fündiger Lusthieb, wenn Herr Dernburg sagte, es sei frevelhaft und töricht, zu behaupten, die deutschen Truppen seien als Ausbeuter und Ausfänger nach Südwest gegangen. Solchen Widsinn zu behaupten, ist niemals einem Sterblichen eingefallen!

Rechtenswert ist die Warnung Dernburgs, mit „unzulänglichen Mitteln“ zu kolonisieren. Der deutsche Steuerzahler wird ja bald mit Schrecken erfahren, was Herr Dernburg für „unzulängliche“ Mittel hält!

Die Blamage des — Flottenvereins.

Die freisinnig-vollparteiliche „Vredauer Zeitung“ wittert furchtbar über die „Blamage des Flottenvereins“. Fürst

Bülow habe alle Veranlassung, vom Flottenverein möglichst weit abzurufen.

Und der freisinnig-vollparteiliche Herr Eichhoff? Hat dieser Herr sich nicht jede amtliche Protektion und Wahlmacht, die ihm Herr Reim verschaffen konnte, mit glühendem Danke gefallen lassen? Wäre es nicht an der Zeit, daß der Freisinn auch von Herrn Eichhoff „möglichst weit abdrücke“?!

Der Arafel im bayerischen Zentrum.

Im bayerischen Zentrum scheint es zu einem kuriosen Zwist kommen zu sollen. Die Erzbischöfe von München und Bamberg haben bekanntlich vor der Reichstagswahl an ihre Diözesanen eine Warnung vor der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel erlassen. Daraufhin hat die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ angedeutet, der Münchener Erzbischof hätte diese Parole nicht aus eigenem Antriebe ausgesprochen, sondern wäre einem aus Hoffreisen auf ihn ausgeübten Druck gefolgt. Jetzt veröffentlicht nun der Erzbischof von Bamberg, Dr. von Albert, in der „Augsb. Postz.“ eine Erklärung, in der diese Mitteilung als unrichtig bezeichnet wird. Er behauptet:

„Demgegenüber erkläre ich, daß ich sofort, nachdem ich die Stichwahlparole gelesen hatte, mich mit dem Herrn Erzbischof von München, der in seinen Diözesanen durch diese Parole ebenso betroffen war wie ich, ins Benehmen setzte, und ich glaube den sichersten Anhaltspunkt dafür zu besitzen, daß meine Stellungnahme auch die seine in ausschlaggebender Weise bestimmte.“

Man lasse also den greisen Erzbischof von München, der alles schweigend duldet, und den, wenn nicht sein hohes Amt, so doch wenigstens sein ehrwürdiges Alter schon vor all diesen Berührungspunkten schützen sollte, aus dem Spiel, und halte sich einfach und allein an mich. Im Vertrauen auf Gott und unser gutes Recht nehme ich die ganze Verantwortung dieses unseres gemeinsamen Schrittes auf mich, als jenen von uns beiden, der die jüngeren Schultern besitzt.“

Diese Erklärung ist recht nützlich. Der preussische Gesandte am bayerischen Hofe, der Prinz Ludwig und verschiedene andere Personen, die als eigentliche Urheber der erzbischöflichen Briefe genannt wurden, haben also mit diesen nichts zu tun. Um so deutlicher aber stellt der Brief des Herrn von Albert fest, daß eine ungeschickliche Wahlbeeinflussung durch die beiden Erzbischöfe in ihrer Eigenschaft als bayerische Staatsbeamte stattgefunden hat. Damit ist das Material für eine Anfechtung der Wahl im ersten Münchener Wahlkreis und in Erlangen-Fürth gegeben. Der Reichstag wird sich also mit dem Wahlbeeinflussungsverfahren der beiden frommen Seelenhirten noch zu beschäftigen haben.

Die freisinnigen Handlanger der Reaktion.

Unsere vorgestrige Liste der Wahlkreise, die der Freisinn in der Stichwahl der Reaktion angeklüffelt hat, um die Wahl der Sozialdemokraten zu verhindern, bedarf noch einer Ergänzung. Zwei Wahlkreise sind dem Freisinn noch aus Konto zu schreiben: Reichen-Großenhain und Eiberfeld-Barmen. Die Wahlergebnisse lauteten dort:

Es erhielten Stimmen:
Stichwahl Hauptwahl

Reichen-Großenhain.			
Nischke (Soz.)	14921	14174	Fr. Zg. 3427
Gaebel (Anti.)	17291	6976	A. 6599 Z. 126
Eiberfeld-Barmen.			
Wollenbühr (Soz.)	29469	28256	Freis. u. Natl. 13214
Ving (Anti.)	33615	14157	Z. 6079 P. 34

In Eiberfeld-Barmen marschierte der Liberalismus allerdings unter der Fahne des Nationalliberalismus, da der Kandidat Nationalliberaler war. Indes ist wohl bekannt, daß die überwiegende Mehrheit seiner Heerschare von den Freisinnigen gestellt wurde, an deren Spitze dort der in Bingen durchgefallene Schmidt-Eiberfeld wirkt. Die Flugblätter, die bei der Stichwahl zur Wahl des Antisemiten aufforderten, sind denn auch ausdrücklich von der freisinnigen Volkspartei mit unterzeichnet.

Die Liste der in den Stichwahlen vom Freisinn der Reaktion ausgelieferten Mandate erhöht sich demnach auf 32, die Unterliste der von ihnen speziell den Antisemiten zugesprochenen Mandate auf 61.

Dazu kommen dann noch die Wahlkreise, wo der Freisinn gleich im ersten Wahlgang für die Reaktion eintrat, wie Gotha und Breslau-Ost.

Die Einkommensteuerverhältnisse in den Kleinstaaten werden grell beleuchtet durch eine Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion des russischen Landtages eingereicht hat. Sie fordert das Ministerium auf, dem Landtage baldigst einen Revisionsentwurf des Gesetzes betreffend die Erhebung der Einkommensteuer vorzulegen. In der Begründung der Interpellation führte Genosse Vetterlein u. a. aus:

„Schon vor 3 Jahren haben die sozialdemokratischen Abgeordneten eine Aenderung des Einkommensteuergesetzes beantragt, aber noch immer ist nichts geschehen, um die Härten und Ungerechtigkeiten desselben zu beseitigen. In erster Linie müßte das Gesetz dahin geändert werden, daß die unteren Steuerstufen entlastet und die oberen stärker herangezogen werden. In einer ganzen Anzahl Nachbarstaaten seien die Lasten zugunsten der ärmeren Bevölkerung gerechter verteilt. Aber auch in bezug auf die Berechnung des Einkommens der Ehefrauen aus Arbeitsverdienst bei über 600 M. seien erleichternde Uebergangsbestimmungen dringend nötig. Eine trasse Ungerechtigkeit sei es ferner, daß hier wohnende aber auswärts beschäftigte Arbeiter zu der vollen Höhe ihres Einkommens herangezogen würden, trotzdem sie erhebliche Unkosten durch Fahrgele, Logis usw. hätten.“

Nachdem der russische Staatsminister von Hinüber die Beschwerden über das Einschätzungsverfahren und bei Reklamationen anerkannt hatte, „hoffte“ er, in der übernächsten Session dem Landtage einen neuen Gesetzentwurf vorlegen zu können.

In der Diskussion führte Genosse Vetterlein einige Beispiele der Steuerveranlagung an, die allgemein bekannt zu werden verdienen. Bei einem Einkommen von 1000 M. müssen in Rußl. 2. 14,40 M., in Meiningen 13 M., in Gotha 12 M., in Altenburg 10,50 M., in Sachsen nur 8 M. Einkommensteuer gezahlt werden, bei 50 000 M. aber in Rußl. nur 1740 M., in Altenburg 1920 M., in Gotha 1972 M., in Meiningen 2000 M. Wenn man unten entlastet und oben stärker zugreife, könnten auch die Mittel beschafft werden, um den Gemeinden größere Zuschüsse zu Schulbauten zu geben.

Die bürgerlichen Abgeordneten wußten dazu nichts Wesentliches zu sagen. Die Interpellation wurde für erledigt erklärt.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag?

Die deutsche Regierung hält noch immer geheim, welches Abkommen sie mit den amerikanischen Handelsdelegierten bezüglich der vertraglichen Regelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen getroffen hat. Vielleicht erfährt man jetzt auf dem Umwege über Washington näheres. Im amerikanischen Repräsentantenhaus brachte nämlich heute Randall eine Resolution ein, in welcher Präsident Roosevelt ersucht wird, dem Hause mitzuteilen, welche Abmachungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bezüglich des Zolltarifs getroffen oder welche die Staatseinnahmen der Vereinigten Staaten oder ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland betreffenden Vorschläge beiderseits gemacht worden seien. —

Eine Kennzeichnung der Breslauer Justiz.

Breslau, 13. Februar.

(Privatdepesche.)

Der Genosse Radloff von der „Volkswacht“ lehnte heute in einem Verleumdungsprozeß die bekannte Janse-Strakammer (die u. a. das Unrecht gegen Genossen Löbe fällt. Red. d. „Borw.“) wegen Gefangenheit ab, weil man vor dieser Kammer nie sein Recht finde. Der Ablehnungsantrag wurde abgelehnt, worauf Angeklagter und Verteidiger auf jede Teilnahme an der Verhandlung verzichteten. Der Vorfall erregt ungeheures Aufsehen.

Ein Unternehmerorgan über Südwestafrika.

Die „Deutsche Konfektion“ fällt folgendes Urteil über unsere herrliche südwestafrikanische Kolonie, das „neue Deutschland“, das uns bereits eine halbe Milliarde gekostet hat:

„Im übrigen gibt auch Dernburg, freilich in vorzichtiger Form, zu, daß Südwestafrika ein minder begünstigtes Land ist. Ein Eden wird dieses Land nie werden.“ Wenn ein Geschäftsfreisender einen in seiner Preisliste verzeichneten Artikel seinen Kunden mit ähnlichen Worten anbietet, so bedeutet das: „Ich muß den Artikel nun einmal fähen und dir anbieten, lasse aber lieber die Hände davon weg, es ist nichts damit anzufangen.“ Solches ist wohl auch der Sinn der Dernburg'schen Worte. Schon vor Jahresfrist wiesen wir darauf hin, daß dieses Land eine ausichtslose Sandwüste ist, die nie und nimmer einen Nutzen abwerfen kann. Das weiß die Regierung sehr wohl und begründet die von diesem Jammerland verschlungene Milliarde mit der Ausrückhaltung des honneur du drapau. Man kann ihr freilich auch nicht zimmern, daß sie den wahren Grund ihrer Vorliebe für diese Streifenkolonie zugibt und vor aller Welt eingesteht, daß dieselbe als Bürge für Englands Wohlverhalten und als etwaiges Einfallstor in Transvaal und die Kapkolonie dienen soll. Für den Handel ist sie aber wertlos; ausbeutungswürdige Mineralvorkommen bestehen einstuweisen nur in der Phantasie einiger Kolonialdärmer, und an Vieh wird sie wohl kaum je soviel produzieren können, als sie selbst verbraucht.“

Die Trauben sind sauer.

Ottavio v. Jedlitz hat seinen Wählern von Mühlhausen-Langensalza erklärt, daß er auf Verlangen wieder zu kandidieren bereit sei, daß er aber empfehle, „zu erwägen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, einen Kandidaten aufzustellen, der weniger schart von rot und schwarz bekämpft würde.“ Voraussetzlich, so meldet die „Post“, werden die Vertrauensmänner der konservativen Parteien in dem Wahlkreise diesem Ratsschlage folgen.

Der Oberstcharfmacher Jedlitz hat also eingesehen, daß er trotz aller Verleugnung seiner Ueberzeugung — vor der Stichwahl ließ das konservative Wahlkomitee in riesengroßen Interaten verkünden, daß Herr v. Jedlitz das Reichstagswahlrecht nicht antaaten wolle — keine Aussicht darauf hat, das Mandat von Mühlhausen-Langensalza zu erhalten! Hoffentlich mißlingt aber auch die Spekulation, die Wählerstimmen für einen Gesinnungsgegenossen des Herrn Oberstcharfmachers einzufangen, der sich nur dadurch von ihm unterscheidet, daß er seinen Haß gegen die Volksrechte noch nicht so offen und so oft Ausdruck gegeben hat. —

Chirgefühl.

Das kolonialpolitische Aktionskomitee scheint doch ein stärkeres Chirgefühl zu besitzen, als man nach seinen agitatorischen Leistungen annehmen durfte. Es lehnt die Verantwortung ab für die vom hiesigen Verlag Dr. Wehling u. Co., Ges. m. Beschr. Haftung, herausgegebenen beiden verlogenen Broschüren „Die koloniale Lügenfabrik“ und „Warum ist der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst?“ — Wie die „Post“ berichtet, erhielt sie vom kolonialpolitischen Aktionskomitee folgende Zuschrift: „Von demjenigen Verlage, dem die Verbindung zweier von uns ausgegangener Broschüren — Stenographischer Bericht der Kolonialversammlung vom 8. Januar d. J. über die Reden von Dernburg, Schnoeller, Delbrück usw. und kolonialpolitischer Führer — an die deutsche Lehrerschaft während der Wahlzeit übertragen worden war, sind diesen Broschüren ohne unser Wissen und gegen unseren Willen zwei Flugblätter parteipolitischen Inhalts: „Die koloniale Lügenfabrik“ und „Warum ist der Reichstag am 13. Dezember aufgelöst?“ beigelegt worden. Wir legen besonderen Wert darauf, vor der Öffentlichkeit festzustellen, daß die Verbindung beider Sendungen unbefugt geschehen ist. Unsere leblichste Aufklärung gewidmete Tätigkeit hält sich grundsätzlich und ausnahmslos von jeder Einwirkung parteipolitischer Art fern.“ —

Volkschulhehrpläne.

Die freisinnigen Abgeordneten Ernst und Cassel haben mit Unterstützung der beiden freisinnigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses beim Kultusrat den Antrag eingebracht:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Lehrpläne der Volksschule mit den höheren Lehranstalten in organischer Verbindung zu bringen und die bei den staatlichen höheren Lehranstalten noch bestehenden Vorschulen allmählich aufzuheben.

Wie in den Volksschulen geprügelt wird.

Gotha, 10. Februar. (Fig. Ver.)

Empörende Schulzustände sind durch einen Prozeß aufgedeckt worden, den Genosse Joos vom „Gothaer Volksblatt“ vor dem hiesigen Schöffengericht durchzuführen hatte. Am 16. Juni v. J. erschien im „Volksblatt“ ein Artikel aus Waltershausen, daß in der Volksschule viel geprügelt werde und daß dieses gerade schwach begabte Kinder teiffe. Schuldirektor Barth strengte darauf gegen den Genossen Joos die Klage an, da die Lehrerschaft von Waltershausen durch den Inhalt des Artikels beleidigt sei. Der Herr Direktor wußte als Zeuge nichts von einer Mißhandlung in seiner Schule. Er gab zu, daß in der Schule körperlich geprügelt werde, und daß dies auch weiter geschehen solle, aber selbstverständlich nur im Rahmen der Schulordnung. Im übrigen ersuchte er, von der Vernichtung der Kinder abzusehen, worauf das Gericht indes nicht eingehen konnte.

Die weiteren Zeugnisaussagen ergaben, daß Schuldirektor Barth über die Zustände in seiner Schule sehr schlecht informiert war. Der Knabe Billy Hellmund, ein schwächlicher Junge von 11 Jahren, gab an, mehrere Male vom Lehrer geschlagen zu sein, weil er nicht lesen konnte. Er hat Striemen gehabt, die ein paar Wochen sichtbar waren. Lehrer Veermann gab zu, den Knaben ein zweites Mal geschlagen zu haben, weil er nach Erhalt der ersten Schläge zu seinen Mitschülern gesagt hatte: „Das sage ich meinem Vater.“ Der Knabe Paul Christ ist vom Lehrer Groß geschlagen worden, weil er ein Rechenexempel nicht lösen konnte. Die Striemen waren zwei Wochen lang sichtbar. Die achtjährige Ella Ruhn, ein sehr zartes und schwächliches Kind, hat vom Lehrer Groß solche Hiebe bekommen, daß sie nach ihrer Aussage acht Tage lang nicht schlafen konnte. Der Vater Ruhn bekundete, daß beide Arme des Kindes blühblau geschlagen waren; bei einer anderen Gelegenheit sei es vom Lehrer Groß so geschlagen worden, daß die Zähne bluteten. Das Kind sei schwächlich und nervös und könne nicht gut sprechen. Der empörte Vater nannte die Behandlung der Kinder vor Gericht eine „Schweineerei“, worauf er zur Ordnung gerufen wurde. Auch andere Zeugen gaben ihrer Empörung über die Behandlung der Kinder einen so impulsiven Ausdruck, daß der Vorsitzende sie ersuchte, sich zu wägen. Der vierzehnjährige Arthur Völter hat vom Lehrer Groß Ohrfeigen bekommen, weil er ein Papier, in dem sich Menschenkot befand, nicht vom Schulhofe tragen wollte.

Nach Aussage des Vaters waren die Schläge so stark, daß er dem Knaben Kamillenumschläge aufs Ohr machen mußte. Der Schulknabe Richard Sälund ist vom Lehrer Weichenbach mit dem Stock so in die Arniechle geschlagen worden, daß er abends beim Ausziehen das Bein nicht heben konnte. Paul Greif, ein schwächlicher Junge, ist vom Lehrer Weichenbach so geschlagen worden, daß er, wie er erzählt, vor Schmerz nicht schlafen konnte. Walter Spöhler, ein kleiner Knirps, der sich in der Verhandlung als sehr schwach begabt erweist, ist vom Lehrer Kleinfeuber mehrmals geschlagen worden, weil er nicht lesen konnte. Der Vater befand, seit Kind sei kränzlich, darum schlage er es nie! Esar Töpfer ist vom Lehrer Kleinfeuber ebenfalls geschlagen worden, weil er nicht lesen konnte. Von der Mutter war der Lehrer gebeten worden, den kränzlichlichen Jungen zu schonen. Kleinfeuber aber hat gemeint, wenn der Junge keine Hiebe bekomme, läme er nicht vorwärts. Nach Aussage des Vaters hat der Junge nachts aufgeschrien und von der Schule phantasiert. Der kleine Seyfert, ein schwachsinnes Kind, weigerte sich, in die Schule zu gehen, aus Furcht vor neuen Schlägen.

Trotz aller dieser Zeugnisaussagen hielt der Amtsanwalt Böhm die Anklage aufrecht. Er behauerte, daß die Ende vor Gericht zum Austrag gekommen sei. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für nicht erbracht (!) und erkannte, dem Antrage des Amtsanwalts gemäß, auf 60 Mark Geldstrafe. — Wenn die Züchtigungen der Lehrer Veermann, Groß, Weichenbach, Weichenborn und Kleinfeuber sich nach Meinung des Schuldirektors Barth „im Rahmen der Schulordnung“ hielten, dann möchten wir wissen, wo nach Meinung des Herrn Barth die Krügelpädagogik anfängt, und wo sie aufhört. Die Empörung aller Kinderfreunde über das nackte Tatsachenmaterial, das in der Verhandlung eidllich vorgebracht wurde, kann durch das ergangene Urteil in keiner Weise gemildert werden.

Der Druckfehlerkessel hat unsere gestrige Notiz „Reichsverband's-Schwindel“ durch zwei sinnstörende Fehler entstellt. In Groß-Vichtersfelde gibt es nicht 84, sondern 34 selbständige Tischler, und im Wahlkreise Potsdam-Osthabelland haben unsere Genossen nicht den bekannten Artikel eines unbekanntem Schwedlers, sondern den des bekannten Führers der freisinnigen Vereinigung Schrader durch ein Flugblatt zur Kenntnis der liberalen Wähler gebracht. —

Ausland.

Ungarn.

Gegen Polonni.

Budapest, 13. Februar. (B. T. Z.) Die Polizei hat den Diebstahl wichtiger Akten entdeckt, die aus dem Handelsministerium entwendet sind. Der Abgeordnete Lengyel, der diese Akten in den Händen gehabt hat, hat sie photographieren lassen, um sie unter Umständen in dem „Verleumdungsprozeß“ den Polonni gegen ihn angedroht hat, zu verwenden. Lengyel bestreitet, daß er den Akten diebstahl angestrift oder durch ihre Erwerbung eine strafbare Handlung verübt habe. Ein Unterbeamter vom Handelsministerium ist verhaftet worden.

Schweiz.

Genf, 12. Februar. (B. T. Z.) Die Polizeidirektion erhielt heute abend vom Bundesrat eine telegraphische Weisung, die drei verhafteten Georgier, deren Auslieferung an Rußland vom Bundesgericht verweigert wurde, unverzüglich freizulassen, was sofort geschah. Dieselben gebeten sich dauernd in Genf niederzulassen.

Italien.

Wie das Geld der Armen verwaltet wird.

Rom, 7. Februar. (Fig. Ver.)

Das Kapital der italienischen Wohltätigkeitsanstalten (opere pie) beläuft sich auf mehr als zwei Milliarden, welche Summe im Laufe der Jahrhunderte den Armen hinterlassen worden ist. Mit solchen Kapitalien sollte sich immerhin einiges für die Notleidenden tun lassen, auf alle Fälle mehr, als heute in Italien geschieht. Aber die hohen Administrationskosten — von den häufigen Untersuchen ganz zu schweigen — sorgen dafür, daß nicht allzu viel für diejenigen übrig bleibt, die von Gesezes wegen Ausnieher jener gewaltigen Summen sein sollen. Charakteristisch für die „Küßlichkeit“ der Wohltätigkeitsanstalten im Interesse ihrer — Verwalter ist folgender geitern im Parlament zur Sprache gekommener Fall: In Karatza existiert ein kleines Wohltätigkeitsinstitut, das jährlich 2000 Lire Einnahmen hat. Die Anstalt funktionierte nicht nach Wunsch, und der Präsekt löste die Verwaltung auf und ernannte einen Regierungskommissar mit — 2000 Lire Jahresgehalt!! Wesh um seinen Verwalter zu besolden, muß also das Institut nun sein Kapital vergehren! —

England.

Die Abtreibebatte, die in beiden englischen Kammern der Thronrede folgt und für gewöhnlich zwei bis drei Tage dauert, wurde am Dienstag im Unterhaus durch Balfour eröffnet. Er bespöttelte die Reihe der in der Thronrede erwähnten Maßnahmen als „Verzeichnis der Bestrebungen der Regierung“ und zweifelte daran, ob viele der Maßnahmen während der gegenwärtigen Tagung auch nur im Unterhause erledigt werden würden. — Bezüglich der Oberhausfrage sagte er: der Gedanke, daß irgend eine Umgestaltung der Zweiten Kammer gelegentlich Meinungsverschiedenheiten mit der Ersten Kammer verhindern würde, sei töricht. Alles, was man tun könne, sei: dafür Sorge zu tragen, daß auf die Dauer das Volk darüber entscheidet, unter was für Gesetzen es leben will.

Premierminister Sir Henry Campbell-Bannerman bemerkte in seiner Erwiderung: der wichtigste Teil der Thronrede sei die Stelle, die sich auf die Streitigkeiten zwischen beiden Häusern des Parlaments beziehe. Er erkenne vollkommen die ernste Natur der Aufgabe an, welcher sich zu widmen das Haus, wenn die Zeit dazu gekommen, von der Regierung angefordert werden solle. Nicht mit den Gefühlen belehiter Eitelkeit, der Gerechtigkeit oder des Verdrusses gedenke die Regierung diese große Frage in Angriff zu nehmen. Die Frage der Beziehung zwischen den beiden Häusern ist dadurch im vollen Umfange aufgeworfen worden, daß in der letzten Tagung zwei große Maßnahmen, die das Volk verlangt hatte, zunächst gemacht worden sind. — Nachdem er sodann auf den Gegensatz in der Haltung des Oberhauses, je nachdem die Konservativen oder die Liberalen an der Macht seien, hingewiesen hatte, fuhr der Premierminister fort: „Die Regierung schneidet eine ungeheuer wichtige Frage an, aber sie ist sich des Ernstes der Lage bewußt. Die wesentliche und eigentliche Natur der Verfassung ist, daß sie eine repräsentative Verfassung ist. Die Volkvertretung in Großbritannien ist nicht — wie in einigen anderen Ländern — ungefähr wenig mehr als ein Sicherheitsventil der Verfassung. Die repräsentative Kammer und das Repräsentativsystem sind die Grundlage der britischen Konstitution. Ich bin nicht sicher, ob ich nicht lieber eine Verbesserung haben möchte, in der die Volkvertretung in höherem Grade unmittelbar unter der Kontrolle des Herrschers selbst steht, als eine Verfassung, in der sie in gleichem Grade unter der Kontrolle einer anderen Kammer steht. Ich bin nicht sicher, ob die Frage, wenn der Kampf darüber weiter vorgehritten sein wird, nicht leichter zu lösen sein wird, als es jetzt den Anschein hat. Aber auf jeden Fall muß die Frage geregelt werden. (Rauter Beifall.) Die gegenwärtige Lage ist schimpflich, gefährlich und entwürdigend. Wir müssen eine solche Neuordnung der Beziehung der beiden Häuser erreichen, die uns in den Stand setzt, die Wünsche des Volkes in angemessener Harmonie zur Ausführung zu bringen.“ — Mit Bezug auf die irische Frage sagte der Premierminister soann: „Sollen wir leugnen, daß das irische Volk ein Recht darauf hat, seine eigenen heimischen Angelegenheiten zu verwalten, so lange diese nicht mit den Angelegenheiten Englands in Widerspruch geraten und so lange nichts geschieht, was die Oberheit des Parlaments und infolge davon die Festigkeit des Zusammenhanges der drei Länder verleiht? Es bedeutet gar keinen Unterschied für die Festigkeit des Reichs, wenn die Iren haben, was jede Kolonie mit Selbstverwaltung besitzt.“

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte John Redmond (Ire): Lediglich die Gewährung eines Parlaments mit einem diesem verantwortlichen Exekutiv würde Irland auch nur verhältnismäßigen Frieden und Gedeihen bringen.

Das Oberhaus nahm nach kurzer Debatte die Adresse an. Im Laufe der Verhandlungen führte Lord Lansdowne aus: „Wenn die Regierung ihren Angriff gegen das Haus der Lords auf die Haltung desselben während der letzten Tagung zu gründen beabsichtigt, so sind wir vollkommen bereit, der Regierung wegen dieses Angriffs innerhalb und außerhalb des Hauses entgegenzutreten.“

Schweden.

Die schwedische Regierung und der „Vorwärts“.

Obwohl die schwedische Regierung die von Russland verlangte Auslieferung Tscherniafs schließlich ablehnte, machten die vielen Begleitscheinungen, die lange Haft, die Tscherniaf ausstehen mußte, der Umstand, daß man ihm zuerst jede Verbindung mit seinen Verwandten unmöglich zu machen suchte, daß man Briefe von ihm nicht beförderte, weder ihm noch seinem Advokaten Einsicht in das Polizeiprotokoll gestattete, eine gründliche Kritik notwendig. Darum war es durchaus geboten, daß die Interpellation Brantings nachträglich, am Sonnabend, in der Zweiten Kammer doch noch zur Verhandlung kam. Sie lautete:

„Sicht es der Justizminister als vereinbar mit der schwedischen und der allgemeinen Rechtsanschauung an, daß, wenn die Auslieferung eines ausländischen Untertanen verlangt wird, die juristische Prüfung in solcher Weise geschieht, daß dem eines Verbrechens Angeklagten verweigert wird, das vorliegende Anlagematerial einzusehen und darauf zu entgegnen?“

Der Justizminister suchte in einer langen Rede die Kritik, die in dieser Interpellation liegt, zu widerlegen. Zu Hilfe kam ihm der Minister des Inneren. Dann sprach Branting. Er geißelte das ganze Verhalten der Polizei in dieser Angelegenheit, schilderte die russische „Justiz“, der man Tscherniaf ausliefern wollte, und zeigte, wie jederleicht es für die russischen Heufersnechte gewesen hätte, falls sie die Bedingung akzeptierten, daß Tscherniaf nur vor ein ordentliches Gericht gestellt und nur für das Verbrechen bestraft werden sollte, dessentwegen man seine Auslieferung verlangt hatte. Brantings Rede wurde mit Bravourrufen aufgenommen. In seiner Kritik der kriminellen Voruntersuchung stimmte ihm auch der frühere Staatsminister Staff bei, der diese Art der Untersuchung für so veraltet erklärte, daß man sich ihrer schon zu entsagen müsse!

Im Laufe der Debatte nahm der Minister des Inneren nochmals das Wort und suchte einen Triumph damit auszuspielen, daß er erklärte, der „Vorwärts“ habe das Verhalten der schwedischen Regierung als „musterhaft“ befunden! — Branting sagte darauf, er habe die betreffende Notiz noch nicht gelesen, vermute aber, daß das Lob des „Vorwärts“ sich lediglich auf den guten Abschluß der Angelegenheit beziehe und sicherlich mit einer deutlichen Adresse an die deutsche Regierung versehen sei.

Daß Genosse Branting damit das Rechte getroffen hat, wissen die Leser des „Vorwärts“. Selbstverständlich mißbilligen wir das Vorgehen der Stockholmer Polizei, das lange Jögern der schwedischen Regierung, die erst einen Sturm der Entrüstung der zivilisierten Welt über sich ergehen ließ, ehe sie den rechten Weg fand, ebenso entschieden wie Genosse Branting. Leider aber ist das Recht der Ausländer, besonders das der Russen, in Deutschland so schlecht gewahrt, daß wir einstweilen so bescheiden sind, zu wünschen, die deutsche Regierung möchte wenigstens so viel internationale gute Sitte an den Tag legen, wie es zuguterletzt die konservative schwedische Regierung im Falle Tscherniafs getan hat.

Amerika.

Keine Kritik!

Washington, 13. Februar. Präsident Roosevelt hat den Vorstehenden der Einwanderungsausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses sowie den Führern der republikanischen Partei des Kongresses vorgeschlagen, in das neue Einwanderungsgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, die japanische Ausländer von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten ausschließt.

Washington, 13. Februar. (Meldung der „Associated Press“.) Staatssekretär Root bereitet ein Amendement zur Einwanderungsbill vor, nach welchem die Einwanderung von Asiaten nach den Philippinen und den Sandwichinseln verboten wird. Bisher wurden dort japanische Arbeiter nur für ein einmaliges Verweilen zugelassen. Von zuständiger Stelle wird erklärt, der japanische Vorkämpfer habe sich mit dem Amendement einverstanden erklärt, das nur bis zum Abschluß eines neuen Vertrages mit Japan in Kraft bleiben solle.

Gewerkchaftliches.

Die Notwendigkeit der Einheitsorganisation

tritt nie mehr hervor, als in dem Augenblicke, wo kleine selbst gut organisierte Gruppen der Arbeiterchaft in einen Kampf mit dem übermächtigen Kapital hineingedrängt werden.

Am 1. Februar brachte die „Zeitschrift für Graveure und Bifeure“ unter dem Titel „Ein kleines Jubiläum“ eine Uebersicht über die Tätigkeit, die der Verband der Graveure und Bifeure im Verlaufe eines Jahrzehntes entfaltet hat. Während im Jahre 1897 nur ein Bruchteil der organisationsfähigen Angehörigen des Berufes organisiert war, sind es heute deren 70—75, in einigen Städten 80, 90 und 98 Proz. Die Zahl der dem Verbands Angehörigen beträgt 3700, mit der dem Metallarbeiterverbände Angehörigen mag die Ziffer der Organisierten 4000 betragen.

So günstig das prozentuale Verhältnis der Organisierten die Kampfsfähigkeit der Organisation beeinflusst, so ungünstig stellt sich ihre Position doch dem übermächtigen Kapital gegenüber, wenn sie bei ihrem Umfange von noch nicht 4000 Mitgliedern größere Kämpfe von längerer Dauer führen soll. In Leipzig standen im vergangenen Jahre circa 200 Graveure im Streit. Sie zu unterstützen wäre für einen der modernen Riesenindustrieverbände ein Kinderspiel gewesen. Für den vorzüglich organisierten aber doch wenig umfangreichen Verband der Graveure bedeutete dieser Kampf eine Belastungsprobe, die ihn an den Rand seiner Leistungsfähigkeit brachte. Und so kann denn die „Zeitschrift für Graveure“ schreiben: „Der Gedanke der Verbindung mit größeren Truppenmächten nimmt auch in unseren Reihen immer mehr feste Gestalt an.“

Die Aufforderung zu einer Diskussion der Idee, eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verbande herbeizuführen, hat sofort zustimmende Kundgebungen geweckt, und es ist wohl zu hoffen, daß der diesjährige Verbandstag der Graveure eine Wehrheit für den Anschluß findet. Die Vorteile eines solchen Zusammenschlusses für die Graveure liegen so klar auf der Hand, daß eine Erörterung derselben fast überflüssig erscheint. Der Verband der Graveure erscheint

beim Anschluß an den Metallarbeiterverband fast völlig als der empfangende Teil. Dennoch liegt es sicher im Interesse der Arbeiterbewegung, wenn trotzdem der stärkere Metallarbeiterverband jede denkbare Rücksicht auf die Psyche derer nimmt, die hier der Idee der Einheitslichkeit in der Arbeiterbewegung das Opfer der Selbständigkeit bringen. Folgt der Metallarbeiterverband dem schönen Beispiel, das die Transportarbeiter bei der Aufnahme der Droschkenfahrer Berlins und der Hausdiener gaben, dann wird die Einigung sich so vollziehen können, daß alle Teile gern den notwendig gewordenen Schritt tun, daß niemand ihn später bereut.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Die Treppengeländerarbeiter beschäftigten sich am Dienstag in einer Brandenburger Versammlung mit der Aussperrung. Die Arbeitgeber dieser Branche haben sich von Anfang an mit den übrigen Unternehmern der Holzindustrie solidarisch erklärt, jedoch erst am 1. Februar mit der Aussperrung begonnen, weil erst an diesem Tage der für die Treppengeländerbranche gültige Vertrag abgelaufen war. — In der Versammlung erläuterte P. L. L. den Situationsbericht. Unter anderem teilte er mit, daß sich von den 42 Betrieben der Branche, die insgesamt etwa 550 Arbeiter beschäftigen, 24 Betriebe an der Aussperrung beteiligt haben. Aus diesen Betrieben sind 241 Arbeiter ausgesperrt und 50 haben als Antwort auf die Aussperrung die Arbeit niedergelegt. Es sind demnach reichlich die Hälfte der Treppengeländerarbeiter durch die Aussperrung betroffen. Die Arbeiter werden nun ihr Augenmerk darauf richten, daß in den Betrieben, wo noch gearbeitet wird, keine Arbeit für die von der Aussperrung beteiligten Unternehmer angefertigt wird. Ebenso wird mit Hilfe der Bauarbeiter dafür gesorgt, daß auf Bauten Treppengeländer für aussperrende Unternehmer nicht aufgestellt werden. Die Ausführungen des Referenten gingen zum Schluß dahin, daß die Arbeiter der Treppengeländerbranche gemeinsam mit den übrigen Holzarbeitern dahin wirken werden, daß die Aussperrung nicht den Erfolg hat, den die Unternehmer wünschen, sondern daß deren Angriff auf die Organisation ganz entschieden zurückgewiesen werde.

Die Zahl der ausgesperrten Holzarbeiter hat sich am Montag um 46, am Dienstag um 27 vermehrt.

Eine tarifliche Festlegung der Berufsverhältnisse in der Warenhausphotographie

beschäftigte eine Versammlung von photographischen Angestellten dieser Betriebe, welche am Dienstag stattfand. Der Verbandsvorsitzende H. K. L. referierte. In der ersten Zeit nach dem Aufkommen der Warenhausphotographie wurden in den Warenhäusern gute Gehälter gezahlt bei nicht zu großer Anstrengung. Nach und nach verschlechterten sich die Verhältnisse. Die Bezahlung ging zurück und die Intensität der Arbeit wurde immens hinaufgeschraubt, indem u. a. Winkelleistungen verlangt wurden. Selbstverständlich litt darunter die Qualität der Leistung. Zur Steigerung der Intensität bemühten manche der Unternehmer auch das Prämien-system. Die durchgeführte Arbeitsteilung ermöglichte es, für bestimmte Arbeiten mehr, als sonst, Damen heranzuziehen. Ist dagegen auch prinzipiell nichts einzuwenden, so verlangen leider die meisten Kolleginnen nicht für gleiche Leistung gleichen Lohn mit dem Manne. Allerdings spielt bei vielen — Tüchtigkeit bei anderen ist ohne weiteres zuzugeben — der Mangel einer ordnungsmäßigen Ausbildung eine mitbestimmende Rolle. An unfertiger Ausbildung weiblicher Mitarbeiter leidet nicht zu wenig der unter hohem Protektorat stehende Letztere, der sich herbeiläßt, Damen in kürzerer Zeit auszubilden, als allgemein üblich und erforderlich ist. Das darf nicht vergessen werden bei einer Besprechung der Verhältnisse und der Frage ihrer Besserung. Jedemfalls steht fest, daß auch in der Warenhausphotographie bislang noch der weibliche Arbeiter den männlichen unterbietet zum Schaden der Gesamtheit. Immer mehr muß die Parole zur Geltung kommen: für gleiche Leistung gleicher Lohn! — Was die Bezahlung betrifft, so sei es nicht etwa ein hoher Lohn, wenn Operateure da und dort 200 oder 250 M. monatlich erhalten. Denn nach ihrem Vertrage müßten sie im Cylinder und schwarzen Gehrock ein- und ausgehen und nobel gekleidet gehen im täglichen Umgang mit dem Publikum. Die Durchschnittsentlohnung betrage in den Warenhäusern 127 M. Das System der Sparanteile, das vielfach Platz greift, habe verschiedenartig sogar die Arbeitsräume mit umfaßt. Es war so schlimm, daß auf Enthaltungen darüber die Polizei eingriff. — Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die Verschlechterung der Zustände in den Warenhäusern die Kollegen und Kolleginnen endlich zur Vernunft bringe und sie ihrer Organisation zuführe. Die Agitation müsse energischer betrieben werden. Umsonst, als der antisemitische Leiter des Berliner Arbeitervereins, Herr Liegenbaler sich nicht geniere, mit den semitischen Inhabern der Warenhäuser in Verbindung zu treten und dem Gehältsverwände und seinen Bestrebungen zu schaden. Es befehle die Pflicht, etwas zu tun. Sonst heute müsse eine Kommission gewählt werden, die darauf hinwirke, daß in den Warenhäusern durchgedrückt werde, was die Photographen noch verweigerten, eine tarifliche Regelung. Verhandlungen wären anzuknüpfen und wenn sie abgelehnt würden, wäre die allgemeine Arbeiterchaft, mit der man in der Gewerkschaftskommission verbunden sei, eventuell zur Geltendmachung ihres Einflusses aufzurufen. Gelinge so die Durchdringung von Tarifverträgen in den Warenhäusern, so werde das zurückwirken auf die Gestaltung der Dinge in anderen Betrieben. Es werde auch nicht davor zurückgeschreckt werden, aus dem einen oder dem anderen Unternehmen Arbeitskräfte herauszugeben. — Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Nach kurzer Debatte wählte die Versammlung eine provisorische Lohnkommission, bestehend aus den Herren Dobbertin, H. K. L. und K. Fischer, der das Recht zugestanden wurde, sich durch Angestellte der einzelnen Warenhäuser zu ergänzen. Die Kommission erhielt den Auftrag, im Sinne des Referats auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuwirken und Verschlechterungen vorzubeugen.

Achtung, Tapageierer! Die Bauten der Tapetenfirma Achilles, Biesenstr. 61 und Kummelsburg, Lenbachstr. 4 (Meister Adam) sind für Kleber gesperrt, ebenso Bau Stolpischstr. 28 (Meister Peters).

Die Verbandsleitung.

Ausland.

Ein Unternehmersohn in Fougères als Arbeitermörder.

Paris, 11. Februar. (Fig. Ver.) Ein unsagbar infames Verbrechen ist gestern Abend in Fougères begangen worden. Die Schuhmacher, die die stürmische Beendigung ihres Ausstands feierten, marschierten in einem geordneten Zuge, eiliche tausend Mann stark, mit entfalteter roter Fahne durch die Stadt, als plötzlich auf dem Theaterplatz mehrere Revolverkugeln aus dem Dunkel auf sie abgefuehrt wurden. Ein Arbeiter namens Morice brach ins Herz getroffen, tot zusammen, ein zweiter namens Ruse bekam einen Schuß in den Arm und mußte ins Hospital gebracht werden.

Es gelang der Polizei, den Mörder zu verhaften. Es ist ein 23-jähriger Unternehmersohn, ein gewisser Bouchier, dessen Vater im Vorort Cotteville eine kleine Fabrik von Werkzeugen für Schuhwaren besitzt. Ein persönliches Motiv für die Tat liegt nicht vor; der Mörder hat seine schurkische Tat einzig aus Haß gegen die sozialistischen Arbeiter begangen. Er bekannte sich auch mit empörendem Egoismus zu ihr. Als ihn der Kommissar angeht, der Leiche besah einen Schuß in den Arm und mußte ins Hospital gebracht werden.

Es gelang der Polizei, den Mörder zu verhaften. Es ist ein 23-jähriger Unternehmersohn, ein gewisser Bouchier, dessen Vater im Vorort Cotteville eine kleine Fabrik von Werkzeugen für Schuhwaren besitzt. Ein persönliches Motiv für die Tat liegt nicht vor; der Mörder hat seine schurkische Tat einzig aus Haß gegen die sozialistischen Arbeiter begangen. Er bekannte sich auch mit empörendem Egoismus zu ihr. Als ihn der Kommissar angeht, der Leiche besah einen Schuß in den Arm und mußte ins Hospital gebracht werden.

Der Ermordete hinterläßt eine Frau und 3 unversorgte Kinder. Die Aufregung in der Stadt ist ungeheuer.

Die Lodzer Niesenausperrung.

Warschau, 11. Februar. (Fig. Ver.)

Der Kampf in Lodz nimmt kein Ende. Mit einer ungewöhnlichen Solidarität kämpfen die dreißigtausend ausgesperrten Arbeiter, obwohl schon nicht die Angst vor Hunger und Kälte, sondern nackter Hunger die hunderttausendköpfige Menge plagt.

Die Arbeiterchaft Polens tut ihr mögliches. Alle Arbeiter Lodz' sammeln für die hungrigen Brüder; in allen größeren Orten bilden die sozialistischen Organisationen und Gewerkschaften Unterstützungskomitees. Tausende Rubel fließen durch die Hände des Unterstützungskomitees, in dem die Vertreter der Sozialdemokratie, der sozialdemokratischen Gewerkschaften, der P. P. S. und neutralen Gewerkschaften sitzen. Die Arbeitermassen Polens befinden sich jetzt nicht im besten finanziellen Zustande, die Sammlungen in Russland (Petersburg und Moskau) wurden erst jetzt von den dortigen Gewerkschaftsorganisationen eingeleitet. Was für ein Elend in der Masse herrscht, kann man sich vorstellen.

Trotzdem sieht man bis jetzt kein Wanken. Die Nationaldemokraten veranstalteten eine Versammlung, in der 2000 ihrer Anhänger versammelt waren. Ihre Proklamationen schoben der Arbeiterchaft den Gedanken unter, sich den Kapitalisten zu Füßen zu werfen. Sie drohten mit dem Hunger und schrieben, daß es leichter sein wird, die 98 ohne Schuld von den Fabrikanten hinausgeworfenen Arbeiter zu erhalten, als Hunderttausenden Brot zu geben. Aber auch die nationaldemokratischen Arbeiter gaben ihren Führern nicht nach. Die Versammlung, die eine Delegation zu den Fabrikanten nach Berlin sandte, erklärte, daß sie keinesfalls die 98 Genossen den kapitalistischen Selbstherren opfern wird.

Jetzt bekommen wir die Nachricht, daß die in Charlottenburg wohnenden Leiter des Schlichters der Arbeiterdeputation brüchig antworteten, daß sie keinen Schritt von ihrem Standpunkt weichen.

Der Kampf dauert also weiter. Die hungrige Masse kann nur auf die Hilfe der Arbeiterchaft rechnen. Zwar entzünden sich jetzt die Wälder der polnischen progressiven Zeitungen über die Stellung der „Herrn im eigenen Hause“, die von Charlottenburg aus hunderttausend Menschen zum Hungertode verurteilen, zwar rufen sie zu Sammlungen, aber wir sind gewiß, daß von dieser Seite nicht viel Hilfe kommt. Die „Gesellschaft“ steht auf der Seite der jüdisch-deutschen Ausdauer, die Aussperrung ist in ihren Augen ein Kampf mit der „revolutionären Anarchie“. Die Preßanalysten der polnischen Bourgeoisie lachen noch die hungernden Arbeiter aus und fragen sie: „Ihr seid hungrig? Wie steht es denn mit der internationalen Solidarität? Bekommt ihr Hilfe von den deutschen, französischen Genossen?“

Eingegangene Druckschriften.

Die Frauenfrage vom Standpunkte der Natur, der Geschichte und der Offenbarung bearbeitet von P. Augustin Abler O. S. S. R. Freiburg, Herderische Verlagsbuchhandlung. 8 M.; geb. in Leinwand 9,40 M.
Süddeutsche Monatshefte. Verlag: Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H. München. Februarheft. Jahrgang 15 M.
Juristisch-psychiatrische Grenzfragen. V. Band. Heft 6. Bereinigung für gerichtliche Psychologie und Psychiatrie I. Grobholz, Dessau. Bericht in der 4. Hauptversammlung. Preis 1,20 M. Verlag: G. W. H. H. Halle a. S.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Staatsgefährlicher Schnupftabak.

Mannheim, 13. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Genosse Appel als Verantwortlicher der Fackelzeitung „Schnupftabak“ wurde auf Grund eines Strafammerbeschlusses, veranlaßt durch die Beschwerde der Staatsamwaltschaft, erneut verhaftet. (Wie wir bereits mitteilten, hatte das Gericht die Verhaftung des Genossen Appel aufgehoben; der „Schnupftabak“ scheint aber von ganz hervorragender Qualität gewesen zu sein, so daß man sich schleunigst des Herstellers wieder versicherte. R. d. „B.“)

Freiwillig der Polizei gestellt.

Hamburg, 13. Februar. (B. L. Z.) In Hensburg hat sich heute der Knecht Holtz, der vierte Beteiligte an dem Ueberfall und der Ermordung des Latenderger Gemeindevorsetzers Jansen am 7. August v. J., der Polizeibehörde selbst gestellt.

Deutschlands Busenfreund als Hefler.

Leipzig, 13. Februar. (B. L. Z.) Landesverratsprozeß. Der Angeklagte Michael Roman Prinz wurde wegen verführten Verrats von militärischen Geheimnissen an die russische Regierung in zwei Fällen zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Im Sturm gesunken.

Brest, 13. Februar. (B. S.) Ein heftiger Südweststurm wüthet an der französischen Küste. Die gesamte Schifffahrt ist bedroht. Aus Honfleur werden zwei Schiffsunfälle gemeldet. Beide Fahrzeuge sind gesunken, von der Besatzung vier Leute ertrunken. Andere Schiffe schweben in Gefahr.

Wahlrechtsverbesserung in Rumänien.

Bukarest, 13. Februar. (B. L. Z.) Die Kammer beschloß eine Abänderung des Wahlgesetzes, nach der eine größere Wahlfreiheit zugestanden wird.

Ein hartnäckiger Flottenschwärmer.

London, 13. Februar. (B. L. Z.) Der zum Kommandanten der Kanalflotte ernannte Admiral Vereker hat erklärt, er verleihe auf das Kommando, wenn die Stärke der Flotte auf 14 Linienschiffe, 4 geschützte und 3 ungeschützte Kreuzer, wie beabsichtigt, festgelegt werde. Er werde nur die Verteidigung der heimischen Gewässer übernehmen mit einer Flotte, die ihren Anforderungen genüge und die in Friedenszeiten unter seinem Befehl ausgebildet sei.

Eine neue Frauendemonstration.

London, 13. Februar. (B. L. Z.) Heute hielten hier eine Anzahl Frauen, die für das Frauenstimmrecht eintreten, eine Zusammenkunft ab. Im Anschluß an diese zogen etwa 800 Frauen zu dem Unterhause und versuchten, sich dort gewaltsam Eintritt zu verschaffen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Frauen und der Polizei, die genötigt waren, scharf vorzugehen. Verirrte Polizei ritt in die Frauen hinein und trieb sie in die Westminsterabtei. Es gelang auch schließlich, die Frauen auseinanderzutreiben. 25 bis 30 von ihnen wurden verhaftet, unter ihnen auch Frau Despard, eine Schwester des Generals French.

Eisenbahnunfall.

Madrid, 13. Februar. (B. S.) Bei Sagunt gerieten zwei Güterwaggons auf abschüssigem Niveau ins Rollen und stießen mit einem entgegenkommenden Kohlenzuge zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Kohlenzug entgleiste und zwei auf ihm befindliche Arbeiter getödtet wurden. Mehrere andere wurden schwer verletzt.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung, Mittwoch, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim-Criewen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Etats der Forstverwaltung. Zu den Einnahmen liegt eine Petition des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins gegen die Veräußerung und Vernichtung von Wäldern bei Berlin vor. Die Budgetkommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Es sind mancherlei Vorwürfe gegen die Stadt Berlin erhoben, daß sie für die Erhaltung der Wälder nicht genug tue, das ist durchaus unberechtigt. Schon am 29. Oktober 1892 hat die Stadt sich bereit erklärt, den Grunewald zu kaufen. Dies Anerbieten ist am 24. November 1892 abgelehnt. (Hört! hört! links.) Damals hat man versichert, daß der Staat nicht daran denke, den Grunewald zu bebauen. (Hört! hört! links.) Herr v. Bobbelski hat den Anlauf noch abgelehnt mit der Begründung, daß er befürchte, daß Berlin den Grunewald zu Spekulationszwecken verwende. Und jetzt verwendet der Staat ihn selbst dazu! (Hört! hört! links.) Die Stadt Berlin hat darauf erklärt, daß sie den Grunewald im wesentlichen in seinem Bestande erhalten wolle. Auf dieses neue Anerbieten hat der Staat bis heute noch nicht geantwortet. (Hört! hört! links.) Wir haben den Treptower Park, den Plänter Wald erhalten, wir haben auch angelegt und 19000 Morgen Land neu angelegt. Berücksichtigen Sie weiter, daß Berlin nicht mehr tun kann, weil es an jeglicher Organisation der Vorortgemeinden fehlt. (Sehr richtig! links.) Der Oberlandforstmeister hat erklärt, daß der Staat der Stadt viel mehr gegeben habe als umgekehrt. Sollen wir einmal eine ähnliche Rechnung aufmachen? Den wertvollsten Teil des Tiergartens hat die Stadt Berlin dem Grafen Kurfürsten geschenkt; darin liegt das Niesenterrain, auf dem sich jetzt Moabit und der Lehrter Bahnhof befindet. Gegenüber den beunruhigenden Nachrichten wäre es dankenswert, wenn die Regierung hier eine beruhigende Erklärung abzugeben in der Lage wäre.

Oberlandforstmeister Wesener: Ich bedauere, von meinen Vorwürfen gegen die Stadt Berlin nichts zurücknehmen zu können. Es ist doch sehr auffallend, daß die Stadt Berlin in 14 Jahren nicht auf ihren Wunsch, den Grunewald zu kaufen, zurückgekommen ist. (Sehr richtig! rechts.) trotzdem Charlottenburg mit einem nachahmenswerten Beispiel vorangegangen ist, indem es einen großen Teil der Jungfernhöhe erworben. Alle anderen Großstädte haben mehr für ihren Wald getan. Ich nenne nur London, Wien, Essen, Düsseldorf, Kiel usw.

Der Vorwurf, daß die Regierung die Forsten um Berlin herum vernichten will, ist unbedeutend. Es denkt niemand daran, den Grunewald niederzuzuhauen oder zu bebauen. Die Forstverwaltung muß sich aber das Recht vorbehalten, einzelne Teile des Grunewalds wie auch anderer in der Nähe großer Städte gelegener Forsten zu verkaufen. Für 1 Hektar Forst bei Berlin können wir 2000 bis 3000 Hektar im Osten kaufen. (Hört! hört! rechts.)

Abg. v. Pappenheim (l.): Man darf dem Staate nicht einseitig zumuten, die Lasten für die Erhaltung großstädtischer Wälder zu tragen. Da müssen die Kommunen Selbsthilfe üben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.): Die Frage der Erhaltung des Grunewalds darf nicht als eine Selbstfrage, sondern sie muß als eine der Gesundheit des Volkes angesehen werden. Obwohl das Kaiserwort von 1902 noch besteht, daß der Grunewald ein Volkspark werden solle, will man jetzt der Stadt Berlin den hygienisch unbedingt notwendigen Grunewald nicht mehr lassen. Die Regierung scheint den Grunewald nur zu tarieren nach dem Text des Biedes: „Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion!“ (Heiterkeit.) Wir wollen keine Bevorzugung der Großstädter, wir wollen nur, daß auch sie ein Gefühl bekommen für das Wehen und Walten der Natur. (Sehhafter Beifall links.)

Oberlandforstmeister Wesener: Ich wiederhole, daß kein Mensch daran denkt, den Grunewald niederzureißen oder zu verkaufen. Aber die Landesforstverwaltung hat noch gewaltige Kulturaufgaben im Osten und Westen des Landes zu erfüllen und kann deshalb

nicht unter allen Umständen die Wälder in der Nähe der Großstädte bis auf den letzten Quadratmeter erhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Hammer (kons.) polemisiert gegen die Stadtverwaltung von Berlin, die sich in der Eingemeindungsfrage so engstirnig benommen habe, erklärt sich jedoch für die Erhaltung des Grunewaldes. Allerdings müsse Berlin dafür bluten.

Abg. Dr. Müller-Berlin: Der Redner hat der gemeinsamen Sache Berlins und der Provinz keinen guten Dienst geleistet. Er hätte sich statt gegen Berlin gegen die Regierung wenden sollen.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Der Abg. Dr. Müller hat einen Kampf gegen Windmühlen geführt; denn von der Rechten hat sich niemand für die Abholzung des Grunewalds ausgesprochen.

Abg. Dr. Friedberg (nall.): Wenn die Regierung erklären würde, daß nur einzelne Parzellen vom Grunewald abgegeben werden sollen, die aber nicht mit Reisefakern bebaut werden dürfen, sondern nur mit Villen, so würde das weitgehende Veruhigung im Lande hervorrufen.

Oberlandforstmeister Wesener: Ich kann nur wiederholen, daß es sich lediglich darum handelt, kleine Teile des Grunewalds zu verkaufen. Was aus ihnen wird, kann ich natürlich nicht sagen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) gibt nochmals der Hoffnung Ausdruck, daß der Grunewald der Stadt Berlin als Volkspark erhalten bleiben möge.

Damit schließt die Debatte. Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen, und die Einnahmen werden bewilligt. — Bei den Ausgaben (Kapitel „Besoldungen“) regen Abgeordnete aller Parteien eine erhebliche Verbesserung der Höfner und Oberförster an, als sie im gegenwärtigen Etat vorgesehen ist.

Abg. v. Dohdebrand u. d. Lasa (kons.) sucht die in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter bisher so zurückhaltende Stellungnahme der Konservativen damit zu rechtfertigen, daß die konservative Partei als große ausschlaggebende Partei nur soviel versprechen könne, als sie auch zu erfüllen imstande sei.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Die Regierung habe es soweit kommen lassen, daß die Beamten schon in einer Art von Gewerkschaften ihre Wünsche vertreten müßten. Das sei höchst bedauerlich! Seine Fraktion werde daher energisch auf eine rasche durchgehende Aufbesserung der Gehälter der mittleren und unteren Beamten dringen. (Sehhafter Beifall links.)

Oberlandforstmeister Wesener erklärt, daß es schwer sein werde, die Gehälter der Waldwärtner zu erhöhen! Die Dienstländer brachten den Beamten im allgemeinen gute Erträge. —

Abg. v. Arnim (l.) beklagt sich darüber, daß die Forstverwaltung

übermäßig hohe Löhne

zahle und daß man dem Hamburger Verband angehörige sozialdemokratische Bauarbeiter sogar als Forstarbeiter angestellt habe. Der Staat müsse sich zum Prinzip machen, keinen sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. (Beifall rechts.)

Abg. Lofinski (Pole) beschwert sich über die Entlassung von Waldarbeitern, deren Kinder sich am Schulstreik beteiligt hätten. Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Rächte Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Antrag Bachmann (nall.) betr. Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Beamtengehälter, Bestützet und Domänenetat.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Bedeutung des Wahlausfalls für die Sozialdemokratie.

„Ein Kind des Zufalls“ hat Genosse F. Mehring den Artikel überschrieben, den er in Nr. 19 der „Neuen Zeit“ veröffentlicht. Einleitend zeigt er, daß das Jitot aus Kleists „Prinz von Homburg“, das der Kaiser in seiner zum Schlossfenster hinaus gehaltenen Rede der Stichwahlnacht gebrauchte, einem Dialog entnommen ist, worin der Oberst Kottwitz einen Sieg verteidigt, den der Kurfürst Friedrich Wilhelm als ein „Kind des Zufalls“ vertwirft. Der Kaiser habe die Auffassung des Obersten, daß man sich nicht darum zu kümmern brauche, wie der Sieg erfochten wurde, „die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste,“ akzeptiert und damit den Sieg der Reaktion in der Wahlschlacht unabweisbar als ein „Kind des Zufalls“ charakterisiert. Diese Kennzeichnung sei für die Arbeiterbewegung sehr schmeichelhaft — die Gegner „berichten auf einen Sieg aus eigener Kraft, und was ihnen nun noch bleibt, ist der Zufall, der ihnen diesen oder jenen Augenblickserfolg zu sichern vermag, auf Kosten ihrer dauernden Interessen.“

Das wird dann an den Freisinnigen näher gezeigt, die, soweit ihnen noch ein Rest politischer Besinnung geblieben, ein Grauen beim Blick auf das antomme, was sie „erzielt“ haben, die erkennen müssen, daß sie durch den „Sieg“ über die Sozialdemokratie tatsächlich nichts anderes als einen Sieg der politischen und sozialen Reaktion erreicht haben.

Der Artikel fährt darauf fort:

„Aber die Sozialdemokratie hat wenigstens gehörig eins abbekommen! Das ist der Trost dieser Verurteilten, der aus dem Romischen ins Alerne umschlägt, wenn sie rein ins Auge hinein behaupten, das Klassenbewußte Proletariat werde aus dieser „derben Dusche“ nun wohl Bescheidenheit und Vernunft lernen und sich seinen „brutalen Uebermut“ gegen den biederen Freisinn mehr erlauben. Was sie unter „brutalem Uebermut“ verstehen, ist einfach die prinzipielle Klarheit der Arbeiterpolitik, von der sie sich einbilden, daß sie nunmehr der phrasenhaften Knochenweichung des freisinnigen Wischmalches verfallen werde. Er ist schwer zu begreifen, aber er ist dennoch eine Tatsache: dieser Glaube in Israel! Hätte er mehr hinter sich, als die Einbildungen politisch nicht mehr zurechnungsfähiger Toren, so hätte die Sozialdemokratie allerdings nicht nur eine zufällige Schlappe, sondern eine zerschmetternde Niederlage erlitten.“

Wir brauchen unseren Lesern nicht zu sagen, daß davon keine Rede ist und keine Rede sein kann. Gewiß wird die deutsche Sozialdemokratie „Lehren“ aus diesem Wahlschicksal ziehen, wie aus allem, was sie erlebt, aber sie stellt sich niemals unter die Herrschaft des Zufalls, sondern sie steht immer unter dem Geßel der historischen Entwicklung, und so wenig sie sich durch den Erfolg von 1903 von dem Wege abdrängen ließ, der ihr durch ihre historische Erkenntnis vorgezeichnet wird, so wenig wird sie sich durch die Schlappe von 1907 in ihren Mitteln und ihren Zielen beirren lassen. Den Mantel, den ihr schmeichelnder Sonnenschein nicht abzulösen verstand, den wird ihr ein rauher Wind noch viel weniger entreißen.

Sehr viel richtiger als die freisinnigen Schwäger urteilt das Organ der Revolutionäre: die Mandatsverluste der Sozialdemokratie würden die revolutionäre Stützpunkt der Sozialdemokratie nur verstärken. Darin ist wenigstens die ganz richtige Schlussfolgerung enthalten, daß die Vorliebe der Arbeiterklasse für die „friedliche“ und „geheimnische“ Entwicklung sicherlich nicht gesteigert wird, wenn ein unglückliches Durcheinander der bürgerlichen Parteien selbst das allgemeine Wahlrecht so verfälschen kann, daß eine Partei von 3 1/2 Millionen Wahlstimmen nur durch eine bescheidene Fraktion von 43 Mitgliedern im Reichstag vertreten wird. Hält man die deutschen Arbeiter denn für Leute, die, sobald sie geprügelt werden, in blinder Wut, gleichviel wohin die Schläge fallen, nur um so gehoramer luschen? Das mag die Sage der freisinnigen Vorhelfen sein, aber die deutsche Arbeiterklasse sollte doch durch ihre vierzigjährige Geschichte vor einem so schimpflichen Verdacht geschützt sein. Sie schläßt nicht einmal auf ihren Lorbeeren ein, geschweige denn, daß jeder Mißerfolg ihren revolutionären Trost mehr härten als schwächen muß.

Wären die Gegner der Arbeiterklasse nicht ganz auf den Zufall gestellt, so wie es der Kaiser selbst treffend angedeutet hat, bildeten sie noch einige Spannen über den dürftigen Augenblickserfolg hinaus, so würden sie auf alles andere eher bedacht sein, als den Arbeitern den bürgerlichen Parlamentarismus zu vereiteln. Es ist immer noch die denkbar günstigste Situation für die herrschenden Klassen, wenn das Proletariat seine Kraft vorzugsweise auf dem Gebiet des bürgerlichen Parlamentarismus konzentriert. Die deutsche Sozialdemokratie hat dieser Verlockung stets widerstanden; ihr Wahlerfolg von 1903 trieb sie nur an, ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen um so härter auszubauen, den geistigen Einfluß ihrer Presse nur um so mehr zu erweitern. Daran hätte auch der größte Wahlerfolg am 26. Januar nichts geändert. Aber es ist klar, daß die Mandatsverluste, die ihr dieser Wahlschicksal gebracht hat, ihre revolutionäre Tendenz nicht mildern, sondern nur härten kann, immer vorausgesetzt, was ja selbstverständlich ist, daß deutsche Arbeiter keine feigen Hunde sind, die sich durch einen Regen blind wütender Prügel, der sich über sie ergießt, windelweich stimmen lassen.

Dieß ist das Interesse der Partei überhaupt vom Interesse der Nation trennen, so hätten wir stärkeren Anlaß, die sozialdemokratischen Mandatsverluste zu begrüßen als zu beklagen. Dadurch, daß drei Dutzend bisher sozialdemokratischer Mandate zum größeren Teile in die Hände von Urreaktionären und zum kleineren Teile in die Hände von Liberalen übergegangen sind, die sich wie Wetterfahnen im Winde bewegen, ist jeder gemeingefährlichen Absicht der Reaktion freie Bahn geschaffen worden; darunter wird die Nation schwer zu leiden haben und mit ihr auch die Arbeiterklasse. Aber vom agitatorisch-politischen Standpunkt, unter dem die herrschenden Klassen die Sozialdemokratie allein zu betrachten gemohnt sind, hat die Partei in diesem Wahlschicksal eher einen Gewinn als einen Verlust zu verzeichnen; vierzig Mann im Reichstag tun ihr reichlich dieselben Dienste wie achtzig, ganz ungetrübte die bittere und blutige Aufreißung der Volksmassen dadurch, daß sie trotz ihrer übermäßigsten Stimmzahl so kümmerlich im Reichstag vertreten sind. Die Massen werden in dem Ausfallen der Wahlen vom 26. Januar und 6. Februar niemals eine historische Tatsache, sondern immer nur ein Kind des Zufalls sehen, nur daß dieser Zufall für den Kaiser die „höchste Regel“, für sie nur ein Anlaß ist, sich um so kräftiger auf ihre unwandlungbaren Prinzipien zu besinnen und sich um so fester da zu verankern, wo keine Macht der Welt sie vertreiben kann, auf dem Gebiet des modernen Produktionsprozesses, dessen unentbehrliche Träger sie sind.

Dies ist ihre uneinnehmbare Burg, gefeit gegen jedes Kind des Zufalls, das den herrschenden Klassen zu kurzlebigem Triumphe von der Haut fallen mag.“

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage von J. S. W. Dieß Nachfolger ist soeben erschienen:

Raschnow, R. A.: Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit. Autorisierte Uebersetzung von M. Raskin. Mit einem Anhang von M. Raskin. Band 40 der Internationalen Bibliothek. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

In einigen Monaten soll diesem Werk, das fast ausschließlich die Lage der Industrie- und Bergarbeiter in Rußland schildert, folgen:

Raschnow, Peter: Die bäuerliche Wirtschaft und die ländlichen Arbeiter in Rußland.

Die Arbeit besteht aus einem theoretischen und praktischen Teil und hat in Rußland in kurzer Zeit drei Auflagen erlebt. Der Verlag veröffentlicht zuerst den wichtigen zweiten praktischen Teil und behält sich vor, den ersten Teil in späterer Zeit herauszugeben.

In etwa drei Wochen erscheint in dritter Auflage: Bebel, A., Charles Fourier: Sein Leben und seine Theorien. Preis broschiert 2 M., gebunden 2,50.

Unter der Presse befindet sich die durchgesehene und vermehrte Auflage von

Kautsky, K., Thomas More und seine Utopie. Mit einer historischen Einleitung.

Kautsky, K., Die Vorläufer des neueren Sozialismus. Von Plato bis zu den Wiederläufern. Erster Abschnitt: Der platonische und der aristokratische Kommunismus. Zweiter Abschnitt: Die Lohnarbeiter im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation. Dritter Abschnitt: Der Kommunismus im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation.

Eduard Bernstein, Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens. Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftswesen II. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern. Preis 50 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Inhalt: Was bedeutet Wirtschaft? — Natur und Wirtschaft. — Die körperlichen Erfordernisse des Wirtschaftens. — Arbeit und Werkzeug. — Die Elemente der Arbeit. — Der menschliche Körper als Arbeitsmaschine. — Organisation und Teilung der Arbeit. — Die geographische Arbeitsteilung. — Die soziale Arbeitsteilung nach Geschlecht, Alter und Klasse. — Die Technik und die Wirtschaft. — Das Recht und die Wirtschaft. — Die Antriebe zur Wirtschaft in Gegenwart und Zukunft.

Die Broschüre lehnt sich an den Vortrag: „Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens“ an, ist aber in sich abgeschlossen.

Sozialdemokratische Philosophie. Eine Artikelserie von Josef Dießgen. Mit einem Vorwort von Eugen Dießgen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf.

Von Josef Dießgen, dem Philosophen der Sozialdemokratie, bringt der Verlag eine neue, billige Ausgabe seiner mit Recht gern gelesenen und studierten Schriften. Im Vorwort zu dieser Ausgabe sagt der Herausgeber:

„Dießgen weist nach, daß sowohl die spekulative Philosophie als auch die Religion Phantasieren des sich selbst verblendenden menschlichen Denkmögens sind, die zwar historisch bedingt waren, aber heute ebenso notwendig überlebt und durch die induktiv kontrollierbare Erkenntnislehre ersetzt sind.“

„Weil die orthodoxen, freisinnigen und freireligiösen Gelehrten und Pfaffen immer noch fortfahren, — teils bedingt, teils unbewußt — die spekulative Philosophie und die Religion dem Volke im Herrschaftsinteresse der Bourgeoisie erhalten zu wollen, möge das Proletariat diese halb-lästerlichen Verfälscherungs- und Verdummungsmittel schonungslos beseitigen mit Hilfe der folgerichtig monistischen Denkmethode und Weltanschauung, welche Josef Dießgen so wesentlich auch in den vorliegenden Aufsätzen über Sozialismus und Philosophie gefördert hat.“

„Ust und Eifen.“ Ueber Militarismus, Krieg und Kriegertum und dessen verderblichen Einfluß auf das Kulturleben der Völker in alter und neuer Zeit belehrt das von der Buchhandlung Vorwärts unter obigen Titel herausgegebene Werk, in dessen Vorwort der Verfasser sagt:

„Aus all dem können wir lernen, daß die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege ist, wenn sie den Militarismus, nicht nur insofern er eine der Arbeiterklasse feindliche Macht, sondern auch insofern er ein Uebelprinzip ist, bekämpft und eine vollständige, demokratische Wehrverfassung fordert. Die Sozialdemokratie will das stehende Heer durch eine Volksmiliz ersetzen. Ein auf demokratischer Grundlage stehendes Volkstheer schlägt die Nation vor dem Kriege, denn für die kriegerischen, weltpolitischen Abenteuer der kapitalistischen Profitgier ist es ein höchst untaugliches Instrument. Es schlägt aber auch die Nation besser als der Militarismus im Kriege, wenn es ein Kampf um die Existenz und Selbständigkeit des Volkes ist.“

In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 Pf.

Ludwig Wolmann †

Ob unsere Partei ihn jetzt durch den allzu frühen Tod — er ist im Mittelländischen Meer verunglückt — verloren hat, können wir nicht sagen, denn wir wissen nicht, ob er sich in den letzten Jahren noch selbst zu ihr redete; seinem Denken und Fühlen nach, soweit schriftstellerische Erzeugnisse darüber ein Urteil zulassen, gehörte er indes sicherlich schon mehrere Jahre nicht mehr zu uns. In jungen Jahren, als Student, kam er voll ehrlicher Begeisterung zur Partei, nach Abschluß seiner akademischen Studien arbeitete er in ihr mit ebenso ehrlichem Eifer wie ehrlicher Ueberzeugung für den Revisionismus, für den er auch auf dem Parteitag in Hannover eine Lanze brach. Dann zog er die Konsequenzen seiner Ueberzeugung, und in den letzten Jahren hörten wir noch persönliche parteigenössliche Freunde von ihm, für die Partei selbst war er schon verloren. Dafür hatte die bürgerliche Wissenschaft und Publizistik in ihm einen eifrigen und fleißigen, in seiner Art überaus kenntnisreichen Mitarbeiter gewonnen.

Wolmann war von der Philosophie und Naturwissenschaft zum Sozialismus gekommen, und wenigstens er später auch eingehende ökonomische Studien trieb, blieb sein Denken immer in der spekulativen Methode, sein Urteil immer in ethischen Wertmaßstäben befangen. Dazu kam für ihn als Fehler, was sonst ein unerlässlicher Vorteil ist, ein Zielwissen fast auf allen Gebieten wissenschaftlicher Disziplin; ein Zielwissen ohne Verbindung, eine Zielheit ohne klare Einheiten, ein Denken ohne wissenschaftlich und politisch notwendige trennende Einseitigkeit. Seine Objektivität führte zur Objektivität, zur Auflösung aller historischen und ökonomischen Kategorien, zur Verwirrung fester Begriffe. Hatte er zuerst den historischen Materialismus mit Hilfe von Ethik und Naturwissenschaft losgelassen, so löste er später Ethik und Naturwissenschaft losgelassen, so löste er später Ethik und Naturwissenschaft nicht nur, sondern die ganze Menschheitsgeschichte in Fragen der Massen auf und in ihnen wieder blieb schwebend als Fundament nur noch die germanische Masse, die allen Fortschritt, alle Vergangenheit und Gegenwart erklären sollte. Als er hier angelangt

*) Früher Dr. Müller-Sogann genannt.

war, gründete er mit einigen bürgerlichen Ideologen die „Politisch-anthropologische Revue“, die trotz ihrer anerkanntwertigen Materialsammlungen ein wahres Musterbeispiel ungewollter Wirren und Verworrenheit wurde.

Wenn Boltmann so auch sachlich und faktisch nicht mehr zur Partei gerechnet werden konnte, blieb er doch bei allen, die ihn persönlich als Mensch und Parteigenossen kannten, in freundschaftlichen Andenken, in einem freundlichen Andenken, das man immer einem ehrlichen und charaktervollen Menschen bewahren wird, wenn er sich auch sachlich noch so weit später von einem trennt. In diesem Sinne wird sein Andenken auch bei allen, die ihn kannten, über seinen Tod hinaus in Ehren wachgehalten werden!

Das Reglement für die autonomen Zirkel.

Rom, 10. Februar.

Das Exekutivkomitee des Parteivorstandes hat das Reglement für die Verschmelzung oder Föderation der autonomen Zirkel mit der offiziellen Parteisektion, wie sie der Parteivorstand in einer Plenarsitzung beschloffen hatte, beendigt und veröffentlicht es im heutigen „Avanti“.

Ueber die Verschmelzung der Dissidenten mit der offiziellen Sektion wird festgelegt, daß eine provisorische Kommission gebildet werde aus drei Mitgliedern der dissidenten Sektion (die die offizielle Sektion bezeichnen) und aus ebensoviele der offiziellen Sektion (die die Dissidenten wählen). Diese Kommission löst dann beide Sektionen auf und entscheidet über die Aufnahme der Mitglieder in die neue geeinigte Sektion. Beschlüsse müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. Wenn die Kommission nicht einstimmig die Aufnahme eines Mitgliedes ablehnt, kann eine Ablehnung nur wegen dokumentierter politischer oder moralischer Unwürdigkeit erfolgen. Alle Fragen, für die nicht Zweidrittelmehrheit erzielt wird, werden zunächst in gemeinsamer Sitzung mit einem Vertreter des Parteivorstandes verhandelt; ist keine Einigung möglich, so entscheidet das Exekutivkomitee des Parteivorstandes ohne Appell. Nach Eintragung der Mitglieder und der Festsetzung eines Entwurfs des inneren Statuts beruft die Kommission die Generalversammlung, die in üblicher Weise ihr Statut berät und die Parteiamter bezeugt.

Für den zweiten Fall der Föderation der beiden Sektionen wird in der bereits beschriebenen Weise eine Kommission aus sechs Mitgliedern gebildet, die die Mitgliederlisten beider Sektionen einer Durchsicht unterzieht und über die Aufnahmegefrage früherer Mitglieder entscheidet, die sich während des Zwiespals von der Partei zurückgezogen haben.

Diese Kommission arbeitet einen Statutenentwurf der föderativen Organisation aus, der folgende Bestimmungen enthalten muß: a) Jedes Mitglied kann nur einer Sektion angehören und diese entscheidet über seine Aufnahme. b) Die Sektionen müssen einem permanenten Föderationskomitee ihre Mitgliederliste vorlegen. c) Die Sektionen sind in ihrer Verwaltung selbständig, müssen aber einen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl stehenden Beitrag an die Föderationskasse abführen. d) Die Sektionen sind im Föderationsausfluß im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl vertreten. e) Die Exekutivfunktionen der Föderation werden einem vom Ausschuss zu wählenden Komitee übertragen. f) Jeder Konflikt zwischen den Sektionen oder in der Kommission wird einem Schiedsrichterkomitee überwiesen, dessen Mitglieder von den interessierten Parteien gewählt werden und selbst ihren Vorsitzenden bezeichnen. Die provisorische Kommission entscheidet, welche Beschlüsse für beide Sektionen verbindlich sind. Auf alle Fälle sind aber die Beschlüsse über die Wahlstatut und über die Kandidaten, die durch Abstimmung gefaßt werden, für beide verbindlich. Nach Erledigung ihrer Aufgabe beruft die provisorische Kommission die Sektionen zur Wahl des Föderationsausflusses. Ein Jahr nach Anwendung dieser Bestimmungen kann der Parteivorstand einen Versuch zur Verschmelzung beider Sektionen machen.

Wenn die Parteigenossen eines Ortes, für die der Parteivorstand die Verschmelzung oder die Föderation verfügt, diese Bestimmungen nicht annehmen oder ihre Durchführung sich als unmöglich erweist, so können beide Organisationen des Ortes aufgelöst und die neue Sektion direkt vom Exekutivkomitee oder Vorstand organisiert werden.

Die Bestimmungen über die Föderation der beiden Sektionen fordern in mehreren Punkten die Kritik heraus. Zunächst erscheinen sie über Gebühr bürokratisch und kompliziert. Auch sind die Funktionen der vorläufigen Kommission nicht klar genug von denen der definitiven Organe abgegrenzt, die uns — als Föderationsausfluß, Föderationskomitee, Schiedsrichterkommission — allzu zahlreich erscheinen. Freilich wird die Föderationsorganisation überhaupt nur für Italien Anwendung finden, dessen eigentümlichen und unergieblichen Parteiverhältnissen dies ganze Reglement sich anzupassen sucht.

Der Fall Böplau.

Es raht der See und will sein Opfer haben! Auf die öffentliche Besprechung der Kolonialskandale war prompt die eifrige Suche der Entrühten nach den schuldigen Personen gefolgt — nach Beamten, die etwa Enthüllungsdienste geleistet hatten und nun zur Verantwortung gezogen werden sollten. Einer von denen, auf die das Gewitter niederging, stand am Mittwoch vor Gericht: Herr Oscar Böplau, früher Geheimsekretariatsassistent bei der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes. Er wird beschuldigt, sich gegen den § 332a des Strafgesetzbuchs, den sogenannten Armin-Paragrafen, vergangen zu haben.

Böplau soll die Amtsverschwiegenheit verlegt haben dadurch, daß er ihm amtlich anvertraute und zugängliche Schriftstücke anderen Personen widerrechtlich mitgeteilt habe und zwar 1. aus den ihm selber betreffenden Akten ein Reichsgutachten des Geheimen Legationsrats von Franzius, 2. aus den Personalakten des Hauptmanns Kannenberg ein Schreiben des Oberkommandos der Schutztruppen, eine Antwort vom Militärkabinett des Kaisers und einen Erlaß über die Gewährung einer Pension an Kannenberg, 3. einen Bericht über Beschwerden gegen den Landeshauptmann Brandeis. Die Verhandlung, für die mehrere Tage in Aussicht genommen sind, findet statt vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Langner, die Anklage wird vertreten vom Staatsanwalt Lindow, den Angeklagten verteidigt Rechtsanwalt Vertman. Als Zeugen sind unter anderem eine große Zahl von Beamten der Kolonialabteilung geladen, von Sekretären, Geheimsekretären, Hofräten und Geheimen Hofräten, deren Aufmarsch im Gerichtssaal trotz ihrer Koffenhaftigkeit nicht sehr imponierend wirkte. Auch der Abgeordnete Erzberger ist unter den Zeugen.

Das Verhör des Angeklagten nahm den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch und konnte vorläufig nur zu einem kleinen Teil erledigt werden. Die Vorgesichte des Falles Böplau führt zurück auf einen Kampf um Recht, den B. seit 1899 mit großer Fähigkeit geführt hat. Mit derselben Fähigkeit wahrte er sich jetzt gegen die Anklage. B. wurde von 1891 an bei der preussischen Steuerverwaltung beschäftigt, wurde dann 1896 an das Auswärtige Amt zur kommissarischen Tätigkeit überwiesen und 1898 endgültig dorthin übernommen. Als dort im Jahre 1899 eine Neuordnung der Besoldungsverhältnisse der Beamten stattfand, schickte B. sich benachteiligt und forderte, daß die ihm bei seiner Übernahme gemachten Zusicherungen erfüllt würden. Auf seine Eingabe an das Auswärtige Amt wurde zunächst nicht geantwortet, und schließlich kam nach wiederholter Mahnung ein ablehnendes Bescheid. B. klagte nun gegen den Reichskassator, wurde aber in allen Instanzen mit seinem Anspruch abgewiesen, weil der Rechtsweg überhaupt unzulässig sei. Für einen preussischen Beamten ist solche Hartnäckigkeit allerdings etwas Ungewöhnliches. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Anklage gegen B. bei der Besprechung dieser Verhältnisse und auch im Hinblick auf die wiederholte disziplinarische Bestrafung Böplaus wegen „Achtungsverletzung“ gegenüber seinen Vorgesetzten ihm Disziplinwidrigkeit, rüchstandsloses Vorgehen und unbeherrschbare Rechtsbeherrschung. In dem Prozeß

anwält Grünshild sich auf ein schuldighaftes des Justizars beim Auswärtigen Amt, Legationsrat von Franzius, das dem B. günstig war. Durch die Mitteilung dieses Gutachtens an seinen Prozeßvertreter soll B. die Amtsverschwiegenheit verlegt haben, und gegen sie richtet sich die Anklage in ihrem ersten Teil. B. ist dafür bereits im Disziplinarverfahren mit Dienstentlassung bestraft worden.

Der Angeklagte bestreitet, daß er als Beamter Kenntnis von dem Gutachten erhalten habe. Eine Abschrift davon sei ihm anonyminn zugegangen. Da dieses geheime Gutachten in einem wichtigen Punkt von den Anschauungen abwich, die sein Prozeßgegner in der Klageantwortung vortrug, so habe er geglaubt, davon Gebrauch machen zu sollen. Durch Vernehmung des Geheimen expedierenden Sekretärs Schneider will er beweisen, daß ihm tatsächlich ein anonym Brief mit diesem Gutachten zugegangen sei. Schneider ist geladen, war aber am Mittwoch ausgeblieben, da er sich in einer Nervenklinik befindet. B. bestand auf kommissarischer Vernehmung dieses Zeugen; sie wurde beschloffen und soll am Donnerstag stattfinden. Inzwischen suchte das weitere Verhör des Angeklagten Aufklärung darüber zu schaffen, ob es ihm überhaupt möglich war, an seine Personalakten heranzukommen. B. erklärte, bei der Ausgabung solcher Akten sei allerdings früher etwas lax verfahren worden, weil in der Registratur die Beamten überbürdet waren. Seit 1890 sei das aber anders geworden, nachdem man die Zahl der Beamten vermehrt hatte. Die Akten mühten nun stets schriftlich requiriert werden. Die meisten Beamten durften die Registratur überhaupt nicht betreten, auch er selber nicht. Seine eigenen Personalakten zu requirieren sei selbstverständlich unmöglich gewesen. Die Anklage nimmt an, daß er sich das Gutachten direkt aus seinen Personalakten abgeschrieben habe. Es wurde ihm vorgehalten, daß er sich einmal eine Verfügung eines Referenten abgeschrieben habe. B. erwiderte, es sei doch ganz selbstverständlich, daß man als Beamter sich mal Notizen mache. In diesem Zusammenhang wurde ihm auch die Frage vorgelegt, ob es wahr sei, daß er von einem verstorbenen Hofrat Bodhaus „Material geerbt“ habe. B. bejahte das. Sein Freund Bodhaus habe ein ziemlich bewegtes Leben hinter sich gehabt, er habe unter Bismarck im Auswärtigen Amt manches kennen gelernt und sich Aufzeichnungen darüber gemacht, die er ihm, dem Angeklagten, hinterlassen habe. Es wurde nicht recht klar, was diese „Geschäftsgeschichte“ mit der dem P. zur Last gelegten Straftat zu tun haben soll.

Erörtert wurde auch die Frage, ob diese Straftat bereits verjährt sei. Der Rechtsanwalt Grünshild, der im Jahre 1901 in jener Angelegenheit das Gutachten angefaßt hatte, war als Zeuge geladen. Da er zunächst nicht erschienen war und sein Hinweis auf eine notwendige Reise als nicht ausreichende Entschuldigung angesehen wurde, so wurde eine Strafe von 100 M. gegen ihn festgesetzt. Er fand sich dann im Laufe des Nachmittags noch ein, doch konnte er keine bestimmte Aussage darüber machen, wann P. ihm das Gutachten zuerst mitgeteilt hatte. P. behauptete, das sei schon im Frühjahr 1901 geschehen; sein Prozeßvertreter hat aber, wie die Akten ergeben, erst im Herbst 1901 davon Gebrauch gemacht. B. hatte diesen Zeugen bereitwillig von seiner Schwägerin entbunden. Er erklärte übrigens, er selber wolle gar nicht den Einwand der Verjährung erheben. Das Verfahren wurde im Juni 1906 eröffnet; die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre.

Hierauf wurde übergegangen zur Erörterung des Materials, das der Abgeordnete Erzberger benutzt hat. Dabei handelt es sich zunächst um die Angelegenheit des Hauptmanns a. D. Kannenberg, dessen Straftaten im Reichstag zur Sprache gebracht worden sind. Böplau soll an Erzberger Mitteilung gemacht haben von einem Schreiben des Oberkommandos der Schutztruppe, durch das beim Militärkabinett angefragt wurde, ob über Kannenbergs Bestrafung dem Reichstage Auskunft gegeben werden dürfe, ferner von der Antwort des Militärkabinetts, das seine Zustimmung gab, endlich auch von einer Verfügung des Reichskassators (i. B. Stübel), daß nach einer Kabinettsordre an Kannenbergs Pensionsansprüchen durch seine Bestrafung nichts geändert werden solle. P., der diese Angelegenheit dienstlich zu bearbeiten hatte, bestreitet, die Schreiben des Oberkommandos der Schutztruppen bezw. des Militärkabinetts dem Abgeordneten Erzberger mitgeteilt zu haben. Nur die Verfügung des Reichskassators habe er ihm gegeben. Eine von P. angefertigte Abschrift dieser vom 24. Januar 1901 datierten Verfügung ist in den Papieren gefunden worden, die Erzberger dem Untersuchungsrichter ausgeliefert hat. P. behauptet, eine Abschrift sei ihm selber anonym zugegangen, nachdem bereits das Pensionierungsverfahren gegen ihn, Böplau, eingeleitet worden sei. Die Verschuldigung, schon früher selber eine Abschrift davon genommen zu haben, weist er mit dem Bemerkten zurück, da seien ganz andere und viel interessantere Sachen gewesen, die er sich hätte abschreiben können, wenn er gewollt hätte. Zum Abschreiben habe er übrigens gar keine Zeit gehabt, seine Arbeit sei „meistens Galopparbeit“ gewesen.

Der Angeklagte, der an Neuralgie leidet, erklärte hierauf, es sei ihm nicht möglich, der Verhandlung weiter zu folgen. Schon vorher hatte aus demselben Grunde die Verhandlung durch eine Pause unterbrochen werden müssen. Er war damit einverstanden, daß wenigstens noch Abgeordneter Erzberger vernommen werde. Herr Erzberger verzweigte aber seine Aussage unter Berufung auf Artikel 30 der Verfassung, der ihn davor schütze, wegen einer im Reichstage getonenen Äußerung gerichtlich belangt zu werden. Der Staatsanwalt Lindow wies darauf hin, daß Erzberger in der Voruntersuchung keine Bedenken gehabt und seine Aussage gemacht habe. Artikel 30 berechtige keinen Abgeordneten zur Zeugnisverweigerung, eventuell dürfe sogar Hoff über den sein Zeugnis verweigern den Abgeordneten verhängt werden. Nur dagegen sichere ihn Artikel 30, daß er selber für jene Äußerungen zur Verantwortung gezogen werde. Herr Erzberger erwiderte, im Jahre 1899 habe Staatssekretär v. Wittlicher diesen Standpunkt im Reichstage vertreten, doch sei von einer Autorität wie Windthorst ihm widerprochen worden. Eine Lebensinstimmung sei damals nicht erzielt worden, weil der Reichstag geschlossen wurde. Der Sinn des Artikels 30 könne nur der sein, daß ein Abgeordneter über all das, was er im Reichstage vorträgt, überhaupt in keine Untersuchung gezogen werden dürfe. Herr Erzberger fügte hinzu, er wolle und dürfe nicht auf ein Recht verzichten, das nicht ihm selber, sondern der ganzen Volksvertretung gehöre. Zu dem Hinweis auf seine in der Voruntersuchung gemachte Aussage erklärte er, einmal in seinem Leben habe er den Worten eines Untersuchungsrichters zu viel Glauben geschenkt, inzwischen habe er sich aber darüber unterrichtet, daß jener Untersuchungsrichter kein Recht hatte, seine Aussage zu fordern. Staatsanwalt Lindow erwiderte, nach dem zur Zeit geltenden Recht sei die Aussage zu fordern, doch beharrte Herr Erzberger bei seiner Weigerung. Der Angeklagte erklärte, ihm selber liege nichts an dieser Zeugnisverweigerung.

Das Gericht kam zu dem Beschlusse, daß der Zeuge nach Artikel 30 nicht berechtigt sei, seine Aussage zu verweigern. Die Verhandlung wurde hierauf abgebrochen. Am Donnerstag wird nun zunächst in der Heilanstalt bei Eberswalde der Zeuge Schneider kommissarisch vernommen werden, und am Freitag um 1/2 Uhr soll dann die Verhandlung fortgesetzt werden. Die Vernehmung des Abg. Erzberger soll am Sonnabend stattfinden, falls er jetzt ausreisen will. Ob er es jetzt will, darüber hat er sich noch nicht geäußert. Der Vorsitzende lud ihn mit der üblichen Verwarnung, die für den Fall des Ausbleibens die Vorführung in Aussicht stellt.

Aus Industrie und Handel.

Die Große Berliner Straßenbahn.

In ihrem vorläufigen Geschäftsbericht äußert die Verwaltung sich nochmals über die Ursachen der verschiedenen Verkehrsstörungen. Natürlich in demselben Sinne, wie das schon durch Zufahrten an die Presse vor 14 Tagen geschehen ist. Wir haben das Notwendige dazu gesagt; unser Urteil wird durch die wiederholte Darlegung

nicht tangiert. Sodann wird mitgeteilt, daß die Genehmigung der Projekte betreffend Untertunnelung der Leipziger- und Potsdamerstraße sowie der Straße Unter den Eichen in näher Aussicht stehe.

Auf den Bahnlinien der Gesellschaft wurden im Berichtsjahre 364 100 000 Personen gegen 350 500 000 im Vorjahre befördert, somit im Jahre 1906 mehr 13 600 000 Personen = 3,88 Proz.; die Einnahme aus der Personenbeförderung betrug 34 632 051,41 M. gegen 33 260 537,76 M. im Jahre 1905, so daß 1 371 513,65 M. = 4,18 Proz. mehr eingenommen worden sind. Die Betriebsleistungen stellten sich auf 82 873 635 Wagenkilometer gegen 80 950 428 = 2,38 Proz. höher. Die Bruttoeinnahme für das Wagenkilometer hat sich auf 42 Pf. gegenüber 41 Pf. im Vorjahre erhöht. Die Gesamteinnahme einschließlich der auf Betriebsrechnung verbuchten Nebenerträge beläuft sich auf 35 174 338,57 M. gegen 34 289 163,05 M. und die Gesamtausgabe auf 18 968 847,87 M. gegen 18 745 116,79 M. im Jahre 1905. Der Prozentfuß der Ausgaben gegenüber den Betriebseinnahmen beträgt 53,93 Proz. gegen 54,68 Proz. im Vorjahre. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne an die Verwaltungsbeamten und Betriebsbediensteten sind infolge der im Dezember 1905 bewilligten allgemeinen Gehalts- und Lohnerhöhung und Verfüzung der Schaffnerdienste sowie infolge der sonstigen Personalvermehrungen um 483 058,78 M. bis zum Betrage von 8 906 098,35 M. angewachsen; hierzu treten an weiteren Aufwendungen für Löhne und Gehälter noch die folgenden Beträge, die bei anderen Titeln und Konten verrechnet sind: 1 512 420,45 M. Löhne vom Konto Unterhaltung und Ausbesserung der Wagen einschließlich Erneuerungsfondskonto II, 96 471,45 M. vom Konto Bureau, Hof- und Bahreinigung, 545 179,14 M. vom Konto Unterhaltung des Bahnkörpers einschließlich Erneuerungsfondskonto und 494 707,59 M. von verschiedenen Konten, so daß sich für Gehälter und Löhne eine Gesamtausgabe von 11 554 876,98 M. ergibt. Im Berichtsjahre befanden sich einschließlich der Bauarbeiter 8649 Personen im Dienste; die Dienstleistungen für 467 bei der Westlichen und Südlichen Berliner Vorortbahn gegen Erstattung der Gehälter beschäftigte Personen sind bei den Gesamtausgaben für Löhne und Gehälter nicht verrechnet worden. Nach der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich für das Geschäftsjahr 1906 einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 9 902 124,06 M., welcher gestattet, nach angemessenen Abschreibungen der Generalversammlung die Festsetzung einer Dividende von 8 Proz. auf das Aktienkapital von 100 082 400 M. in Vorschlag zu bringen. Für das Geschäftsjahr stellten sich die Obligationenzinsen auf 1 224 800 M. gegen 1 182 000 M., die Obligationenzinsen auf 262 688 M. gegen 265 282,50 M., die Hypothekenzinsen auf 68 941,75 M. gegen 70 700,80 M. im Vorjahre. Dem Bahnkörperamortisationsfonds ist der Betrag von 200 000 M. wie im Vorjahre überwiesen worden.

Nach den Angaben der Gesellschaft stellt sich für 8882 Angestellte das Jahresdurchschnittseinkommen auf 1378 M. Wohlgemerkt, das Durchschnittseinkommen ergibt sich durch Zusammenlegen der höchsten Gehälter mit den Fahrer- und Bahnarbeiterseinkommen. Dafür dürfen die Angestellten auch das stolze Bewußtsein in sich tragen, daß auf jeden von ihnen ein Reingewinn von 1200 M. entfällt, wovon sie natürlich nichts bekommen. Der größere Teil der Angestellten bleibt mit seinem Einkommen sicher erheblich hinter 1200 M. zurück. Dafür gibt es aber Wohlfahrts-einrichtungen. Der Bericht sagt darüber folgendes:

„Mit den Ausgaben für Gehälter und Löhne sind auch die Ausgaben für die Wohlfahrts-einrichtungen gestiegen; hierunter fallen die Beiträge zur Straßenbahnberufsgenossenschaft mit 116 548,18 M., zur Invaliditäts- und Altersversicherung mit 65 026,49 M., zur Betriebskrankenasse mit 117 959,81 M., der Zuschuß zur Ruhegehaltskasse mit 300 124,01 M. und zur Hinterbliebenenasse mit 17 592,97 M., zum Rechtsschutz des Vereins der Angestellten 7258,45 M. sowie außerordentliche Unterstüßungen in Höhe von 32 861,62 M. Insgesamt betragen die Ausgaben für Wohlfahrts-einrichtungen 657 371,63 M.“

Die Gesellschaft rechnet die Beiträge zu den sozialen Einrichtungen wie jede freiwillige Zuwendung zu den Wohlfahrts-einrichtungen.

Die von der Bruttoeinnahme an die Stadtgemeinde Berlin und andere Gemeinden vertragmäßig zu entrichtende Abgabe beziffert sich im Berichtsjahre auf 2 478 060,19 M. gegen 2 404 204,76 M. im Vorjahre; der vertragmäßige Anteil der Stadtgemeinde Berlin am Reingewinn beträgt 699 022,69 M. gegen 377 789,12 M. im Jahre 1905.

Rentabilität des Großgewerbes im Jahre 1906.

Nicht man den Durchschnitt der Rentabilität des Großgewerbes an den Dividenden der Aktiengesellschaften, soweit deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden, so ergibt sich auf Grund der bisherigen Feststellungen resp. Schätzungen für 460 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von rund 2,8 Milliarden Mark eine Dividendensumme von 21,98 Millionen Mark. Die durchschnittliche Dividende betrug also 10,53 Proz. Gegenüber dem Vorjahre bedeutet diese Ziffer eine Steigerung von 1,04, während im vorhergehenden Jahre die entsprechende Ziffer um 1,48 gestiegen war. Die Bewegung der Dividendenziffer seit 1895 ergibt nachstehende Uebersicht:

Jahr	in Millionen Mark	in Prozent
1895	1576,02	115,57
1896	1695,19	152,47
1897	1706,72	164,68
1898	1748,34	171,81
1899	2649,14	268,55
1900	2513,31	275,53
1901	2374,22	180,48
1902	2433,88	161,57
1903	2511,72	180,88
1904	2554,15	204,56
1905	2690,35	254,37
1906	2772,43	291,98

Eine ganz exzeptionelle Steigerung weist unter den verschiedenen Gewerbegruppen die chemische Industrie innerhalb der letzten Jahre auf; nicht deshalb, weil die Durchschnittsdividende von 1905 auf 1906 um 1,74 gestiegen ist, also bedeutend stärker als der Gesamtdurchschnitt, sondern weil sie von 11,17 Proz. im Jahre 1903 auf 17,04 Proz. im Jahre 1906 hinaufgegangen ist. Dabei war die Rentabilität im Jahre 1903 durchaus nicht besonders niedrig, sondern immer noch die höchste seit 1900. Vergleicht man nur mit dem Jahre 1905, so steht die chemische Industrie, soweit es sich um die Steigerung gegenüber 1905 handelt, erst hinter der Zement- und Ziegelindustrie, deren Betriebe überaus günstig abgelaufen. Die Verzinsung des Aktienkapitals geht hier um nicht weniger als 2,44 Proz. über die vorjährige hinaus; es wurden im Durchschnitt 11,05 Proz. Dividende verteilt gegen 8,61 Proz. im Jahre 1905 und 6,67 Proz. im Jahre 1904. An dritter Stelle folgt die Metallindustrie, Bergbau, Hütten und Salinen, in denen das Gewinnergebnis sich im Vergleich zum Vorjahre ebenfalls sehr günstig gestaltete. Die Rentabilitätsziffer ging von 10,18 Proz. auf 11,89 Proz. hinauf. Die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, die doch im Mittelpunkt des letztjährigen Aufschwunges stand, bleibt mit der Steigerung der Rentabilität hinter den genannten Gewerbegruppen zurück; die Metallindustrie verteilte 0,98 Proz. die Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbaugesellschaften verteilten 1,00 mehr Dividende als 1905. Gestiegen ist die Rentabilität ferner noch in der Porzellan-, Glas- und Steingutindustrie, im Textilgewerbe und bei den Elektrizitäts- und Gasgesellschaften. Im Gegensatz zu diesen Gewerben steht nun die Nahrungsmittelindustrie, die Dampfschiffahrt und die Papier- und Gummiindustrie. In allen drei Gewerbegruppen ist die Rentabilitätsziffer zurückgegangen, am stärksten in der Zuckerindustrie, die 1906 nur 7,04 Proz. Dividende zur Verteilung brachte gegen 8,72 Proz. im Jahre 1905.

„Vorwärts“, Produktivgenossenschaft der Bäckereiarbeiter in Hamburg. Die Gesellschaft unterbreitet ihren Jahresbericht, aus dem wir folgendes hervorheben. Der Umsatz stieg von 740 203 M. im Jahre 1905 auf 928 158 M. im letzten Geschäftsjahre.

Der Umsatz an Weizen stieg von 192 495 M. auf 232 172 M., der Barverkauf von 283 866 M. auf 358 959 M. Das geschäftliche Ergebnis des Berichtsjahres steht insofern im Zeichen der durch die erfolgte Zollerhöhung bewirkten Zerrung. Für die meisten bei uns verarbeiteten Rohmaterialien wurde der Zoll erhöht; so für Weizen von 3,50 M. auf 6 M., für Roggen von 3,50 M. auf 5 M., Futter von 16 M. auf 20 M., Kofunen von 8 M. auf 12 M. für 100 Kilogramm. Außer der durch die Zollerhöhung bewirkten Preissteigerung fand noch eine weitere Preissteigerung statt. Es kostete das von uns meistens verarbeitete gute Weizenmehl in den vorhergegangenen Jahren 21 M. durchschnittlich. Im vorigen Jahre war der Preis durchschnittlich 23,50 M. Roggenmehl in den vorhergegangenen Jahren durchschnittlich 19,50 M.; im vergangenen Jahre 22,50 M. Das sind Preissteigerungen von 10 bis 15 Proz. Die Hoffnung auf Herabgehen der Preise infolge der in Qualität wie Quantität guten Ernte erwies sich gleichfalls als trügerisch. Die besten Qualitäten unseres Roggens werden ausgeführt. Der Zoll wird befristet bei Wiederausführung von Getreide aus dem Zollgebiete vom Staate zurückgezahlt; ganz gleich, ob das Getreide aus dem Ausland eingeführt oder in Deutschland gewachsen ist. Diese Rückvergütung des Zolles wirkt wie Ausfuhrprämie. Die beste Qualität unseres Roggens geht in diesem Jahre ins Ausland. Schlechte Qualitäten werden dafür wieder eingeführt; es hält sich aus diesem Grunde ein enorm hoher Preis für das Brotgetreide. Gegenüber dieser wesentlichen Preissteigerung der Rohmaterialien haben wir die Preise für unser Brot nur um 8 bis 10 Proz. erhöht.

Der Bruttogewinn sank deshalb auch von 24,5 Proz. (1905) auf 22 Proz. (1906).

Die Arbeits- und Lohnbedingungen erfuhren insofern eine Abänderung, daß die Wochenlöhne um 2 M. erhöht wurden. Es erhielten ab 1. Mai 1906 11 Bäder 32 M., alle übrigen 30 M. pro Woche. Nur bei Neueinstellungen werden das erste Vierteljahr 28,50 M. bezahlt. Mit den Äntischen wurde infolge Beschlusses des Stettiner Genossenschaftstages ein Tarif abgeschlossen, der jährlich Steigerung von 1 M. pro Woche vorsieht. Es wurde aus diesem Grunde von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne der Äntischer abgesehen. Die Expedienten erhalten 32 M. Verkäuferinnen 18 und 19 M. pro Woche. Schauerfrau 3,25 M. pro Tag.

Der Unterhaltungsfrage des Verbandes Deutscher Konsumvereine traten wir, nachdem das gesamte beitragsberechtigte Personal seine Zustimmung gegeben hatte, mit dem 1. Juli bei. Es ist dadurch auch für die Angestellten im Falle der dauernden Arbeitsunfähigkeit und des Alters wenigstens einigermaßen gesorgt.

Ein Schwarzseher ist es sicher nicht, der dem Korrespondenten des „N. C.“ folgendes Konjunkturbild für — Oesterreich zeichnete:

„Es liegt auch nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß der große Aufschwung, den Industrie und Handel genommen haben, so bald ein Ende finden könnte. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß unsere Industrie sich auf sehr gesunder Basis fortentwickelt. Wenn auch eine starke Anspannung des Bankredits erfolgt, so hält er sich doch immer in solchen Grenzen, daß man absolut nicht von irgend einer katastrophalen Erscheinung sprechen kann. Den weitestgehenden Kreditbedarf, den weitestgehenden Umsatz verzeichnet die Textilindustrie, und das spricht bezeichnend dafür, daß die Konsumkraft der weitesten Kreise der Bevölkerung sich erhöht, ein Umstand, zu dem auch die guten Wintern beigetragen haben mögen. Wenn nun auch dreiviertel bis eine Million Spindeln neu aufgestellt werden, so sehe ich doch darin nicht die geringste Gefahr. Uebrigens ist es interessant, darauf hinzuweisen, daß in England, dessen Spindeln ja weltbekannt sind, größere Aufträge nur mit einer Lieferfrist von acht Monaten bis zu einem Jahre angenommen werden. Auch in der Eisenindustrie herrschen durchaus gesunde Verhältnisse. Erfreulicherweise ist auch — und es liegen mir hierzu sehr wertvolle Ziffern vor — an der Börse nicht die Spur einer Spekulation wahrzunehmen. Es ist somit mehr als verfrüht, an das Abreißen der Konjunktur zu denken. Wenn einmal eine Abdämpfung eintreten wird, wird die gegenwärtige Konjunktur mit keiner Krise enden.“

Aus der Frauenbewegung.

Zu der Ankündigung der ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen schreibt die „Gleichheit“:

Das Ziel dieser Veranstaltung liegt auf der Hand, mag es den einzelnen Beteiligten klar zum Bewußtsein gekommen sein oder nicht. Es soll ein bürgerliches Gegengewicht gegen die Verdrängung der freien Gewerkschaften unter den Arbeiterinnen geschaffen werden. Es fällt auf den ersten Blick auf, daß an den Vorarbeiten zur Konferenz außer etlichen wenigen bürgerlichen Reformern, die sich in ihrer Weise ehrlich und ernsthaft mit dem Arbeiterinnenproblem befaßt haben, alle möglichen und unmöglichen Organisationen beteiligt gewesen sind — auch solche, deren Beschäftigung mit der Arbeiterinnenfrage nicht über den vulgärsten, unfruchtbarsten Dilettantismus hinausgekommen ist —, nur die Organisationen nicht, welche sich seit langen Jahren redlich und unter großen Opfern die Förderung der Arbeiterinneninteressen angelegen sein lassen: die zentralisierten freien Gewerkschaften. Die Interessen der Arbeiterinnen, soweit sie nicht auf politische Beschlüsse jedesdem offen stehen, der an der materiellen und kulturellen Hebung der Arbeiter und Arbeiterinnen mitwirken will. Wer der Ansicht ist, daß innerhalb der Gewerkschaften und von ihrer Seite aus mehr als jetzt für die Arbeiterinneninteressen getan werden müßte, der hat somit alle Möglichkeit, in diesen Organisationen seiner Überzeugung entsprechend arbeiten zu können. Aber freilich: die Arbeit der Gewerkschaften erfolgt auf dem Boden der grundsätzlichen Auffassung vom Klassenkampf. Das alles hat Genosse Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, auf dem Stuttgarter Gewerkschaftstages mit aller Deutlichkeit gerade bei der Behandlung der Arbeiterinnenorganisation ausgesprochen. Aber das ist es gerade, was den bürgerlichen Reformern und Frauenrechtlerinnen nicht in den Kram paßt. Nicht um die Mitarbeit im Dienste der Arbeiterinneninteressen ist es ihnen allein und im letzten Grunde zu tun, sondern um die Führung von Arbeiterinnenmassen. Das aber zu dem Zwecke, diese mittels etwelcher bürgerlicher Reformen von dem Granitblock des Klassenkampfes auf den Klippen des „sozialen Friedens“ hinüberzuführen. Wir bestreiten damit gar nicht, daß es manden der Damen und Herren ehrlich darum zu tun ist, die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern, das aber doch nur insofern, als es sich mit dem kapitalistischen Profit und vor allem mit dem Bestand der kapitalistischen Ordnung verträgt. Und deshalb bleiben sogar die ehrlichen Bemühungen in dieser Richtung zur Schwächlichkeit und Halbheit verurteilt. Der schillernde Falt der bürgerlichen Sozialreform kommt von der Rabel der bürgerlichen Klasseninteressen nicht los. Den Gewerkschaften gegenüber halten es ihre Träger und Trägerinnen zuletzt mit dem Spruch des berühmten Berliner Polizeipräsidenten: „Die ganze Richtung paßt und nicht!“ Es ist bezeichnend, daß das königlich preussische Ministerium für Volkschulverfassung Räumlichkeiten für die Konferenz zur Verfügung gestellt hat. Den Berliner Arbeiterinnen wurden seinerzeit die Schulaulen für Versammlungen verweigert, die ihren ersten Organisationsbestrebungen dienen sollten. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Werden die Frauen das Stimmrecht benützen? Diese Frage wird von vielen Skeptikern und Gegnern des Frauenstimmrechts immer und immer wieder aufgeworfen. Frau Alice Stone Blackwell, eine amerikanische Frauenrechtlerin und Journalistin, beantwortet obige Frage mit einigen unüberlegbaren Tatsachen und Zahlen. Frau Maxwell stellt fest, daß im Staate Wyoming, wo Frauen seit 38 Jahren das volle Stimmrecht besitzen, 90 Proz. derselben sich an den Wahlen beteiligen. In Colorado, wo Frauen seit 14 Jahren stimmfähig sind, machen zwischen 70 und 80 Proz. von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Im Staate Idaho wurden die

selben Erfahrungen gemacht. In einer veröffentlichten Erklärung über das Frauenstimmrecht, welche von allen Richtern des Obergerichtshofes und verheirateten anderen Männern, die in Idaho öffentliche Ämter bekleiden, unterschrieben wurde, heißt es unter anderem: „Keine der bösen Folgen, welche uns vorausgesagt wurden, hat sich eingestellt. Im Gegenteil; das Frauenstimmrecht erfreut sich seit seiner Einführung einer immer wachsenden Popularität. Wenn heute die Frage des Frauenstimmrechts noch einmal zur Abstimmung vorläge, so würde dasselbe fast einstimmig angenommen.“ Als weiteren Beweis ihrer Entgegnung führt Frau Maxwell noch die Berichte aus Neu-Seeland an. Dort ist bei den Wahlen, welche alle drei Jahre stattfinden, die Stimmzahl der Frauen stets gewachsen. Im Jahre 1893 gaben die Frauen 90 290 Stimmen ab; nach drei bzw. sechs Jahren wurden von den Frauen 108 783 bzw. 119 550 Stimmen aufgebracht und im Jahre 1902 war ihre Stimmzahl bis auf 138 398 gestiegen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Spenden. Dienstag, den 19. Februar, 8^{1/2} Uhr, bei Böhle, Reumessersch. 5: Vortrag. Herr Grögerchen. „Bibel und Religion.“

Versammlungen.

Sechster Wahlkreis. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag im „Roabiter Gesellschaftshaus“ seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes gab Freythal. Er würdigte in einem kurzen Resümee die Tätigkeit der Organisation während des letzten Halbjahres. Abgehalten wurden 23 Vorstandssitzungen, 8 Konferenzen, 7 Generalversammlungen, 13 Wahlvereinsversammlungen, 7 Landtags- und 47 Reichstagswählerversammlungen sowie eine Anzahl der bekannten Sonntagsoberversammlungen. Nach dem Ergebnisse der statistischen Aufnahme des Ertragsablaufs vom 2. Oktober beteiligten sich an den damaligen Feststellungen aus dem Wahlverein des sechsten Kreises 13 920 Mitglieder. Von allen acht Wahlkreisen Groß-Berlins waren insgesamt 53 080 erschienen. Was den Verlauf der diesjährigen Reichstagswahlen anbelangt, so sei das Resultat für Berlin ja ein befriedigendes. Im sechsten Kreise wäre eine Zunahme von rund 20 000 Stimmen zu verzeichnen, und dieses Ergebnis berechtige zu den besten Hoffnungen hinsichtlich der Festigung der sozialdemokratischen Ideen in den Herzen der Arbeitermassen des Industriegebietes vom Berliner Norden. Hat doch unsere Partei im Kreise 51,17 Proz. von den Stimmen der Wahlberechtigten und 71,9 Proz. der überhaupt abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Die Freude über das Wahlergebnis in Berlin sei nun allerdings stark herabgemindert worden durch den Wahlausfall im Reich. Doch bei näherer Betrachtung der Dinge sei keine Ursache vorhanden, große Trübsal zu blasen. Wenn die Sozialdemokratie trotz der beispiellos niederrichtigen Gegenagitation der gesamten bürgerlichen Parteien und des enormen behördlichen Wahldrucks einen Stimmenzuwachs von fast einer Viertelmillion Stimmen erzielte, so liefert dieses Ergebnis bei richtiger Würdigung den unumstößlichen Beweis von der unverwundlichen Werbekraft des Sozialismus unter dem Proletariat. Jezt lasse sich mit gutem Gewissen sagen, diese 3/4 Millionen Stimmen seien von Wählern abgegeben, die sich auch wirklich zur sozialdemokratischen Partei bekennen und gewillt sind, auch fernerhin unter allen Umständen zur Partei zu halten. Deshalb könne der Verlust der bisherigen Mitläufer auch um so leichter verschmerzt werden. Ebenso lasse sich der Verlust von Mandaten ertragen, wenn er auch nicht gerade angenehm sei. Ein Stimmenverlust wäre jedoch ungleich schmerzlicher gewesen.

Ganz besonders erfreulich sei die rege Anteilnahme der Gewerkschaften an dem Wahlkampf. Hier hätten die Gewerkschaften gezeigt, daß sie sich mit der Partei eins fühlen. Ihr Versprechen, das sie in Mannheim gegeben, haben sie durchaus gehalten. Deshalb könne jeder Genosse auch das Vertrauen hegen, daß Partei und Gewerkschaften ihren gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus und gegen die politische Unterdrückung auch fernerhin in brüderlicher Eintracht führen werden. Diese Tatsache möge nun ein Ansporn sein, bei einem etwaigen zukünftigen Meinungsaustausch gegenseitig stets die strengste Sachlichkeit walten zu lassen und alles persönlich Verletzende von vornherein in den Diskussionen auszuschalten. Redner teilte fernerhin mit, daß die Abhaltung des wegen der Reichstagsauflösung auf unbestimmte Zeit verschobenen preussischen Parteitages am kommenden Weihnachtstag geplant sei. Diesbezügliche Vorschläge werden den Probinalorganisationen in nächster Zeit von der Parteileitung unterbreitet werden. Er schloß mit dem Appell an die Anwesenden, sich jezt mehr denn je der Aufgabe bewußt zu werden, daß der Ausbau der politischen Organisation als ein Hauptfordernis der nächsten Zukunft zu betrachten sei, denn nur durch festgelegte Organisationen können die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse nachdrücklich gewahrt werden. (Beifall.)

Den Kassenbericht vom 1. Juli bis 30. November 1906 gab Fahrow. Demnach belief sich die Einnahme auf 58 154,36 M. und die Ausgabe auf 55 527,82 M., so daß ein Bestand von 2626,54 M. verblieb. An das Verbandsbureau von Groß-Berlin wurden abgeführt 39 000 M. Die Jahreseinnahme beziffert sich auf 117 784,67 M., der eine Ausgabe von 115 158,13 M. gegenübersteht; davon entfallen als Leistung an das Verbandsbureau 74 700 M. Dem Wahlverein gehörten am 1. Dezember 13 500 zahlende Mitglieder an. Verstorben sind im Laufe des Jahres 55 Mitglieder (zu deren Ehren sich die Versammlung von den Bläsen erhob), 58 sind ausgeschieden resp. ausgeschlossen. Im ganzen waren 7654 Reuanahmen zu verzeichnen, freilich müßte davon ein erheblicher Teil wegen rückstehender Beiträge wieder getilgt werden. Redner ermahnte dringend, fortan jeden Schandrian auf diesem Gebiet zu vermeiden. Wer die Grundzüge unserer Partei begriffen habe und wisse, weshalb er dem Wahlverein beigetreten sei, der habe auch die Ehrenpflicht, seine Mitgliedschaft ständig zu erhalten. (Beifall.)

Der zweite Kassierer, Wachgänger, berichtete sodann, daß er eine Einnahme von 15 112,76 M. und eine Ausgabe von 629,19 M. erzielt habe.

Es erfolgten hierauf die Vorstandswahlen. Gewählt wurden als: 1. Vorsitzender Freythal, 2. Vorsitzender Brunner, 1. Schriftführer Dolz, 2. Schriftführer Riey, 1. Kassierer Fahrow, 2. Kassierer Hönisch; als Beisitzer Ernst, Mars und Krause, als Revisoren Beder, Hesse und Joseph, in die Schiedskommission Schneider, Trippel, Wuhnow, Eisele, Bräcker, Sütgen und Riey; zu Abteilungsleitern resp. Kassierern: 1. Abt. Haase und Dietrich, 2. Abt. Gern und Neumann, 3. Abt. Klaus und Müller, 4. Abt. Baumann und Bombühl, 5. Abt. Matzke und Lautant, 6. Abt. Dahms und Heise, 7. Abt. Riech und Schilles, 8. Abt. Richter und Fröhlich, 9. Abt. Seeger und Melzer, 10. Abt. Sauerweier und Fritsch, 11. Abt. Trapp und Hoffmann. In die Preshmissionskommission wurde wiedergewählt Vitorf, in die Lokalkommission Henschel, in die Agitationskommission Dobroslaw und in den Affonds-ausschuß E. Ernst.

Ueber die Tätigkeit der Preshmissionskommission erbat Vitorf Bericht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen sprach er sich besonders anerkennend über die prinzipielle Haltung der jetzigen „Vorwärts“-Redaktion aus. Sie habe durch ihre sachlichen Artikel nicht nur wesentlich zur Beseitigung des Konfliktes zwischen Partei und Gewerkschaften beigetragen, auch bei der jetzigen Reichstagswahl habe sie durch die schlagfertige kritische Zerplückung der gegnerischen Argumente sowie durch zahlreiche Artikel informativer Natur schätzbare Material zur Führung des Wahlkampfes geliefert. Es sei wohl mit Bestimmtheit zu erwarten, daß auch die notwendige Diskussion über den Ausfall der Wahl von ihr durchaus sachlich geführt werden wird. Die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ ist jezt erfreulicherweise auf über 130 000 gestiegen; es

möge sich daher jeder Genosse angelegen sein lassen, unserem Parteiorgan auch bei denjenigen Genossen Eingang zu verschaffen, wo noch immer die farblose Massenspreche gelesen wird. (Bravo!)

W o g l fragte an, wie es zugehe, daß erst kürzlich wieder eine Annonce des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes, unterzeichnet mit „die Rohleger und Helfer“, im „Vorwärts“ Aufnahme gefunden habe, da doch laut Beschluß der Preshmissionskommission diesem Verband das Parteiorgan gesperrt sei. Vitorf stellte dem Redner anheim, eine diesbezügliche schriftliche Anfrage an den Obmann der Preshmissionskommission zu richten. Wahrscheinlich liege ein Versehen vor. Der Sperrbeschluß bestände nach wie vor zu Recht.

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichteten Dobroslaw und Schulz in längeren Ausführungen. Sie gingen besonders auf die Verhältnisse der ihnen überwiesenen Landkreise Ostpommern, Ruppin-Templin sowie der Ost- und Westpreignitz ein, und waren in der Lage, eine Fülle von Einzelheiten über den unerhörten Wahldruck mitzuteilen, den sowohl die behördlichen Organe wie auch unsere übrigen Gegner während der Wahlkampagne gegen uns in Anwendung gebracht haben. Trotzdem werde sich die Agitationskommission nicht beirren lassen. Ihre Aufgabe sei es, auch in den ländlichen Distrikten Aufklärung zu verbreiten und die Organisation zu festigen. Die gute Aufnahme des in 295 000 Exemplaren verteilten „Märktischen Landboten“ und die steigende Verbreitung der „Fadel“ verbürgen uns einen, wenn auch langsamen, so doch sicheren Fortschritt. (Beifall.)

Rummeier gab Brunner den Bericht von der Schiedskommission. Er bezeichnend diesen Teil der Berichterstattung als den unangenehmsten und undankbarsten. Waren doch in dem letzten Halbjahre nicht weniger als 43 Schieds- und Ausschlußanträge zu erledigen. Sehr zu wünschen sei, daß man sich bei der Stellung solcher Anträge nicht so oft von rein persönlichen Motiven leiten lasse, sondern mehr wie bisher das allgemeine Parteinteresse im Auge behalte. Von der Schiedskommission wurden sieben Anträge als unrichtig zurückgewiesen, vier Anträge wurden durch ihre Vermittelung von den Antragstellern zurückgezogen. In fünf Fällen mußten Klagen ausgesprochen werden, und in 26 Fällen kam die Kommission zur Befürwortung des Ausschlusses. In der Hauptsache handelte es sich dabei um Ausschüsse von Barbierern, die sich geweigert hatten, die Forderungen der Gehilfen anzuerkennen. Entschieden wurde über 20 derartige Fälle. Die Kommission wie auch der Vorstand stellten sich auf den Standpunkt, daß, wenn man auch die prekäre Lage vieler selbständiger Barbier sehr wohl zu würdigen wisse, so seien doch die sicher noch schlechter gestellten Gehilfen nicht dazu da, infolge ihrer sprichwörtlich miserablen Entlohnung den Meistern zu einer besseren Existenz zu verhelfen. Ein Sozialdemokrat am allerwenigsten dürfe durch Ausnutzung schlecht bezahlter Arbeitskräfte eine Verbesserung der eigenen Lage erzwingen. — Gegen seinen Ausschluß protestierte in der Versammlung der Barbier K e u m a n n, Groumstraße 11. Er verwies auf seine langjährige Parteigehörigkeit und suchte seine Ablehnung der Gehilfenforderungen mit der rechnungsmäßigen Darlegung seines eigenen geringen Verdienstes zu rechtfertigen. Die Versammlung ließ diese Gründe gelten und lehnte mit Mehrheit den von der Kommission und dem Vorstand befürworteten Ausschlußantrag gegen K e u m a n n ab.

Zu einer ausgedehnten Debatte führte darauf der Ausschlußantrag gegen Wiesenthal. Die Schiedskommission hatte den Ausschluß Wiesenthals befürwortet, weil sie zu der Überzeugung gekommen war, daß W. an der Gründung des neuen Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes als treibende Person beteiligt war und damit absichtlich eine Zerplünderung in der Metallarbeiterorganisation herbeigeführt hat. In der Handlung wie auch in den Motiven dazu erklärte die Kommission eine Verletzung, die mit den Anschauungen der Partei nicht zu vereinbaren sei. Der Wahlvereinsvorstand hatte jedoch den Spruch der Schiedskommission nicht akzeptiert, weil u. a. die als Zeugen vernommenen Rohleger erklärten, die Neugründung würde auch ohne Wiesenthal erfolgt sein. Deshalb hielt der Vorstand eine Klage für ausreichend. Nach langer, teils ziemlich heftiger gegenseitiger Aussprache, an der sich die verschiedensten Redner für und wider beteiligten, stellte sich die Versammlung in ihrer großen Mehrheit auf den Standpunkt der Schiedskommission und beschloß, den Ausschluß Wiesenthals beim Parteivorstand zu beantragen.

Da es mittlerweile 1/2 Uhr geworden war, so wurde auf den noch ausstehenden Bericht der Lokalkommission verzichtet. Genosse Ernst schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei.

Verband der Tapezierer. Die Filiale Berlin des Tapeziererverbandes hielt am 12. Februar bei Drösel in der Neuen Friedrichstraße ihre Quartalsversammlung ab. Sie war so zahlreich besetzt, daß der große Saal kaum ausreichte. Den Bericht des Vorstandes gab der Bevollmächtigte W e l s. Er bemerkte einleitend, daß erst jezt über das letzte Quartal 1906 berichtet werde, weil man mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen die weniger dringlichen gewerkschaftlichen Angelegenheiten bisher zurückgestellt habe. Der Redner erwähnte sodann die Verhältnisschwierigkeiten und Differenzen, die im irrischen Quartal vorliefen und mit Hilfe der Schiedskommission beigelegt wurden, ferner die Streiks, die gegenwärtig geführt werden und von denen der bei der bekannten Firma M a r k i e w i c z besonders Aufmerksamkeit verdient. Dieser Streik richtet sich gegen das Affordsystem, das die Firma allgemein einführen versuchte. Durch Verhandlungen war es bereits am 10. Januar zur Einigung gekommen, als aber am nächsten Tage die Gehilfen wieder in die Werkstatt kamen, lag auf ihnen ein Haas, der entgegen den soeben getroffenen Abmachungen, besagte, daß von jezt ab nur noch in Afford gearbeitet werden sollte, und daneben lag ein Tarif mit so niedrigen Affordbäßen, wie sie vor 23—30 Jahren in den erbärmlichsten Schandbuden gezahlt wurden. Selbstverständlich wurde unter diesen Umständen die Arbeit nicht aufgenommen. Auf Wunsch der Firma kamen anderen Tages Vertreter der Innung und der Schiedskommission, um den Streit beizulegen. Sie wurden aber von dem jungen Herrn Markiewicz so schamlos empfangen und abgewiesen, daß die Arbeitervertreter, die ja nicht wie Vertreter streikender Arbeiter an eine solche Behandlung gewöhnt sind, aufs höchste entrüstet waren. Dann beschloß sich die Innungsversammlung mit der Angelegenheit und sie beschloß, daß kein Innungsmitglied Arbeiten für Markiewicz übernehmen soll und daß, wo dies dennoch geschieht, die Gehilfen deswegen die Arbeit einstellen, ein solcher Streik nicht wie sonst erst der Genehmigung der Schiedskommission bedarf. Die Firma hat sich an mehr als 90 Tapezierermeister gewandt, um ihre Arbeit unterzubringen, aber nur ein paar Kleinrentner haben sich bereit gefunden, dem Beschluß der Innung zu trotzen. Nur einer von ihnen, der Tapezierermeister F i e d l e r in der Schindstraße, beschließt Gehilfen. Seine zwei Arbeitswilligen, die er sich von der Herberge zur Heimat geholt hat, müssen, wenn sie um Ritternaat mit ihrer Arbeit fertig sind, im Keller unterkriechen suchen, wo sie auf Berg schlafen und ihr Lager mit einem hüfigen Säber teilen, der bellend und zähnefletschend jeden Angriff auf die Dummheit seiner Schuldgelehrten unmisslich macht. Die Firma Markiewicz suchte der Meisterschaft weis zu machen, daß sie ihre eigenen Werkstätten überhaupt aufgeben und ihre Arbeiten in Zukunft nur noch außer dem Hause anfertigen lassen wolle, mußte aber gleichwohl zugestehen, daß dies nur v o r l ä u f i g zutreffen, und bei ihrem Neubau in der Friedrichstraße werde denn auch auf die Einrichtung großer Tapeziererwerkstätten Rücksicht genommen. Die Gehilfen sollen überall streng darauf achten, daß keine Arbeiten für Markiewicz ausgeführt werden. Ein anderer Streik, der noch fort dauert, ist der bei dem Tapezierhändler S c h i l l e s, der den Mebertarif misachtet und die Mebertarbeiten selbst zu Schandpreisen übernimmt. Auch er sucht sich mit Zwischenschmeißern zu helfen, und es einer, der sich hierbei besonders willfährig zeigt, wurde der Schriftführer des Mebertariverbands, Herr Adam, genannt. Auch bei diesem Streik ist streng darauf zu achten, daß keine Streikarbeit ausgeführt wird. Der Redner berichtete ferner von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Abschluß neuer Tarifverträge für beide Branchen des Gewerbes. Die Innungsversammlung am 1. Februar hat die Forderungen der Gehilfen abgelehnt und dagegen die Verlängerung der alten Verträge auf

weitere 2 Jahre vorgeschlagen. Die Innung hat nicht wie üblich ihre Vertreter in der Richterkommission, sondern ihren Vorstand mit der Leitung der Verhandlungen betraut. Die Verhandlungen selbst konnten zu keinem Ergebnis führen, da man erklärte, nicht ermächtigt zu sein, irgendwelche Zugeständnisse zu machen; jedoch wurde beschlossen, daß die Vertreter beider Parteien ihre Mandatgeber um das Recht, über die Tarifvorschläge selbst zu verhandeln, ersuchen sollten. Eine Vertrauensmännerversammlung der Gehülften hat darauf auch bereits beschlossen, der Quartalsversammlung zu empfehlen, diesem Wunsche der Vertreter beider Parteien zu entsprechen. — Die Versammlung erklärte sich denn auch damit einverstanden. — Der Kassenbericht vom 4. Quartal 1906 schloß in der Abrechnung mit der Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 10 757,40 M. ab. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 2874,50 M., für Krankenunterstützung 348,25 M. und für Streiks und Nachregelungen 243 M. ausgegeben. Der Bestand der Filialkasse ist im Laufe des Quartals um mehr als 1900 M. gestiegen. Am Quartalschluß zählte die Filiale 1839 Mitglieder, unter ihnen 75 weibliche. Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Weiss, 2. Wänike, 1. Kassierer Lohse, 2. Bruno, 1. Schriftführer Schöne, 2. Ludwig, Beisitzer Straßer und Grosser. Als Revisoren wurden Zwilg, Fend und Lud gewählt, als Bibliothekar Kirste.

Der Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag in der „Neuen Welt“ eine Generalversammlung ab, um zu dem diesjährigen Verbandstag, der zu Pfingsten in München stattfindet, Stellung zu nehmen. Eingehend wurde über verschiedene dazu vorliegende Anträge debattiert. Zur Annahme gelangte ein Antrag, der besagt, die „Metallarbeiter-Zeitung“ möge zukünftig für die breite Masse leichter verständliche Artikel bringen. Die Schreibweise passe sich zu sehr den Wünschen und Bedürfnissen einer kleinen Zahl der besser vorgebildeten Mitglieder an, trage aber den Erfordernissen der großen Masse nach leicht fahlichem Lesestoff nicht genügend Rechnung. Ein anderer Antrag verlangt die Aufnahme einer Notarischen Bestimmung dahingehend, daß es Verwaltungsstellen mit über 3000 Mitgliedern freistehen solle, für die örtlichen Generalversammlungen das Delegiertensystem einzuführen. Hierbei wurde besonders auf Berlin verwiesen, wo die beschlußfassenden Versammlungen schon seit langem nicht mehr als Spiegelbild der Wünsche und Meinungen der Mitgliedschaft betrachtet werden könnten. Infolge der Unmöglichkeit, genügend große Lokalitäten zu beschaffen, die der starken Mitgliederzahl auch nur annähernd Platz gewähren, sei es dahin gekommen, daß hier drei-, vier- oder höchstens fünftausend Versammlungsteilnehmer bindende Beschlüsse für 60 000 Mitglieder fassen. Dieser ungeliebte Zustand müsse endlich beseitigt werden. Zugestimmt wurde ferner einem Antrag, der die Teilnahme der beiden Berliner Bevollmächtigten an den Verbandsversammlungen in Stuttgart fordert. Ein weiterer Antrag betraf die Abänderung der Unterstützungssätze für Mitglieder, die sich auf

der Reise befinden. Wegen vorgerückter Zeit mußte die Beratung der übrigen Anträge bis zur nächsten Generalversammlung, die über 14 Tage stattfinden soll, vertagt werden. Es erfolgte sodann die Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag. Von Berlin sind 38 Delegierte zu entsenden, 150 Mitglieder wurden dazu in Vorschlag gebracht; die Wahl erfolgt später in den einzelnen Bezirken. Laut Beschluß sind die zu wählenden Delegierten verpflichtet worden, sämtlich in den Bezirksversammlungen vom Verbandstag Bericht zu erstatten. Durch diese Maßnahme soll bezweckt werden, daß nur solche Mitglieder die Wahl annehmen, die sich zur Ausübung eines Delegiertenmandats auch wirklich qualifizieren.

Der Zentralverband der Maurer hatte am Montagabend eine Mitgliederversammlung nach Kellers Saal in der Stopenstraße einberufen. Genosse Düwll hielt einen Vortrag über den „Kulturwert gewerkschaftlicher Arbeit“. Er gab zuerst einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung des Koalitionsrechtes. Erst mit der Gewerbeordnung von 1869 war den Arbeitern die Möglichkeit geboten, durch gewerkschaftliche Organisation ihre Arbeitskraft teurer zu verkaufen. Bis dahin galt der Manchesterstandpunkt, die Lehre „vom freien Spiel der Kräfte“, allgemein; auch der Arbeiter ließ sich damit blenden und erst in der Gewerkschaft lernte er die Täuschung, die in dieser Parole steckt, erkennen. Sein Bewußtsein als ein Bestimmungsfaktor im Produktionsprozeß wurde geweckt und seine Menschenwürde dadurch gehoben. Die Organisation atmete demokratischen Geist und übte eine große erzieherische Wirkung auf den Arbeiter aus. Er gewann eine größere sachliche Ausbildung und lernte den Fortschritten der Wissenschaft Aufmerksamkeit widmen. Und praktisch bot ihm die Gewerkschaft viel durch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und sanitäre Verbesserungen. Die ganze Lage des Arbeiters wurde gehoben und damit wirkliche Kulturarbeit vollbracht. In der Gewerkschaft wird die Aufmerksamkeit des Arbeiters auf die Kommune gerichtet, zunächst als Arbeitgeberin und weiterhin als Ausführungsorgan sozialer Einrichtungen. Die öffentliche Gesundheitspflege wird wichtig für den Arbeiter; er beteiligt sich an den Gemeindevahlen, wird aufmerksam auf die Sozialpolitik des Staates, sein Interessenskreis wird größer. Er lernt begreifen, daß die Sozialgesetzgebung nur durch Druck von unten zustande kommt und es ist leicht erklärlich, wenn er sich in seinem berechtigten Klasseninteresse der Sozialdemokratie zuwendet. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Die Versammlung nahm die Delegiertenwahlen zum 9. Verbandstage und die Wahl eines Schriftführers für die Filiale Berlin vor. Der bisherige Schriftführer Singel wurde wiedergewählt.

Der Verband der Friseurgehülften hielt seine Generalversammlung im „Rosenholzer Hof“ ab. Der Vorsitzende Schmidt gab den Jahresbericht. Abgehalten wurden 27 Mitglieder-, 3 öffentliche und 28 Agitationsversammlungen. Der Vorstand erledigte seine

Arbeiten in 41 Sitzungen. Die Lohnbewegung erforderte eine Menge Arbeit. Sie hat einen teilweisen Erfolg gezeitigt. 850 Arbeitgeber, welche circa 880 Gehülften und 150 Lehrlinge beschäftigten, bewilligten. Der Vorkott, welchen der Aktionsausschuß und die Gewerkschaftskommission ausgesprochen, hat zu dem Erfolg mit beigetragen. Die Gehülften erhielten eine Kontrollkarte. Aus der Partei mußten 17 Arbeitgeber ausgeschlossen werden, da sie nicht bewilligten. In Rixdorf wurde zweimal in die Lohnbewegung eingetreten infolge des Beschlusses der Zwangssinnung, jeden Meister in eine Strafe von 20 M. zu nehmen, welcher ein Plakat resp. eine Kontrollkarte aushängt. Infolge der Wahlen zum Reichstag mußte die Lohnbewegung vorzeitig abgebrochen werden. Die Fluktuation ist eine sehr große. 600 Gehülften ließen sich aufnehmen und ebensobald traten wieder aus resp. mußten gestrichen werden. Liegt dies auch teilweise daran, daß ältere über 25 Jahre alte Gehülften selten Stellung erhalten und andere Arbeit ergreifen müssen, demnach für den Verband verloren sind, so muß doch eine kräftige Agitation und Auffklärung unter den Gehülften einsehen, um die im Beruf tätigen zu halten. Im Beruf herrscht infolge der Lehrlingsgücherei eine Ueberfüllung, der Zugang von außerhalb ist stark, infolgedessen sind bis 40 Proz. der Gehülften arbeitslos. Der Mitgliederbestand beträgt 682. — Hier gab den Kassen- und Arbeitsnachweisbericht. Die Einnahmen betragen 11 523,47 M., die Ausgaben 10 397,43 M., die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse 6136,85 M. Bestand blieb 1138,04 M. Die Frequenz des Arbeitsnachweises war folgende: Angemeldet waren 7225 Stellen. Befehlt wurden 738 feste Stellen und 6167 Aushülften. Außerhalb Berlins wurden 62 Stellen besetzt. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Ab. Schmidt 1. Vorsitzender, E. Bolljahn 1. Schriftführer, L. Langner 1. Arbeitsnachweiskassierer und Funktionär, Kassierer J. Langner, Revisoren Borme und Kranz, 2. Schriftführer Holz, Agitationskommission Gröber, Bill, Leuschner und Grönke, Bibliothekar Schroll. In die Arbeitsnachweiskommission werden Schmidt, Bill, Krenzler und Klitschmüller gewählt. Um 1/2 11 Uhr morgens wurde die Versammlung geschlossen.

Verband deutscher Barbier, Friseure und Perückenmacher-Gehülften. Berlin. Heute abend 10 Uhr im Lokale Schillingstraße 36: Versammlung.

Verband der Friseurgehülften Deutschlands. Filiale Berlin. Heute abend 9 1/2 Uhr, bei Gähde, Frankfurter Allee 181: Mitgliederversammlung. — Filiale Charlottenburg. Heute, Donnerstag, den 14. d. M., 9 1/2 Uhr abends, bei Rextens, Krumme Str. 43: Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

„Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Heft 20. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ally Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Roman 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschl.

Filiale Berlin.

Freitag, den 15. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über den Bericht des Vorstandes.
2. Neuwahl des gesamten Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Die Mitgliedsbuch legitimiert. Anfang pünktlich. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Achtung!
St. Felix Brasil
per Pfd. 1.—, 1,10, 1,20 bis 2,50.
Havana-Gras
per Pfd. 1.— u. 1,25.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.
Vertreter: W. Timpe.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend. — (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich der Ausschuß gebildet und zum Vorsitzenden Herrn Wilhelm Möller, Linienstr. 88 Seitenstr. 4 Tr., gewählt hat. An denselben sind sämtliche Beschwerden gegen den Vorstand zu richten.
Der Vorstand. J. M.: Heinrich Metzke, Bureau Steinstr. 38 I.

Kronleuchter
für Gas u. Petroleum
kauft man am besten und billigsten in der Fabrik von
Siegel & Co.,
Prinzenstraße 33.
500 Kronen von 10-300 M.
Auf Wunsch Teilzahlungen ohne Preisverhöhung. 356332

Eigene Werkstätten!
Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.
Wegen Umzug: Zurückgesetzte Möbel bedeutend billiger.
Ab Mitte März: Vergrößerte Geschäftsräume:
Adalbertstraße 6, am Kottbuser Tor.

29
Gardinenhand
Bernhard
Edwards
Ballstr. 29
Flur-Eing.

Stoppdecken
billigst direkt in der Fabrik
72, Wallstr. 72.
wo auch alle Stoppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strohmandel, Berlin Ks. Wallstr. Katalog gratis.

Blumen- und Franzbinderei
von **Aug. Krause**
Wienerstraße 7.
Bereinständige Palmen-Arrangements, Girlanden usw. Besondere zu den billigsten Preisen. 386922

Blitz **Kaufe bei „Blitz“**
Herren-Konfektion. Ausverkauf. Knaben-Konfektion.
43, Kommandantenstr. 43, nur Hauptstr. 10, Schöneberg, Hauptstr. 10.
Extra billiger Sonderverkauf.
Herren-Anzüge, Kavallerie . . . jetzt 12⁰⁰ M. Herren-Hose „Herkules“ . . . jetzt 2⁴⁵ M.
Herren-Paletots, Kavallerie . . . jetzt 10⁰⁰ M. Knaben-Anzüge u. Paletots, jetzt 2⁰⁰ M.
80, Chausseestr. 80. 9, Rosenthalerstr. 9. 137, Gr. Frankfurterstr. 137.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 17. Februar 1907, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag des Genossen Simon Katzenstein über: „Fortbildung des Arbeitsvertrages.“

Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz. 4/8*

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.
Freitag, den 15. Januar 1907, abends 7 Uhr, bei Wendt, Judenstraßengasse, Beuthstr. 20:

Tapezierer-Näherinnen-Versammlung.

1. Die Näherin im tariflichen Arbeitsverhältnis. Referent: Stell. Otto Weß. 177/4
 2. Diskussion.
- NB. Die Gehülften aller Werkstätten haben die Näherinnen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und für starken Besuch Sorge zu tragen.

Inventur-Extrapreis!
Eine Partie **große Divan** decken auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (Wert 6,75)
Buntpersische doppelseitige **Divandecken**
Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)
Bunte **Plüsch-Divandecken**
Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.
Habe nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraliste
billige Sonderangebote
gratis u. franko!
Roh-Tabak
E. Nauen, a. d. Schmeiblerstraße

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Gr. Frankfurterstraße 138.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätig ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 Wannens-Bäder mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit.)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Erprobt und bewährt!
Spiritus-Glühlicht-
Lampen und Brenner.
Centrale für Spiritus-Verwertung
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
Illustrierte Preisliste kostenlos!

Straßenbahnen in eigener Regie

zu bauen, hat bekanntlich die Stadt Berlin beschlossen. Daß dieser Beschluß „nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ zustande kam, soll heute nicht weiter in Betracht kommen; er wurde gefaßt und es ist seit der grundsätzlichen Beschlusfassung am 18. Oktober 1900 eifrig an der Ausführung gearbeitet worden. So mancher, der von dem Bau städtischer Straßenbahnen gelesen und gehört hat, ist schon unmutig geworden darüber, daß noch „gar nichts zu sehen“ sei und es sind deshalb schon viele Vorwürfe über den Schneidengang des Baues städtischer Straßenbahnen laut geworden. Unserer Meinung nach aber mit Unrecht! Wir sind gewiß die letzten, die einem schwerfälligen, schleppenden Geschäftsgang ganz speziell im Verkehrswesen das Wort reden: in diesem Falle ist die Stadt an der Verzögerung der Ausführung der Verkehrsprojekte unschuldig. Mehr noch! Auf keinem Gebiete der städtischen Verwaltung ist mit einem solchen Eifer bisher gearbeitet worden, als gerade auf dem des Verkehrswezens. Wenn bisher so wenig Positives herausgekommen ist, so lag dies nicht an den städtischen Behörden, sondern an den staatlichen Organen. Der Weg, den die städtischen Straßenbahnprojekte von ihrer Beschlusfassung bis zu ihrer endgültigen Genehmigung durch den Kaiser am 24. Oktober 1906 zurückgelegt haben, ist in der Tat ein wahrer Leidensweg und er ist auch heute trotz kaiserlicher Genehmigung noch nicht zu Ende. Welche Schwierigkeiten der Stadt bereitet werden, läßt eine Vorlage des Magistrats erkennen, die den Bau der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien betrifft und die in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorliegt. Die Begründung dieser Vorlage ist ein wahres Leidenbrot und für die Leserschaft ist von so großem Interesse, daß wir uns entschlossen haben, den Inhalt wiederzugeben. Der Magistrat sagt darin:

Durch Beschluß vom 12. Januar 1905 — Protokoll 11 — hat die Stadtverordnetenversammlung die Herstellung der in der Vorlage vom 26. Mai 1904 (Drucksache 470) bezeichneten fünf Straßenbahnlinien sowie die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel aus dem Vorschuhkonto der Hauptkasse der städtischen Werke genehmigt.

Wir haben demgemäß das Projekt mit Antrag vom 9. Januar 1905 dem Herrn Polizeipräsidenten zur Erteilung der Kleinbahngesetzlichen Genehmigung überreicht unter Hinweis darauf, daß das vorliegende Projekt den im Jahre 1902 seitens der Genehmigungsbehörde dem damals eingereichten Projekt gegenüber geäußerten Wünschen entspräche, und daß wegen der Mitbenutzung der Gleisanlagen in der Petersburgerstraße mit der Großen Berliner Straßenbahn verhandelt werden würde.

Verschiedene bei Prüfung unseres Entwurfs herorgetretene Bedenken und Beanstandungen gelangten in einer im März desselben Jahres stattgefundenen kommissarischen Beratung zwischen Vertretern des Herrn Polizeipräsidenten und des Magistrats zur Besprechung. Zur Befriedigung der Bedenken, welche bezüglich der nach der Großgörschenstraße projektierten Linie bestanden, erfolgte eine Änderung des Entwurfs hinsichtlich der Führung über die Augustabridge durch Ausarbeitung einer Variante, welche eine Abänderung der Vorkartensplanklinie vor den Häusern Königin Augustastr. 3 und 4 und eine Straßenverbreiterung in Aussicht nahm und hierdurch eine günstigere Führung der Gleise ermöglichte. Dieses Projekt wurde der Genehmigungsbehörde am 5. April 1905 überreicht.

Durch ein Schreiben vom 26. Mai 1905 wurden uns seitens des Herrn Polizeipräsidenten gegen verschiedene Einzelheiten unseres Projekts weitere Bedenken mitgeteilt und wir um Abänderung ersucht. Es wurde ferner an Stelle der Kreuzung der Augustabridge der Neubau einer Brücke im Zuge der Köthenerstraße und der Benutzung dieser Brücke für die Großgörschenstraßenlinie angetragen und die Genehmigung von eigenen Gleisanlagen in der Petersburgerstraße abgelehnt, dagegen am heimgestellt, eventuell unter Vermittlung des Herrn Polizeipräsidenten wegen Mitbenutzung der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn in der Petersburgerstraße mit dieser zu verhandeln. Unter Rücksendung der Projektzeichnungen nach erfolgter Abänderung gemäß den Wünschen der Genehmigungsbehörde haben wir im Schreiben vom 28. Juli desselben Jahres in bezug auf die beiden angeführten Punkte unseren Anträgen stattzugeben, indem wir folgendes ausführten:

„Der Neubau einer Brücke im Zuge der Köthenerstraße bietet der dort existierenden Höhenverhältnisse wegen ungewöhnliche Schwierigkeiten, so daß wir zurzeit nicht in der Lage sind, der Angelegenheit näher zu treten. Da wir indessen die bei den darüber geführten Verhandlungen für die Ueberführung der Gleise über die Augustabridge gestellten Bedingungen in dem als Variante bezeichneten Entwurfspläne erfüllt hätten, hätten wir, mit dieser Lösung sich einverstanden zu erklären. Ferner hätten die mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn über die Mitbenutzung der Gleise in der Petersburgerstraße stattgehabten Verhandlungen zu einem Ergebnis nicht geführt. Da, wie wir annehmen, die Verhandlungen eine wesentliche Erleichterung erfahren würden, sobald der Stadtgemeinde der Einbau der Gleise auf der westlichen Straßenseite genehmigt sei, so hätten wir auch in bezug auf diesen Punkt um Zustimmung.“

Über auch der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten, dem unser Projekt seitens des Herrn Polizeipräsidenten zur Herbeiführung der allerhöchsten Genehmigung unterbreitet war, wünschte zunächst noch Aufklärung über die vorerwähnten vom Polizeipräsidenten bereits beanstandeten beiden Punkte — Ueberführung der Straßenbahn über den Landwehrkanal und Mitbenutzung der Gleise in der Petersburgerstraße —. Diesem Wunsch, welcher uns vom Herrn Polizeipräsidenten durch Schreiben vom 8. November übermitteln worden, sind wir nachgekommen und haben in dem Schreiben vom 7. Dezember desselben Jahres die Gründe, die unsere ablehnende Haltung gegen die angeregten Änderungen unseres Projekts veranlassen, unter ausführlicher Darstellung der Schwierigkeiten, die sich den gewünschten Änderungen entgegenstellen, angegeben.

Hierauf teilte uns der Herr Polizeipräsident mit (Schreiben vom 13. März), daß der Herr Minister die Einholung der allerhöchsten Genehmigung bezüglich der Großgörschenstraßenlinie in der beabsichtigten Führung über die Augustabridge — ablehne, auch wegen der Mitbenutzung der Gleise in der Petersburgerstraße erneute Verhandlung mit der Straßenbahn empfehle. Im Interesse einer rascheren Förderung des größten Teils unseres Projekts hielten wir es für zweckmäßig, unseren Antrag auf Genehmigung dahin abzuändern, daß wir auf die Genehmigung der Großgörschenstraßenlinie vorläufig verzichteten und für die Nordlinien unter vorläufigem Fortfall der zwischen der Landwehrkanal und dem Wallenplatz liegenden Strecke als Endhaltepunkt die Landwehrkanal Allee wählten.

Dies teilten wir der Genehmigungsbehörde durch Schreiben vom 11. April 1906 mit. Ende August 1906 erhielten wir aus dem Polizeipräsidenten die Nachricht, daß auch die letzte früher niemals beanstandete Endhaltestelle in der Kaufmannstraße im Ministerium der öffentlichen Arbeiten deshalb Bedenken erzeuge, weil die Einrichtung eines Schleifenbetriebes für die Große Berliner Straßenbahn hinderlich werden könnte. Der Anregung, auch diese Endhaltestelle noch auszugeben, gaben wir in dem in Anlage beigefügten Schreiben vom 29. August 1906 keine Folge.

Im November 1906 ging uns endlich, wie wir voraussetzend schon hier erwähnen wollen, die Mitteilung zu, daß die 4 städtischen Linien die allerhöchste Genehmigung gefunden hätten.

In der Zwischenzeit hatten wir unsere Bemühungen, die bezüglich der Petersburgerstraße und bezüglich der Augustabridge bestehenden Schwierigkeiten zu beheben, fortgesetzt.

Es wurden mit der Großen Berliner Straßenbahn neue Verhandlungen auf der Grundlage, die das mitgeteilte Schreiben des Herrn Polizeipräsidenten vom 13. März 1906 hat, angeknüpft und ein Abkommen auf der Grundlage anzubahnen versucht, daß die Straßenbahn gegen Erteilung unserer Zustimmung zu den von ihr gewünschten neuen Verbindungen und Ergänzungsküden und Einräumung eines dem verlangten Mitbenutzungsrecht entsprechenden Rechts auf Mitbenutzung der städtischen Süblinien in der Wilhelm- bzw. Warzgrafenstraße und das Mitbenutzungsrecht für alle von den projektierten städtischen Nord- bzw. Süblinien in Anspruch genommenen Gleisstrecken der Großen Berliner und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn einräumen solle. Auch das lebten die Vertreter der Straßenbahn ab, indem sie eine vertragliche Verpflichtung zur Einräumung eines Mitbenutzungsrechtes auf Strecken auch von weniger als 400 Meter bezüglich der Süblinien überhaupt bestritten. Sie erklärten sich aber bereit, die Mitbenutzung in der Petersburgerstraße gegen Erteilung der Zustimmung zu den oben erwähnten neuen Verbindungsstrecken usw. und Zahlung einer Vergütung des ihr angeblich durch die Mitbenutzung entstehenden Schadens, den sie auf eine jährliche Summe von etwa 12 000 M. beziffern, einzuräumen. Für die Mitbenutzung sämtlicher durch unsere jetzt vorliegenden Linien in Aussicht genommenen Strecken ihres Bahnnetzes aber beanspruchten sie eine Entschädigung wegen des ihr dadurch angeblich verursachten Einnahmeausfalls in Höhe von jährlich 50 000 M.

Da diese Forderungen der Straßenbahn eine weitere Verhandlung als aussichtslos erscheinen ließen, haben wir die Frage der Mitbenutzung durch die Süblinien in Gemäßheit des § 3 des Vertrages zur Entschädigung einem Schiedsgericht unterbreitet, welches bereits zusammengetreten ist, eine Entscheidung voraussichtlich aber erst nach einem inzwischen eingeleiteten Schriftwechsel fällen wird.

Den Streit um die Mitbenutzung in der Petersburgerstraße aber wollen wir endgültig dadurch erledigen, daß wir die beiden nördlichen Linien, wie der beigefügte Plan zeigt, durch die Landwehrkanal Allee unter Mitbenutzung der Linie der Kontinentalen Gesellschaft und durch die Oberstraße nach dem Viehhof und damit zum Anschluß an die Flachbahnlinie der Hochbahngesellschaft führen. Der Nachteil der dadurch entsteht, daß die Verkehrsreichere und den kürzeren Weg zum Wallenplatz führende Petersburgerstraße ausgeschaltet wird, kann zum größten Teil dadurch als ausgeglichen gelten, daß wir mit den beiden Linien den städtischen Viehhof direkt berühren.

Und die andere die Durchführung des städtischen Projekts bisher hindernde Schwierigkeit, die zur vorläufigen Zurückziehung der Großgörschenstraßenlinie uns veranlaßt, dürfte beseitigt werden können. Bei der Beratung des Projekts eines über kurz oder lang notwendigen Umbaus des Augustabridges würde wiederum, wie schon vor Jahren die Notwendigkeit erkannt, zur Besserung der Verkehrsverhältnisse am Schöneberger Ufer von dem Potsdamer Güterbahnhof eine neue Brücke im Zuge der Köthenerstraße herzustellen, auch ohne Rücksicht auf die Möglichkeit einer neuen Straßenbahnverbindung. Bei einer nochmaligen eingehenden Prüfung gelang es auch, für diese wegen der ungünstigen Höhenverhältnisse und der Nachbarschaft der Hochbahn sehr schwierige Lage eine annehmbare Lösung zu finden. Das neue Brückenprojekt, für welches wir demnach die Zustimmung der Versammlung nachsuchen werden, ist dem Herrn Polizeipräsidenten zur geneueren Genehmigung eingereicht worden. Wir haben auf dieser neuen Grundlage auch den Entwurf der Großgörschenstraßenlinie unter Führung über diese neue Brücke wieder aufgenommen und ebenfalls dem Polizeipräsidenten am 8. November 1906 mit dem Antrage auf Erteilung der staatsbehördlichen Genehmigung überreicht. Eine Entschädigung ist hierauf noch nicht erfolgt.

Inzwischen ist aber, wie bereits oben erwähnt, durch Kabinettsorder vom 24. Oktober 1906 für die vier Straßenbahnlinien, abgesehen von der Großgörschenstraßenlinie, die allerhöchste Genehmigung erteilt worden.

Bei einer Besprechung im Polizeipräsidentium über die Formalien der Genehmigungsurkunde ergab sich aber für die Süblinien unerwarteterweise wiederum eine neue Schwierigkeit insofern, als nach Verlangen des Polizeipräsidentiums für die ganze von der städtischen Linie beanspruchte Strecke der Warzgrafenstraße ein Mitbenutzungsrecht zur Verfügung der genehmigenden Behörde eingeräumt werden soll.

Da eine sofortige Beseitigung dieser neuen Schwierigkeit zunächst nicht zu erreichen war, die Konzessionierung der Süblinien, welche allein dadurch behindert wird, aber auch noch wegen des schwebenden Schiedsgerichtverfahrens ohnehin nicht so dringlich erschien, wie die der Nordlinien, beantragten wir, um eine weitere Verzögerung der Nordlinien zu verhindern, uns zunächst wenigstens die Erlaubnis zum Baubeginn für diese Nordlinien zu erteilen.

Diesem Verlangen hat auch der Herr Polizeipräsident entsprochen und es ist uns am 21. Januar d. J. im Einverständnis mit der königlichen Eisenbahndirektion die Mitteilung zugegangen, daß die sofortige Bauausführung gestattet wird, so daß nunmehr dem Bau dieser beiden Linien Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Die formelle Genehmigungsurkunde wird bezüglich dieser Linien unter den üblichen Bedingungen erteilt werden.

In Uebereinstimmung mit der Verkehrsdeputation hatten wir es hiernach für dringend wünschenswert, nunmehr auch mit der Bauausführung dieser beiden Linien unverzüglich vorzugehen.

Wenn wir auch mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß sich die bezüglich der Süblinien noch bestehenden Schwierigkeiten in günstiger Weise erledigen werden, so kann immerhin darüber noch einige Zeit vergehen. Die Verkehrsverhältnisse aber in den durch die beiden nördlichen Linien berührten Stadtbezirken lassen, wie aus den zahlreichen uns zugehenden Petitionen und Denkschriften der Bewohner jener Stadtteile sowie der betreffenden Grundbesitzer und Bezirksvereine mit Sicherheit hervorgeht, bei der in den letzten Jahren stetig fortschreitenden Bebauung und der demgemäß eingetretenen Zunahme der Bevölkerung die baldige Schaffung dieser Linien als dringend notwendig erscheinen. Für den baldigen Bau dieser beiden Linien spricht ferner auch der Umstand, daß mit ihrer Herstellung auch ihre Ausdehnung und Erweiterung nach mehreren Richtungen ermöglicht wird. Vom Viehhof aus ist eine Weiterführung der städtischen Straßenbahn über den Wallenplatz unter Mitbenutzung der im Zuge der Warzgrafenstraße nach der Warzgrauer Brücke führenden Gleise der Flachbahnlinie Warzgrauer Brücke-Zentralviehhof ausführbar. Die Möglichkeit dieser Weiterführung durch Mitbenutzung fremder Gleise ist dadurch gesichert, daß vertraglich uns das Recht der Mitbenutzung für eine Länge von 1000 Meter zusteht, ferner aber auch von der Eigenbahndirektion der Bahn, der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, gelegentlich der Verhandlungen wegen Fortführung der Untergrundbahn vom Potsdamer Platz aus ins Stadttinnere die Zulassung der Einräumung des Mitbenutzungsrechtes auf der gedachten Strecke über das vertragliche Maß hinaus unter der Bedingung gemacht ist, daß außer der üblichen Zahlung der anteiligen Kosten der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, sowie der anteiligen Unterhaltungslosten wir die Verpflichtung übernehmen zur Einführung der auf dieser Strecke in Gebrauch befindlichen Umsteigegeldschleife für die Hochbahn und zur Abgeltung des durch unsere Mitbenutzung entstehenden Schadens unter Berücksichtigung der bisherigen Verkehrssteigerung der Flachbahn übernehmen.

Von der Warzgrauer Brücke aus würde sich dann eine bequeme und erwünschte Verlängerung über die Oberbaumbrücke nach dem Wölkener Bahnhof ermöglichen lassen, während auf der Strecke zwischen Wallenplatz und Warzgrauer Brücke eine Abzweigung der Bahn durch die Voglagenerstraße oder eine Parallelstraße nach

Rummelsburg ausgeführt werden kann. Am anderen Ende der einen städtischen Linie, am Weddingplatz, aber ist die Weiterführung nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus ins Auge gefaßt und es sollen die Vorarbeiten unverzüglich betrieben werden.

Der im Jahre 1904 mit unserer Vorlage 470 vom 26. Mai 1904 überreichte Kostenschlag für die beiden Nordlinien erhöht durch die inzwischen eingetretenen Preissteigerungen nach dem beigefügten Anschlag eine Veränderung, dahin, daß etwa 300 000 Mark mehr erforderlich werden müssen. Die Umleitung durch die Oberstraße bedingt Mehraufwendungen nur in Höhe von 60 000 Mark. Die Kosten der beiden nördlichen Linien, einschließlich der Depots, werden sich also anschlagsmäßig auf rund 3 000 000 Mark stellen.

Da durch die lange Zeit der Vorarbeiten, durch die im Vorstehenden geschilderten vielfachen Abänderungen der Entwürfe sowie durch die Aufstellung der neuen in Aussicht genommenen Projekte der zur Bestreitung dieser Kosten von der Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 3. Januar 1901 (Protokoll 37) bewilligte Vorschuh von 50 000 M. verbraucht worden ist, haben wir vorbehaltslos der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einen weiteren Vorschuh von 10 000 M. für diese Zwecke angewiesen.

Diese Vorlesungen des Magistrats, denen der Schriftwechsel zwischen Verkehrsdeputation und Polizeipräsidentium beigegeben ist, zeigen aufs deutlichste, welche enormen Schwierigkeiten der Stadt bei Ausführung ihrer Verkehrsprojekte auf ihrem eigenen Grund und Boden gemacht werden; sie zeigen aber auch, welche ungeheure Mühe und Arbeit aufgewandt wurden, um ihnen zu begegnen. Wir wollen hoffen, daß es bald gelingen möge, auch die weiteren Schwierigkeiten zu überwinden. Das ist sicher der Wunsch der gesamten Berliner Bürgerschaft mit Ausschluß einer Handvoll Interessenten.

Berliner Nachrichten.

Ueber die gemeinsame Erziehung der Geschlechter

hat sich der neue Stadtschulrat in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung sehr sympathisch ausgesprochen. Einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gegenüber hat sich Herr Dr. Fischer noch wie folgt geäußert:

„Ich habe bereits in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß ich nur meine persönliche Meinung über die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ausgesprochen habe, da über diese Frage weder in der Schuldeputation noch im Magistrat verhandelt worden ist. Ich habe aber trotzdem es für angebracht gehalten, mich bei guter Gelegenheit darüber zu äußern, da ich mich vorher mit den leitenden Männern sowohl im Provinzialkollegium als auch im Kultusministerium über die Angelegenheit ins Benehmen gesetzt hatte. Ich kann erklären, daß ich an diesen Stellen keineswegs auf eine ablehnende Haltung gestoßen bin. Im Gegenteil: ich fand durchaus Sympathie für den Plan, so daß, wie ich glaube, mit einem Widerstand der vorgelegten Behörden nicht gerechnet zu werden braucht, falls die Einführung der Koedukation in die Berliner Gemeindeschulen beschlossen werden sollte.“

Das kann aber nicht sofort geschehen. Wir müssen erst abwarten, bis der achtklassige Schulplan in einer vollen Generation durchgeführt worden ist. Dieser Zeitpunkt dürfte am 1. Oktober 1910 oder spätestens 1911 eintreten. Wir haben eigentlich schon jetzt in Berlin hier und da gemeinsamen Unterricht für Knaben und Mädchen. Es ist dabei entweder aus der Not eine Tugend gemacht, wie bei den Nebenklassen, oder er ist durch besondere Verhältnisse bedingt, wie bei dem gemeinsamen Unterricht, der in den katholischen Gemeindeschulen in bestimmten Fächern erteilt wird. Sogar in den Oberstufen haben wir in Berlin eine Art von Koedukation, zum Beispiel in den oberen Klassen der 16. Gemeindeschule in der Mohrenstraße. Das alles kann aber nicht als gemeinsame Erziehung der beiden Geschlechter im Sinne der Koedukation gelten. Diese haben wir erst dann, wenn wir uns für die gemeinsame Erziehung prinzipiell entschließen.“

Es bedarf kaum eines Beweises dafür, daß die gemeinsame Erziehung auch bei uns praktisch durchführbar ist. Die Bedenken, die von verschiedenen Seiten gegen die Koedukation in moralischer Hinsicht erhoben worden sind, teile ich nicht. Ich stehe hierin auf denselben Standpunkt, den Dr. Karl Grundschmid von der Margarethenstraße in Berlin in seiner Abhandlung über die Koedukation vertritt. Ich bin für die gemeinsame Erziehung der Geschlechter wegen der Sache selbst, dann aber auch, weil sie uns ermöglicht, das jetzt eingeführte achtklassige Schulsystem beizubehalten. Wir bekommen dann einen gemeinsamen breiten Unterbau in vier Klassen, in denen die Knaben und Mädchen vollständig gleichen Unterricht genießen. Erst von da ab soll eine Trennung insofern eintreten, als diejenigen Stunden, in denen die Mädchen Handarbeitsunterricht empfangen, für die Knaben zu Handfertigkeitsstunden benutzt werden, die wir jetzt noch nicht einführen können.“

Das sind einige der gewichtigen Gründe, die für den gemeinsamen Unterricht der Geschlechter sprechen. Was anderswo durchführbar ist, kann in Berlin nicht unmöglich sein. Wenn auch die städtischen Behörden, wie ich glaube, dem zustimmen, so dürfte die Einführung der Koedukation in den Berliner Gemeindeschulen zu dem erwünschten Zeitpunkt gesichert sein.“

Die Reformen, die der neue Leiter des Berliner Volksschulwesens hier anstrebt, sind zu begrüßen und es ist nur wünschenswert, daß sein Reformeifer von Dauer ist.

Die Gewerbebeputation gibt folgende Mitteilung: Mit dem Ablauf dieses Vierteljahres werden zahlreiche Lehrlinge in Berlin ihre Lehrzeit beenden haben. Aus diesem Anlaß weisen wir darauf hin, daß den Auslernenden Gelegenheit gegeben ist, sich nach Ablauf ihrer Lehrzeit der Gesellenprüfung zu unterziehen. Es ist dringend zu raten, daß von dieser Gelegenheit jeder Lehrling Gebrauch macht, um nicht infolge der Unterlassung im späteren Leben empfindliche Nachteile zu erleiden. Denn wer die Gesellenprüfung nicht bestanden hat, ist von der Teilnahme an den Geschäften der Zwangsinnung, soweit die Regelung des Befehlswesens in Frage kommt, ausgeschlossen (§ 100r Absatz 2 der Gewerbeordnung); er kann nicht als Gesellenbesitzer in den Gesellenprüfungsausschuss gewählt werden (§ 131a der Gewerbeordnung); er erwirbt ferner nicht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen (§ 129 Abs. 1 der Gewerbeordnung) und ist schließlich nicht zur Ablegung der Meisterprüfung berechtigt, die er bestanden haben muß, wenn er den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung seines Handwerks führen will.

Gleichzeitig machen wir die Lehrherren darauf aufmerksam, daß sie gemäß § 131c Abs. 1 der Gewerbeordnung verpflichtet sind, ihre Lehrlinge anzuhalten, sich nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung zu unterziehen. Es genügt hiernach nicht, wenn der Lehrherr den Lehrling nur auf die Möglichkeit zur Ablegung der Prüfung hinweist, er hat vielmehr durch seine Autorität und durch Verlegung über die Folgen für das Fortkommen darauf hinzuwirken, daß der Lehrling der Prüfung sich unterzieht. Unterläßt der Lehrherr die Erfüllung dieser Pflicht, dann wird er mit einer Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft. Macht er sich dieser Pflichtverletzung wiederholt schuldig, dann kann ihm außer der gerichtlichen Bestrafung noch die Befugnis zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen ganz oder auf Zeit entzogen werden.

Nächere Auskunft über die Erfordernisse für die Anmeldung zur Prüfung usw. erteilt die hiesige Handwerkskammer, Neuen Friedrichstraße 47 L.

Die Milchwirtschaft der Irennanfall Herberge ergab 86 791 M. Einnahmen und 28 122 M. Ausgaben, mithin 8689 M. Reineinnahmen, die noch bedeutender gewesen wären, wenn nicht 42 Stück Kühe wegen geringen Milchtrages hätten verkauft werden müssen und an jeder Kuh 75 M. eingekauft worden wären. Bei einem Bestande von 50 Kühen. Die Schweinemästung brachte einen Reinertrag von 2712 M. bei einem Bestande von 50 Schweinen. Die Gesamteinnahmen betrugen 5432 M. und die Ausgaben 2720 M. (370 M. Söhne, 100 M. tierärztliche Behandlung und 1630 M. Futter usw.). Die Ferkelzucht ergab nur 498 M. Reineinnahmen.

Die Einnahmen aus der Schweinemästung aus der hiesigen Anstalt Buhlgarten beliefen sich auf 12 366 M. und die Ausgaben auf 5887 M. darunter 1859 M. Verlust durch Ausbruch der Seuche. 64 Schweine mussten sofort geschlachtet werden. Die Reineinnahme verringerte sich dadurch auf 6379 M.

Nach einer Statistik der „Großen Berliner“ in dem eben erschienenen Geschäftsbericht wurden im Betriebe 1748 Personen leicht, 165 Personen schwer verletzt und 25 Personen getötet. Von den insgesamt zu Unfall gekommenen 1928 Personen ist bei 22 getöteten, 131 schwer verletzt und 1189 leicht verletzten eigenes Versehen, bei 2 getöteten, 17 schwer verletzten, 512 leicht verletzten Personen fremdes Versehen, bei 1 getöteten, 3 schwer verletzten und 77 leicht verletzten Personen Krankheit oder Zufall festgestellt worden, während in den übrigen 24 Fällen die Ursache ungenügend blieb. — Die im Laufe des Jahres 1906 ausgegebenen Haftpflichtversicherungen und Rentenbeiträge haben zusammen eine Ausgabe von 389 000 M. verursacht.

Insgesamt hat die „Große Berliner“ im letzten Jahre 364 100 000 Personen befördert gegen 350 000 000 im Jahre 1905. Der größte Personenverkehr und die höchste Tageseinnahme entfielen auf Sonntag, den 17. Juni mit 1 188 778 auf Fahrkarte Beförderten Personen und 119 069 M.; der niedrigste auf Freitag, den 20. Juli mit 718 756 auf Fahrkarte Beförderten Personen und 71 784 M.

Sororte gegen Berlin.

Eine Protestversammlung gegen die Berliner Stadterhaltung hielten die Grundbesitzer von Friedrichshagen, Nichtenau, Erkner und den umliegenden Ortschaften ab. In diesen Ortschaften hat sich seit mehr als einem halben Jahre eine förmliche Wasserallianz infolge Senkung des Wasserpiegels geltend gemacht, welche den Berliner Tiefbrunnenanlagen zugeschrieben wird. In Nichtenau allein haben 45 Brunnen tiefergelegt werden müssen. Der Vorschlag, gegen die Stadt Berlin einen Prozess anzustrengen, wurde als aussichtslos abgelehnt, da nach den bestehenden Gesetzen die durch Entziehung des Wassers Geschädigten keine Ansprüche auf Entschädigung haben. Verschiedentlich wurde vorgeschlagen, eine glückliche Einigung mit der Stadtgemeinde Berlin in die Wege zu leiten und, als glückliche Lösung der Frage, den Anschluss der betr. Ortschaften an das Berliner Wasserwerk herbeizuführen. Berlin dürfte, wie mitgeteilt wurde, kaum geneigt sein, bei den immer steigenden Ansprüchen, die an die Leistung seiner Wasserwerke gestellt werden, weitere Ortschaften der Umgebung mit Wasser zu versorgen. Eine Verpflichtung dazu läge auch nicht vor, höchstens könnte es veranlaßt werden, die versiegten Brunnen, wie es bereits mit denen des Forsthaus geschahen sei, auf seine Kosten tiefer zu legen. Nach stundenlangem Debatten wurde beschlossen, den Schaden und dessen Ursache durch Sachverständige feststellen zu lassen, das gesamte Material den Aufsichtsbehörden zu unterbreiten und sie zu ersuchen, die Interessen der benachteiligten Ortschaften gegenüber der Stadt Berlin in Schutz zu nehmen.

Im Rathaus fand am Dienstag eine Sitzung des Aufsichtsrats der „Berliner elektrischen Straßenbahnen“ statt, in der nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen, berichtet wurde, daß die städtischen Straßenbahnen die einzigen gewesen sind, welche am 31. Januar d. J. trotz des anhaltenden Schneesturmes den Betrieb aufrecht erhalten haben. Auf der Linie Pantow-Mittelstraße war es möglich, die Motortwagen auf beiden Gleisen verkehren zu lassen und auf der Strecke Treptow-Wehrstraße konnte ein Pendelbetrieb zwischen Wehrstraße-Görlitzer Bahnhof und zwischen diesem und Treptow den Verkehr vermitteln. Dies war nur möglich, daß unter Weglassung der Weirwagen ständig gefahren wurde. Es verdient das umso mehr Anerkennung, als die Große Berliner Straßenbahn am 31. Januar den gesamten Verkehr einstellte und auch noch in den folgenden Tagen auf den meisten Linien ruhen ließ, wodurch eine Verkehrsnot ohne gleichen entstand, Handel und Wandel stockte und alle Welt, besonders aber die Abonnenten und Fahrgäste der „Großen“ empfindlich geschädigt wurden.

Die Vergrößerung des Viktoriaparkes. Die städtische Parlamentarier hat, wie mitgeteilt, beschlossen, mit dem Reichsmilitärministerium über die Pachtung des Aufmarschgeländes zur Vergrößerung des Viktoriaparkes in Verbindung zu treten. Die berichtet wird, scheinen keine großen Aussichten zur Realisierung des Planes vorhanden zu sein. Der Magistrat ist zwar noch nicht an das Militärministerium herantreten, doch soll man hier nach wie vor entschlossen sein, in den Verhandlungen mit der Stadt das militärische Interesse in den Vordergrund zu rücken. Nach dem Reichseigentumsgesetz vom 25. Mai 1873 kann ein Grundstück solange nicht veräußert oder verpachtet werden, als es noch für militärische Zwecke gebraucht wird. Das aber ist nach Ansicht der maßgebenden Stelle im Kriegsministerium hier noch der Fall.

Es scheint danach, daß die Verhandlungen zwischen Magistrat und Militärministerium kaum Aussicht auf Erfolg haben werden. Das wäre bedauerlich; denn notwendiger als für gelegentliche militärische Zwecke wird das „Aufmarschgelände“ unseres Erachtens zur Erholung der im Kreuzbergviertel wohnenden Bürger gebraucht.

Durch eine Ohrfeige getötet. Einen verhängnisvollen Ausgang nahm ein Streit, der gestern zwischen dem 82 Jahre alten Bierkäufer Gustav Flug aus der Dunderstr. 78 und seinem Schwiegersohn, dem 77jährigen Hermann Schönfeldt aus der Schlichtmannstraße 12 entstand. Flug fährt seit fünf Jahren einen Flaschenbierwagen der Schultheißbrauerei. Gestern machte er seinen Witfahrer, als sie sich auf der Fahrt in Rieder-Schönhausen befanden, Vorwürfe über zu langsames Arbeiten. Schönfeldt gab schließlich dem Aufseher eine sehr heftige Ohrfeige. Fünf Minuten später brach Flug in einem Laden, in den er einen Kasten getragen hatte, tot zusammen. Der Erschlagene war verheiratet und hinterläßt zwei kleine Kinder. Schönfeldt ist verhaftet worden.

Eine traurige Aufführung hat jetzt das Verschwinden des 27 Jahre alten Hausdieners Wilhelm Gensow, Bappellallee 23, gefunden. Er hat seinen Leben gewaltsam ein Ende bereitet. Seine Leiche ist gestern in dem Walde zwischen Nieder-Schöneweide und Johannisthal aufgefunden worden. Die linke Brustseite des Selbstmörders war von einer Kugel durchbohrt. Neben dem Toten lag der Revolver. Was den Lebensmüden zu seinem Schritt veranlaßt hat, konnte bisher nicht festgestellt werden.

In ungewöhnlich großer Zahl überwintern in diesem Jahre die Stare in Berlin, von denen man besonders in der Gegend des Lustgartens und des Kastanienwäldchens größere Schwärme beobachten kann. Täglich zweimal, morgens und nachmittags, versammeln sich diese Vögel in der Straße An der Stadtbahn, wo sich hunderte von Staren in den Bäumen niederlassen, die zum Teil in starken Flügen aus dem Tiergarten kommen. Die Vögel werden nämlich zu diesen Zeiten in dem Garten des Kronprinzpalais gefüttert und finden sich zu den Fütterungszeiten in Schwärmen von vier- bis fünfhundert Stück ein. Zu den Wintergästen, die an der gebotenen Tafel im Schlossgarten teilnehmen, gehören auch eine Anzahl Finken, die in diesem Jahre zum ersten Male im Kastanienwäldchen überwintern.

Straßenbahnunfälle. Ein heftiger Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Rollwagen fand Dienstagnachmittag gegen 5 Uhr in der Luisenstraße statt. Der aus der

Philippstraße einbiegende Lastwagen fuhr unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnzug der Linie 57 auf das Gleis. Trotz Anwendung der Gefahrbremse gelang es dem Wagenführer nicht mehr, den Zug bei der kurzen Entfernung zum Stehen zu bringen, und so fuhr der Rollwagen auf den Rollwagen auf. Durch den Anstoß wurde der Aufsitzer des letzteren, Fritz Stadler, vom Bod geschleudert, während die Pferde kurzten. Er erlitt eine erhebliche Kopfverletzung und mußte nach der Charité gebracht werden. Von den Pferden brach das eine den rechten Hinterfuß, es wurde der Abdeckeri überwiesen. — Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern nachmittags in der Müllerstraße zugetragen. Der 43jährige Rentenfänger August Gellert, Liefenstr. 10 wohnhaft, war im Begriff gewesen, mit einem Sod Koks auf dem Rücken den Fahrweg vor dem Grundstück Müllerstr. 184 zu überschreiten. Nur wenige Meter vor dem herannahenden Straßenbahnwagen 1919 der Linie 28 versuchte er die Gleise zu kreuzen, wurde jedoch erfasst, unter die Plattform gerissen und überfahren. Dem Verunglückten wurden mehrere Rippen gebrochen, ein Ohr abgerissen und weitere schwere Verletzungen zugefügt. Trotz der lebensgefährlichen Verletzungen ließ sich G. nicht dazu bewegen, das Krankenhaus in Anspruch zu nehmen.

Seiner Flottenfahrungen wegen unter den Schülern der ihm unterstellten Schule ist seinerzeit der Direktor der vierten städtischen Realschule, Zenger, öffentlich gerügt worden; derselbe Herr, auf dessen Veranlassung der Sohn des Genossen Hoffmann dieser Tage von der Schule verwiesen wurde. Grund dieser Verweisung soll das Fernbleiben des Jungen von der Kaisergeburtstagsfeier der Schule gegeben haben, die als ein Teil des Schulunterrichts angesehen wird. Nun kann aber eine Verweisung nur dann erfolgen, wenn die vorhandenen Strafmittel erschöpft sind. Es sind solche aber überhaupt noch nicht zur Anwendung gekommen.

Sehr richtig bemerkt denn auch die „Volkzeitung“ zu der Tat des übereifrigen Direktors:

„Ein derartig rigoroses Vorgehen kennzeichnet wiederum mit aller Deutlichkeit das reaktionäre und engherzige System Stadt. Das beschämendste in diesem Falle ist aber die Tatsache, daß sich die Sache an einer Berliner städtischen Lehranstalt ereignet hat und daß die Verwaltung der Stadt Berlin nicht in der Lage ist, sich gegen einen solchen Eingriff des Provinzialschulkollegiums zu wehren. Das einzige Recht, das der Stadt Berlin bei dieser sowie den übrigen städtischen höheren Lehranstalten zusteht, besteht darin, das Geld aufzubringen, das die Unterhaltung dieser Anstalten erfordert. Uebrigens ist es auffallend, daß sich der Direktor dieser Anstalt an das Provinzialschulkollegium um besondere Verhaltensmaßregeln gewandt hat.“

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Pfuelstr. 5 gerufen, wo auf einem Neubau Feuer ausgebrochen war. Gestern früh brannten in der Kraustr. 50 Kisten und anderes in einer Bombenfabrik und in der Wilstr. 3 die Dachkonstruktion u. a. Unter den Linden 2 mußte ein Ladenbrand gelöscht werden. Regale u. a. brannten dort. Der 20. Zug hatte in der Erbsenstr. 43 zu tun, wo Papier usw. in Büroraum brannte. Weiter hatte die Wehr in der Alvenslebenstr. 17, Elbinger-, Ede Brauereigerstraße, Alte Jakobstr. 139/143, Friedr. 25/26 und anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samaritanerkolonne. Der Mitgliederversammlung wegen fällt die Uebungsstunde der 4. Abteilung heute abend aus.

Vorort-Nachrichten.

Friedenau, Schöneberg, Steglitz, Wilmerdorf, Zehlendorf! Arbeiter und Arbeiterinnen! Rach eingehender Beratung mit dem Vorstände der Arbeiter-Bildungsschule Berlin und den Parteigenossen vorgenannter Orte wurde beschlossen, in Steglitz, Ahornstr. 15, bei Gehlhase eine Filiale der Schule zu errichten. Die Eröffnung des Unterrichtes soll am morgigen Freitag, abends 9 Uhr, erfolgen.

In Aussicht genommen ist vorerst ein Unterrichtskursus in Geschichte. Dr. R. Raurenbrecher wird in zehn Vorträgen „Die große französische Revolution“ behandeln.

Wir ersuchen nun alle diejenigen, welche gewillt sind, ihr Bissen zu bereichern, an diesem Kursus teilzunehmen und Mitglied der Arbeiter-Bildungsschule zu werden. Alles Nähere ist zu erfragen bei den Genossen Robert Junpe, Steglitz, Forststr. 18 II, und Wahrensdorf, Steglitz, Schloßstr. 117, Restaurant.

Der Vorstand.

Kummelsburg.

Die letzte Gemeindevorstellung, die erste im neuen Jahre, mußte diesmal ohne die sonst übliche Ansprache des Bürgermeisters in die Tagesordnung eintreten. Vorerst verlas der Gemeindevorsteher ein Schreiben des bisherigen Gemeindevorsteheren, in welchem derselbe mitteilt, daß er seine sämtlichen Ehrenämter niederlegt; als Grund gibt Herr Lange an, daß die Unzulänglichkeiten im Gemeindevorstand einen solchen hohen Grad erreicht hätten, daß ein gemeinsames Zusammenarbeiten ausgeschlossen sei.

Herr Lange war der Älteste und Befähigste von sämtlichen bürgerlichen Vertretern, Gemeindevorsteher und Beigeordneten mit einbezogen. Die Gespanntheit zwischen dem Gemeindevorsteher und dem Schöffen Lange datiert bereits seit der Zeit, wo Kummelsburg durch Herrn Assessor Köhler einen Beigeordneten besetzt erhalten hat. Die verschiedenen Vorgänge in den Gemeindevorstellungen im Laufe des letzten Jahres weisen darauf hin, daß man Herrn Lange, welcher zugleich stellvertretender Amtsvorsteher war, absichtlich von internen Gemeindegange fernhielt.

Den Grund, daß Lange sich unbeliebt gemacht hat, gab die letzte Gemeindevorstellung im alten Jahre.

In dieser Sitzung hat Herr Lange das Bestreben des Gemeindevorsteher durch Benennung von Schulen und Stiftungen nach Namen von Angehörigen der königlichen Familie sich nach oben beliebt zu machen, mit Schärfe beläupft und hat dadurch den Antrag des Gemeindevorsteher, dem hiesigen Realgymnasium den Namen: „Kaiserin Auguste Viktoria-Realgymnasium“ zu geben zu Fall gebracht.

Wir hatten seinerzeit bereits unserer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß Herr Lange wohl kaum ungestraft diese mutige Sprache geführt haben wird. Als Trost für die erlittene Unbill ersucht der Bürgermeister an Herrn Lange ein Dankschreiben richten zu dürfen!!

In Punkt 1 der Tagesordnung wird die Pflasterung der Straße A, welche am neuen Gymnasium von der Sadova- bis zur Hirschfelderstraße führt, beschlossen. Ebenso wird die Neupflasterung der Portlandstraße genehmigt. Gleichfalls werden die Mittel zur Neupflasterung des Weidenwegs sowie der Prinz-Albertstraße von der Hirschfelderstraße bis zur Neuen Prinz-Albertstraße bewilligt. Die Erweiterung des Dreiecks zwischen Prinz-Albertstraße, Weidenweg und Portlandstraße vom Berliner Magistrat steht bevor. Dasselbe soll wie der Vorkriegener Platz zu einem Schmud- und Marktplatz hergerichtet werden.

Genehmigt wird der Ankauf von 11 Pferden zur Feuerwehr- und Reinigungsarbeiten. Die Abänderung des Pflichtfortbildungstatuts sowie die Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule erzeugt eine längere rege Diskussion. Die hiesige Pflichtfortbildungsschule, welche sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt hat, scheint in dem Gemeindevorstand keine rechten Freunde zu haben; bereits zum drittenmal kommt derselbe mit einer Änderung zum Ortsstatut dahin, daß die Schulpflicht für die am Orte wohnenden aber nicht beschäftigten jungen Leute aufhebt. Nach diesem geänderten Ortsstatut würde die Schule dann höchstens nur noch ein Drittel der jetzigen Schülerzahl aufweisen. Nachdem unsere Genossen in eingehender Weise auf die Wirkungen dieses so geänderten Ortsstatuts im bildungsfeindlichen Sinne hingewiesen hatten, wurde dasselbe gegen wenige Stimmen abgelehnt. Dagegen wird auf Antrag der

Vollständer Handelskammer beschlossen, unter Leitung der Handelskammer eine kaufmännische Pflichtfortbildungsschule zu errichten; unsere Vertreter hatten dagegen beantragt, die zu gründende kaufmännische Fortbildungsschule der bestehenden gewerblichen Fortbildungsschule anzugliedern.

Ferner wird die Errichtung einer Lesehalle bei der hiesigen Volksbibliothek beschlossen. Dieselbe wird vom 1. April ab im neuen Feuerwehrturm an der Marktstraße untergebracht werden. — Auch wird dem Antrag einer Polizeiverordnung betreffend den Untersuchungszwang des Fleisches von Schlachtvieh bei Hausflachtungen zugestimmt. — Ein neuer Bebauungsplan wird für das Gelände zwischen Neue Prinz-Albertstraße und Hirschfelderstraße genehmigt. — Zur schnelleren Fortschaffung der Schneemassen wird auf Antrag unserer Genossen die Summe von 3000 M. bewilligt.

In nicht öffentlicher Sitzung wird der Erhöhung der Alterszulagen der Volksschullehrer von 225 M. auf 250 M. zugestimmt. Ferner wird ein Projekt vorgelegt, welches eine Umgestaltung der jetzigen freiwilligen Feuerwehre in eine Berufswehr in Nebenbeschäftigung unter Beibehaltung der jetzigen freiwilligen Feuerwehrleute herbeiführen soll.

In Aussicht ist genommen, daß alle brauchbaren Männer, welche als Straßenreiniger von der Gemeinde beschäftigt werden, gleichzeitig als Feuerwehrleute zu fungieren haben.

Rigdorf.

Verschunden ist seit dem 1. Februar der 28 Jahre alte Lederarbeiter Ernst Raschke aus der Jägerstr. 54. R. wohnte bei seinen Eltern und war Heimarbeiter. Am Tage seines Verschwindens ging er morgens fort, um neue Arbeit zu holen. Unterwegs traf er den Händler G. aus der Kammerstraße und suchte mit diesem mehrere Gastwirtschaften auf. Nachts erschien dann G. auf dem 34. Polizeirevier und gab dort den Hut und das Lieferbuch des Raschke ab. Er gab an, R. sei betrunken gewesen und habe sich infolge dessen nicht in die elterliche Wohnung zurückgewagt. Als die beiden das Rathaus-Ufer passierten, habe sich R. plötzlich losgerissen und sei in den Landwehrkanal gesprungen. Vergeblich habe G. versucht, seinen Freund zu retten. Die Eltern des Vermissten glauben jedoch nicht, daß sich ihr Sohn selbst das Leben genommen hat. Auf welche Weise R. den Tod gefunden, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Charlottenburg.

Berein Freier Rindergarten. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Vollshaus“, Rosinenstr. 3, ein Elternabend statt. Schriftsteller S. Kayenstein wird einen Vortrag über „Rinderschutz“ halten. Danach freie Aussprache. Gäste sind willkommen.

Adlershof.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde der Voranschlag für das Etatsjahr 1907 beraten. Vor Eintritt in die Beratung lagen einige Vorlagen, welche auf die Gestaltung des Voranschlags von Einfluß waren zur Beschlussfassung. Beschlossen wurde, die Kontrollen einem Tierarzt zu übertragen, welcher verpflichtet wird, mindestens wöchentlich einmal den Wochenmarkt zu kontrollieren. Die Erhöhung des Grundgehalts der Direktoren, Lehrer und Lehrerinnen, sowie die Erhöhung der Bezüge der Beamten führte zu ausgedehnter Debatte, in welcher von unseren Genossen in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Erhöhungen mit dem Hinweis auf die Lebensmittelerhöhung befürwortet wurde. Bemängelt wurde von unseren Genossen, daß in dem vorgelegten Bebauungsplan der Beamten, die Gehälter der höheren Beamten und die der Gemeindevächter und Schuldiener in keinem richtigen Verhältnis stehen, sondern die der letzteren zu niedrig seien. Außerdem wurde die Heberanstrengung der Schuldiener einer abschätzigen Kritik unterzogen. Für die Gemeindevorsteher hatte die Etatskommission überhaupt keine Erhöhung in Aussicht genommen; unsere Genossen erklärten deshalb, nur dann für die Erhöhung der Beamtengehälter stimmen zu können, wenn gleichzeitig ein Beschluß auf Erhöhung der Wochenlöhne der Arbeiter herbeigeführt würde. Dabur wurde die Mehrheit gezwungen, das Anfangsgehalt der Schuldiener und Gemeindevächter statt auf 1000 M. auf 1200 M. festzusetzen und den Gemeindevorsteher einen Wochenlohn von 24 M. und den Vorarbeitern 30 M. zu gewähren. Das Grundgehalt der Lehrer wurde auf 1400 M. festgesetzt und den Gemeindevorsteher das Anfangsgehalt, sowie der Wohnungsgeldzuschuß um je 100 M. erhöht. Die Anstellung eines zweiten Richters wurde ebenfalls beschlossen. Der Etat, welcher in diesem Jahre in ordentliche Verwaltung, Kanalisations- und außerordentliche Verwaltung eingeteilt ist, schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 701 600 M. ab. — Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und so weiter beträgt 150 Proz. und werden 97 000 M. vereinnahmt werden. Außerdem sollen erhoben werden 341 Proz. der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und 4 Proz. vom gemeinen Werte der Grundstücke, welche mit 58 600 M., 250 Proz. Gewerbesteuer der Klasse 1 und 2 und 175 Proz. der Klasse 3 und 4, welche mit 23 925 M. veranschlagt sind. An indirekten Steuern gelangen zur Erhebung: Hundesteuer 1800 M., Lustbarkeitssteuer 1600 M., Biersteuer 5500 M. und Umfahrsteuer bei Veräußerung von Grundstücken 20 000 M. Durch die Festsetzung des Steuerzuschlages von 150 Proz. zur Staatseinkommensteuer ist anscheinend eine Erhöhung der Steuern für 1907 herbeigeführt. In Wirklichkeit tritt aber gegenüber den 140 Proz. des Vorjahres eine Verringerung des Steuerzuschlages ein, da die bisher besonders erhobene Kreissteuer von 23 1/2 Proz. aus den allgemeinen Einnahmen gewährt wird. Bei der bisherigen Form der Verteilung des Steuerbedarfs würden also nur 116 1/2 Proz. statt 140 Proz. des Vorjahres zur Erhebung gelangen. Unter Geschäftlichem teilte der Gemeindevorsteher noch mit, daß der Einspruch des Fabrikbesizers Lucher gegen die Festlegung der Pauschale der Kaiser Friedrichstraße vom Bezirksausschuß zurückgewiesen wurde.

Grünau.

In eine gefährliche Situation gerieten am Montag abend zwischen 1/10 und 10 Uhr der Schlächtermeister L. aus Adlershof mit noch zwei Personen, als sie mit dem Schlitten an die Fährre gelangten. Durch die unzulängliche Beleuchtung des Dörckens verfehlten sie die Wilhelmstraße herunterkommen, die Köpenickerstraße und gerieten in der letzten Querstraße vor die Dahme. Ohne zu wissen wo sie sich befanden, gelangten sie plötzlich auf die Rampe zur Fährre. Der Schlitten kippte um, und sämtliche Insassen stürzten auf das Eis, das zum Glück noch vorn am Rande die Last trug. Sie waren nicht wenig erschauert, als sie merkten, daß sie sich nur 1 1/2 Meter von dem offenen Wasser der Fährinne befanden und nur durch einen Glücks-umstand — wobei sie sich allerdings immer noch geschundene Gefährter geholt — dem Tode durch Ertrinken entronnen waren. Verrettigt machten sie denn auch ihrer Empörung über die Nachlässigkeit der Behörde Luft, die die Fährre des Nachts nicht durch eine Schutzmaßregel absperrt läßt. Wie uns mitgeteilt wird, sind erst vor einem Jahre Personen durch diese Vunnelei ums Leben gekommen. Man sagt zwar immer: „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird derselbe zugedeckt“ — das scheint hier aber noch nicht einmal der Fall zu sein.

Bernau.

Die Stadterordnetenversammlung bewilligte dem Krankenwärter S. E. L. eine Feuerungszulage von 150 M. für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1906. Beschlossen wurde ferner die Erbauung eines Restaurationsgebäudes am Döblichweg mit 10 gegen 2 Stimmen. Die Vorlage, den Bau eines neuen Schulhauses betreffend, fand einstimmige Annahme; es wurde der Magistrat ersucht, der Verammlung schleunigst spezielle Vorlagen zu diesen beiden Bauten zugehen zu lassen. Abdam wurde noch der Bau eines Kanals von der Jepernitzerstraße durch den Angerweg nach der Panke in einer Länge von 113 Meter genehmigt.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstellung ist an Stelle des zurückgetretenen Schöffen Herrn Zimmermeister Otto Riedert der

Apothekenbesitzer Herr Bürger zum Schöffen gewählt worden. Der Punkt: Abkommen mit der Großen Berliner Straßenbahn, betreffend Ausdehnung des Straßenbahnnetzes wurde verhandelt, da inzwischen in dieser Sache mehrere Änderungen vorgenommen worden sind. Mit den Arbeiten zur Verbreiterung und Asphaltierung der Kaiser-Wilhelmstraße soll begonnen werden, sobald die Bitterung es zulässt. Leider werden dadurch eine Anzahl der alten schönen Bäume dieser Straße beseitigt.

Regel. Die Schulgemeindevorstellung beschloß in ihrer vorgestrigen ersten Sitzung im Jahre 1907 zunächst eine Anleihe von 280 000 Mark zu erheben, die für den Schulgebäudebau bestimmt, mit 3 Proz. Zinsen und 1 Proz. Amortisation angeboten ist. Weiter soll ein zweiter Rektor für die Volksschule zum 1. Oktober 1907 angestellt und sechs neue Lehrstellen, drei zu Orlern und drei zu Michaeis geschaffen werden. Wenn nötig, kann der Schulvorstand noch eine liebliche Stelle schaffen. Das Gehalt richtet sich nach dem gültig bestehenden Besoldungsplan. Eine der Lehrstellen soll dem neuen Rektor übertragen werden.

Die Gemeindevorstellung, die sich unmittelbar daran schloß, war seit langer Zeit zum ersten Male von sämtlichen Gemeindevorstellern besucht. Der Leiter im Germania-Prozess vor dem Reichsgericht ist auf den 22. Juni d. J. festgesetzt. Hiervon beschloß die Gemeindevorstellung, die Stadt Berlin auf Grund des bestehenden Vertrages nun um Herstellung der Zufahrtstraße von der Hafenanlage zur Spandauerstraße zu ersuchen. Der Antrag unserer Genossen Lichtensberg und Kodelke vom 7. Januar, auch für Regel die Wertungsbefugnis einzuführen, hat sich dadurch erledigt, daß die Vorarbeiten für den Steuerentwurf auf Grund früherer Beschlüsse bereits so weit gediehen sind, daß die nächste Steuerkommissionssitzung sich mit der Frage beschäftigen wird. Der Steuerentwurf wird voraussichtlich der übernächsten Gemeindevorstellung vorgelegt werden. Bei der Stimmung unter den Gemeindevorstellern ist keine Annahme sicher. Zur Verpachtung der Gemeindegewässer wurde der Gemeindevorstand beauftragt. Die Landwirte Tegels hatten keine Gebote eingereicht. Der Vorschlag, das Land in einzelnen Parzellen für geringes Geld an Arbeiter als Laubentförmung zu vergeben, soll erliegen. Dem Gemeindevorstand wurde Generalvollmacht zur Vertretung der Gemeinde in Auflassungs-, Verwaltungssitz- und Zivilprozessen erteilt. Der Antrag der Spandauer Dampfmaschinen-Gesellschaft auf Ueberlassung der Holzbohlen-Dampferlagerstätte und des Billethalters zeitigte deshalb eine lange Debatte, weil ein am Sonntag eingegangener Antrag der „Stern“-Gesellschaft die Ueberlassung einer Dampferbrücke im Zuge der Seegasse forderte. Zu diesem letzten Antrag wurde erklärt, daß noch sehr lebhaft im Gedächtnis aller die Art und Weise nachfolgt, wie die „Stern“-Gesellschaft 1904 die Gemeinde abgefunden habe, als sie statt fünf neuer Dampfer zwei und statt 1000 M. Anlagegebühr nur 10 M. anbot. Nur die Gemeindevorsteher Vorjig und Schumacher waren für Verhandeln mit der Gesellschaft. Genosse Kodelke forderte, daß bei der Vertragsverhandlung festgelegt werde, daß die bestehenden Preis- und Fahrverhältnisse bestehen bleiben. Wenn die „Stern“-Gesellschaft käme, würde sie die Leute von Holz einstellen und die alte Konkurrenz wäre wieder da. Herr Vorjig wünschte eine Gewinnbeteiligung der Gemeinde, worauf ihm Genosse Lichtensberg erwiderte, es wäre besser, die Dampfmaschinen würden überhaupt von der Gemeinde betrieben. Beschlossen wurde, auch die dritte Brücke und den freien Schalter der Spandauer Gesellschaft zu überlassen, jedoch unter der Bedingung, daß ein Vertrag zustande käme und Vorschläge wegen der Gewinnbeteiligung gemacht würden. Im übrigen soll mit der „Stern“-Gesellschaft weiter verhandelt werden; die Ueberlassung einer der drei Brücken wurde aber strikte abgelehnt. Die Beschlüsse über das Gaswerk Tegel sind eingehend untersucht worden und festgestellt, daß das Gaswerk bemüht ist, allen Wünschen gerecht zu werden, daß aber die ungeheure Zahl der Anschlüsse (1906 45 Proz. mehr) die Leistungsfähigkeit bis zur äußersten Grenze gebracht hätte. Diefem sei jetzt nach vollendetem Ausbau so weit abgeholfen. Die Gemeindevorstellung nahm davon Kenntnis, beschloß aber doch, in Zukunft regelmäßige Prüfungen des Gases durch einen Sachverständigen vornehmen zu lassen. Die für die Wasserversorgung vorliegenden Baupläne wurden für die Ausführung genehmigt. Jeder eine Stunde wurde dann hin und her debattiert über den vorgeschlagenen Erweiterungsbau des Verwaltungsgebäudes, Behr. 2-3, und zwar vor allem um den Stil. Der Bau soll einmal den äußersten Fingel des fünftigen etwa in acht Jahren notwendigen Rathauses bilden. Die Veranschlagung war bereit, alles zu genehmigen und die Kosten in Höhe von 132 000 Mark zu bewilligen. Nur wollte sie den Stil bestimmen. So wurde denn beschlossen, die Sache zu vertagen und davorst weitere Stützen für Fassaden und einen Situationsplan einzufordern. Es wurde noch beschlossen, für den Tegeler Pfarrhausbau in der geforderten Höhe (65 Proz.) den Vertrag zu leisten, ohne aber eine Verpflichtung anzuerkennen. Gleichzeitig aber wurde vorgeschlagen, das Pfarrhaus für zwei Geschlechte zu erbauen. Unsere Genossen Lichtensberg und Kodelke stimmten dagegen. Hierauf schloß die Sitzung nach fast fünfständiger Dauer um 1/10 Uhr.

Schönwalde (Bezirk Bantow). Ein erfreuliches Fortschreiten der Organisation ist, wie aus dem Bericht des Genossen Scheffler in der am Sonntag stattgehabten Wahlvereinsversammlung hervorging, auch in Schönwalde zu verzeichnen. Der im März vorigen Jahres aus 18 Mitgliedern bestehende Wahlverein ist bereits auf 78 Mitglieder angewachsen. Es muß dies für die dortigen Genossen ein Anlaß sein, mit noch intensiverer Kraft weiterzuarbeiten. Mit der Leitung der Organisation wurden die Genossen Gräber, Rand, Anst und Krupp betraut. In der Diskussion über die Reichstagswahl brachten einige Redner zur Sprache, daß Aderbürger am Tage der Wahl mit ihren Arbeitern gekommen sind und streng darauf geachtet haben, daß dieselben keinen anderen als den von ihnen überreichten Stimmzettel annahmen. Zum Schluß meldeten sich noch drei Genossen zur Reaufnahme in den Wahlverein.

Gerichts-Zeitung.

Zum Kampfe gegen das Polentum.

Der Regen, mit dem die polnisch-deutsch-preussische Justiz Preiser, Redakteure, Eltern mit Verurteilungen aus Anlaß des Schulstreiks überhäuft, läßt nicht nach. Bislang sind aus Anlaß des Schulstreiks bereits über 800 Verurteilungen ausgesprochen. Gestern hatte sich vor der polnischen Strafkammer der Redakteur des „Posten“, Johann Trzaska, in fünf Anklagefällen zu verantworten. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen eines Falles, in dem sie Vergehen gegen § 110 (Aufwallung zum Ungehorsam) und 180 Str.-G.-B. (Anreizung zu Gewalttätigkeiten) erklarte, zu drei Monaten Gefängnis und 180 M. Geldstrafe, ferner wegen Verletzung des § 110 Str.-G.-B. in einem zweiten Falle zu sechs Wochen Gefängnis, im dritten Falle zu 250, im vierten Falle zu 200 M. Geldstrafe. Die Anwendung der Strafschutz als Germanisationsmittel kann selbstverständlich den von ihr erstrebten Zweck nicht erreichen, muß aber die Wirkung verächtlicher Erbitterung der polnisch sprechenden Deutschen und einer Vernichtung des Restes von Ansehen preussischer Justiz zur Folge haben. Die Saat, die hier die Germanisationspolitik sät, wird, vielleicht langsam aber sicher, zur Erschütterung des Aberglaubens von der Behördennutrität, zum Nachdenken über den Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Mächte und damit zum Sozialismus für alle die führen, die die nationale Ehre nicht in der Betätigung der wirtschaftlichen Unterdrückung und politischen Entrechtung der Massen durch den Mangel Wohlhabender und ihrer Handlanger, sondern in der Betätigung des Sayesbildens: Alles durch das Volk für das Volk.

Geslüster Kindesraub.

Das völlige Verlangen der Nachmittags des sächsischen Staates gegen den reichen Leuten verübten Kindesraub illustrierte folgender an Dienstag vor dem Reichsgericht verhandelter Strafprozess.

Wegen Kindesraubes ist am 26. April v. J. vom Landgericht Leipzig der Richter Albert Harnisch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die übrigen Mitangeklagten kommen jetzt nicht mehr in Betracht. Die Voruntersuchung richtete sich auch gegen den Verleumdung des sogenannten Naturheilkundlichen Platen. Der Wert dieses Buches ist, wenn es einen solchen überhaupt besitzt, sehr geringfügig. Platen ist aber dadurch, daß er durch Reisen im Großbetrieb das Werk zu sehr hohen Preisen auf Absatzzahlungen veräußert hat, ein sehr wohlhabender Mann geworden. Das Verfahren wegen Kindesraubes gegen ihn ist vorläufig eingestellt, weil er sich im Auslande befindet. Platen hat seine Frau verlassen und ist bemüht gewesen, ihr die Kinder abspenstig zu machen. Schon früher war der Frau Platen ihre Tochter Luise im Rosental aus der Hand gerissen worden, wahrscheinlich auf Veranlassung des Vaters Platen. Als Frau Platen am 11. Februar 1905 vormittags 1/9 Uhr in Begleitung ihrer 1896 geborenen Tochter und ihres Sohnes Alfred durch das Rosental nach der 2. Wagnersprung gehen wollte, kam ihr eine Droschke entgegen. Ein Mann sprang heraus, hob das Mädchen in den Wagen und sprang selbst hinein. Der Kutscher fuhr rasch nach Gohlis davon. Drei Männer, die aus dem Gebüsch traten, hinderten Frau Platen an der Verfolgung der Droschke. Der Kutscher war der Angeklagte Harnisch. Dieser gab an, der Angeklagte Leut habe die Droschke zu einer Fahrt nach Eilenburg gemietet und der er wolle sein Kind mitnehmen, das von seiner Frau, von der er getrennt lebe, schlecht behandelt werde; er habe seine Braut bei sich. Um den Krawall, den seine Frau machen werde, solle er sich nicht kümmern. Nach dem Raube sei er nach Eilenburg gefahren, und hier seien die Personen ausgeflogen und hätten die Fahrt bezahlt. Das geraubte Kind ist vor der Ehe geboren, aber von Platen anerkannt, also ehelich. Die Verführung über die Kinder stand der Mutter zu, weil Platen 1904 auf Antrag seiner Frau wegen Verschwendung entmündigt worden war. Frau Platen hatte den Aufenthalt der Kinder zu bestimmen. Erst 1906 ist die Entmündigung Platens aufgehoben worden. Frau Platen wußte lange Zeit nicht, wo ihr Kind sich befand, und hat es trotz Klage beim Amtsgericht Leipzig nicht wieder erlangt. Das Gericht hat festgestellt, daß Harnisch volle Klarheit darüber hatte, um was es sich handelte, und daß er durch Einschlagen auf die Pferde zum Seligen des Raubes das Seine beigetragen hat. In der Revision machte Harnisch geltend, daß normalerweise der Vater den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen habe. Er, der Angeklagte, habe nicht annehmen können, daß es anders war. Von Eltern könne seiner Ansicht nach Kinderraub überhaupt nicht begangen werden. — Das Reichsgericht erkannte auf Verurteilung der Revision.

Darauf ist — ob unter der zutreffenden Annahme, es habe den wahren Sachverhalt getraut, welche dahingestellt — ein Verzug des Kindesraubes bestraft, der Entführer selbst hat es durch seinen Reichtum zuwege gebracht, dem sächsischen Staat mit dem geraubten Kinde zu entstehen und die Verleumdung, ihn oder das Kind nach Deutschland zurückzuführen. Wäre das selbe Ergebnis möglich gewesen, wenn die sächsische Polizei sich nur mit Strafsachen, nicht z. B. mit Vereins- und Wahlsachen zu beschäftigen hätte?

Vermischtes.

Großfeuer brach nach der „Frankf. Ztg.“ vorgestern in dem Wälderhuppen auf dem Esplanade in Frankfurt a. M. aus. Die an den Klagen angrenzenden Häuserreihen waren stark bedroht. Die Flammen schlugen hoch auf, es entwickelte sich eine große Hitze. Die Hausbewohner der Häuser schlichen konnten, waren letztere teilweise durch die Glut zerstört. Die Feuerwehr fand große Arbeit und hatte mehrere Stunden mit der Brandbeseitigung zu tun. Wie das Feuer entstanden, konnte noch nicht festgestellt werden, der Schaden ist ziemlich bedeutend.

Die Kosten des Wiederaufbaues. Nach dem Bericht der Kommission des Hamburger Senats und der Bürgerchaft für den Wiederaufbau der großen St. Michaelskirche schließt der Kostenaufschlag für die Wiederherstellung der durch den Brand vom 3. Juli 1906 zerstörten Kirche mit einem Gesamtbetrage von 3 529 000 M. ab.

Neue Verleumdungen durch Schnee. Wie die „Sächsische Zeitung“ meldet, herrschte gestern im Riesengebirge Karer Südostkurm, der große Verleumdungen und Verleumdungen hier vor. Auf der Arminshöhle Bahn blieb ein Personenzug im Schnee stecken. Nach einer Meldung der Eisenbahndirektion Breslau hat die Zillertalbahn Landesgut-Albendorf wegen Schneeverwehungen den gesamten Verkehr eingestellt.

Der Untergang des „Larchmont“.

Nach New Yorker Meldung wurden von den Passagieren des „Larchmont“, der vorgestern unter Bloed Island mit dem Schoner „Knowleton“ zusammenschlug, nur elf gerettet. Das Schiff befand sich nach New York unterwegs und die Passagiere lagen im tiefsten Schlafe, als die Kollision erfolgte. Der Stoß war so gewaltig, daß die Passagiere aus den Kojen geworfen wurden. Das Wasser drang sofort durch die an Backbord befindliche 15 Fuß breite Öffnung in den Maschinenraum ein, wodurch das Schiff sofort in Dampf eingehüllt wurde und 20 Fuß tief auf Grund sank. Der Kapitän erklärt, er habe zuerst die Rettungsboote für die Passagiere herabgelassen und dann erst für die Mannschaften. Es herrschte heftiger Sturm und das Thermometer stand unter Null. Fünfzig Leichen wurden bisher geborgen. Davon waren sieben auf den Rettungsbooten festgefroren. Insgesamt sind etwa 170 Personen umgekommen. Die Ueberlebenden erklären, daß die Mannschaft nur an die eigene Rettung gedacht habe. Der Kapitän sagt aus, daß der Schoner direkt gegen sein Schiff geschleudert sei, trotzdem alle Lichter brannten und die Nacht sternklar war. Eine Entschuldigung für ihn ist das nicht, da nach dem internationalen Seerecht zur See der Dampfer einem Segler den Weg freizugehen hat.

Wie weiter aus New York gemeldet wird, treffen noch immer Fahrzeuge mit Leichen von dem gestrandeten Dampfer in Bloed Island ein.

Ein weiterer Schiffszusammenstoß wird von Hime gemeldet: Der Lloyd-Dampfer „Helios“ stieß bei Hosa mit einem aus Venedig kommenden griechischen Segler zusammen, der letztere sank, von der Besatzung konnten nur drei gerettet werden.

Weitere Opfer des Meeres. Das Blatt „Hietak“ (Petersburg) meldet: Vor einigen Tagen wurden bei einem starken Sturm im Finnischen Meerbusen bei Friedrichsham 160 esthnische und finnische Fischer aus Meer hinausgetrieben. Bis her sind 7 davon als Leichen ans Land geschwemmt worden; man befürchtet, daß auch die übrigen Fischer umgekommen sind.

Ein Eisenbahnunfall. In Sagonne sind nach Pariser Meldung infolge Entgleisung eines Zuges zur Beförderung von Bergwerksarbeitern sechs Personen getötet und vierzehn verletzt worden.

Dem Feuertode glücklich entgangen. Zu der von uns in gestriger Nummer gedruckten Notiz: „Ein Rastengrab“, wird uns gemeldet: Die als tot gemeldeten 40 Bergleute wurden nach Lösung des Brandes der Kohlengrube „Petromarieff“ unterlegt in einem Teile des Bergwerks gefunden, wohin die verdorbene Luft nicht dringen konnte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Freitag v. 16. Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße), Durchgang nach Lindenstr. 101, wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. (Gesamt 7 Uhr.) Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Briefkasten und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

C. L. 26. Wenden Sie sich an die Uarität. — **P. M. 25.** Auf Erfordern muß nachgewiesen werden, wenn Zweifel bestehen, daß die Braut Deutsche ist. — **P. 6. 7.** Eine Klage beim Gewerbegericht hätte Aussicht auf Erfolg. — **P. 6. 43.** Na, machen Sie den Versuch. — **S. M. 30.** So weit erichtlich läßt sich nicht aber Ihre Verleumdung, auf Verletzung des ehelichen Lebens klagen. Wenn nach Ablauf eines Jahres nach Rechtskraft eines Urteils die Ehegemeinschaft nicht hergestellt wird, können Sie auf Ueberlassung klagen. — **Oktober.** Wenn Sie im September Nachricht vom Verzug der Steuerbehörde gegeben haben, würde eine Reklamation Aussicht auf Erfolg haben. — **J. 1.** Der Offenbarungseid steht einer ferneren Zwangsversteigerung keineswegs entgegen. — **M. 6. und Pfeiffer.** Der Betroffene soll sich an den Vorstand seiner Organisation wenden. — **S. 8. 43.** Ihr Schwager ist im Recht. — **C. Rein.** — **M. 125.** Die Kostenrechnung müssen Sie bezahlen. Ihre Annahme, daß sich die Höhe der Kosten nach der Zahl der Termine richtet, ist irrig. — **R. 706.** Die Kinder der Mutter, gleichviel ob sie ehelich oder unehelich sind, erben zu gleichen Teilen. Können Sie sich nicht in Güte einigen, so mögen Sie sich an das Gericht wenden. Dadurch entstehen aber erhebliche Kosten. — **Metz 157.** Der Vertrag gilt weiter. — **P. 2. 29.** Gefängnisstrafe ist möglich, aber auch Freisprechung. Es ist Ihnen zu raten, einen Verteidiger zu bestellen. — **M. 3. 99.** Wenden Sie sich an einen praktischen Arzt. — **M. P. 30. 1.** und 2. Ja. § 1568 Bürgerlichen Gesetzbuchs. §. Nr. 4. Das ist möglich. — **Ruboff 500.** Wenden Sie sich direkt an die Amerika. — **M. P. 45.** Auf beliebiger Höhe: Sie können mehrere Spekulationshöhen haben. — **G. 13. 24.** monatlich. — **P. 2. 87.** Die Reklamation hätte schon erfolgen müssen. Reklamen Sie sie nachträglich der Ortskommission schriftlich ein. — **G. 12. 1.** Ja. 2. Ja. 3. Dazu sind leider bestimmte Gründe nicht erforderlich. 4. Leider nein. **M. 2. 33.** Eine Klage auf Schadenersatz und Rückzahlung wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Wie lange ein Prozeß sich hingezogen wird, ist nicht im voraus zu sagen. — **Anna 32.** Ja. — **M. 2. 777.** Dem von Ihrer Frau in die Ehe gebrachten außerehelichen Kind, dessen Vater Sie nicht sind, können Sie unter Zustimmung des Vormundes und der Ehefrau durch Protokoll beim Standesbeamten oder durch einen notariell oder gerichtlich zu beglaubigende Erklärung, die dem Standesbeamten zu überreichen ist, ihren Namen erteilen. Ein Beispiel für solche Erklärung finden Sie Seite 21 Nr. 12 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **M. 43.** Der Frau steht dieses Recht zu. — **M. P. 50. 1.** Ihren Schwiegervater beehrt die Halbschwäger nicht. Die Entlassung von Erb ihrer Großmutter. Ob ein großmütterlicher Nachlass vorhanden ist, ergibt Ihre Schreiben nicht. Der Nachlass würde auf den Vorbesitzer übergehen, wenn das Kind nach dem Tode seiner Großmutter gestorben ist. 2. Ja, die Erben könnten gerichtliche Erteilung oder Substitution weils Teilung beim Gericht beantragen. — **M. P. 11.** Wenn Ihre Tochter die betreffenden Gegenstände verschlagen hat, so ist sie auch zum Ersatz verpflichtet. — **G. 2. 1881.** 1. Nein. 2. Offenbarer Frauenverleumdung. — **P. 2. 100.** Wenn in letzter Instanz angenommen wird, daß die Erbschaftsverteilung befristet ist, ja. — **M. 2. 100.** Die Leihentgelt hat Ihnen die Sachen zurückzugeben, eventuell haben Sie zu zahlen. In erster Linie ist es ratsam, sich an die Staatsanwaltschaft zu wenden. — **M. 2. 31.** Auf jeden Fall einen Anwalt zu dringen, ist unmöglich. Die Sache selbst ist vor länger als einem halben Jahre im „Vormunds“ ausführlich behandelt. — **J. M. 666.** Die Kasse ist nicht zur Zahlung und Unterhaltung, sondern zur Zurückzahlung der irrthümlich erhobenen Beiträge verpflichtet. — **G. 2. 35. 1.** Das hängt vom Ermessen des Richters ab, wahrscheinlich nicht. 2. Ja. — **S. 6. 100.** 1. Leider ja. 2. Ja, auf die Dauer von sechs Wochen, aber nicht über den Zeitraum der Dienzeit hinaus. 3. Eine solche Anstalt ist und leidet nicht darunter. — **3. M. 100.** Leider nein. — **M. 2. 7.** Es kann Beleidigung, aber auch Nachschuldung angenommen werden; je nach der tatsächlichen Feststellung kann auf Geld- oder auf Gefängnis- oder auf Justizstrafe erkannt werden. — **M. 2. 31.** Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an das Landwirthschaftsministerium. — **Nummer 79.** Intendantursekretäre beziehen ein Gehalt von 1950 bis 4300 M. Wegen des weiteren wenden Sie sich mit einer Anfrage direkt an eine Intendantur. — **G. M. 127.** Das Reklamation der Oberrealistik berechtigt, abgesehen vom Studium, zum Eintritt in den höheren Post- und Telegraphendienst und in die Offizierslehre. — **M. 2. 100.** Wenden Sie sich an das Verzeichnis aus der Buchhandlung Bantow, in dem Sie das Verzeichnis finden werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der kaiserlichen Reichsanwaltschaft (Großhandel.)

Haar 63-68, IIIa 57-62, IVa 49-55, dän. Sullen 60-65, hell 0/0, Halbseide, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 72-80, IIIa 54-65, hell 58-62, dän. 60-68, Hammelsteck Ia 67-76, IIa 50-65, Schweinefleisch 54-62, Rindfleisch, Hamb. per Pfd. 0,70, Ia 0,60, Rindfleisch Ia 0,40-0,45, IIa 0,30-0,35, do. Rindfleisch 0,30-0,45, Hammel 0,40-0,55, do. Rindfleisch 0,40-0,60, Rindfleisch 0,40-0,45, Rindfleisch 0,50, Hafen, Hamb. per Pfd. 3,80-3,40, da. II 1,25-1,50, Rindfleisch per Pfd. 0,90-1,00, Rindfleisch per Pfd. 0,90, Rindfleisch, alle per Pfd. 1,00-1,10, da. Ia 1,00-1,25, da. Junge der Stadt 0,90-1,10, Rindfleisch der Stadt 0,40-0,80, junge Rindfleisch 0,00, ländliche 0,00, Enten per Pfd. 2,00-2,25, Hamburger Junge per Pfd. 2,70, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,05-1,30, Gänse 1,25-1,50, Gänse per 100 Pfund 80-90, groß 0,00, mittel 0,00, Rindfleisch 0,42-0,57, klein 0,00, Schelle, unsortiert 0,00, groß 81, kleine 44-57, Kalf, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Rindfleisch 43-51, groß 32-35, matt 38, Rindfleisch 50-70er 0,90, da. 35-40er 0,00, Rindfleisch 53, matt 38, Rindfleisch 56-57, da. 73-75, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, Rindfleisch, hell 0,75-1,25, Dorsch, hell 0,00-0,00, Rindfleisch, Rindfleisch Ia 3-4, da. mittel der Rindfleisch 2-3, dän. 0,00-4-5, halbe Rindfleisch 1,50-2, Rindfleisch, per Pfd. Rindfleisch 3,50-5,00, Straubener 0,00, Kalf, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Rindfleisch per Pfd. 5-9, Rindfleisch Rindfleisch 5-8, da. 1/2, Rindfleisch 3,00, Rindfleisch, p. 100 Pfd. 25-30, Rindfleisch 0,00, Sardellen, 1902er per 100 Pfd. 93, 1901er 90, 1900er 73-75, Schottische Vollbreite 1905 Unter, lars 40-44, fuller 30-38, mod. 35-42, deutsche 37-41, Deringe, neue Rindfleisch, per 1/2, Ia 60-120, Sardellen, russ. 1/2, 1,50-1,60, Rindfleisch, Rindfleisch (4 Rindfleisch) 1,50-1,75, Rindfleisch, Schottisch 11, Rindfleisch 5-6, Rindfleisch 14, Eier, Land, der Rindfleisch 5,50-5,80, Rindfleisch per 100 Pfd. Ia 114-120, IIa 110-115, IIIa 108-112, abfallende 90-100, Rindfleisch Gurken Rindfleisch 3,50-4,00, Pfefferkörner 3,50-4,00, Rindfleisch per 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,25-2,50, Deringe 2,25-2,50, Rindfleisch 0,00, weisse 2,00-2,25, Salatartoffeln 5,00-6,00, Rindfleisch per 100 Pfund 25-40, Karotten per 100 Pfund 10-12, Sellerie, Rindfleisch, per Rindfleisch 3,00-7,00, da. pommerische 7,00-8,00, Rindfleisch groß, per 100 Pfd. 3,00-4,00, do. kleine 3,00-3,50, da. Rindfleisch (Rindfleisch) 0,00, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch, grün, Rindfleisch 1-2, Rindfleisch per Rindfleisch 0,00, Rindfleisch, Rindfleisch 2,40-2,80, Rindfleisch per 100 Pfund 4,00-7,00, Rindfleisch Rindfleisch per 100 Pfd. 7-10, Rindfleisch Rindfleisch, groß 2 bis 2,50, Rindfleisch 6-8, Rindfleisch 2,00-2,50, Rindfleisch Rindfleisch p. Kopf 0,16-0,43, Rindfleisch per Rindfleisch 2-2,50, Rindfleisch der Rindfleisch 4,00, Rindfleisch per Rindfleisch 3,00, Rindfleisch 100 Pfd. 2,75-3,00, Rindfleisch per 100 Pfd. 25-35, Rindfleisch per 100 Pfd. 6-7, Rindfleisch 12 Rindfleisch 2,00-3,00, Rindfleisch, per 100 Pfd. Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 8-20, Rindfleisch 35-38, Rindfleisch per 100 Pfd. Rindfleisch 17-23, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch in Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 32-60, Rindfleisch 17-30, Rindfleisch, Rindfleisch, 300 Rindfleisch 7,00-9,00, 300 Rindfleisch 9-13, Rindfleisch, Rindfleisch, per Rindfleisch 0,00, Rindfleisch 200er Rindfleisch 7-10, do. 300er 8-10, Rindfleisch 420er Rindfleisch 14-20,00, do. 714er 15-21, Rindfleisch, 19er, 11,50-12,00, do. 200er 10, do. 300er 10-11, Rindfleisch 100er 7-9, do. 150er 7,50-9,50, do. 80er 9,00-10, Rindfleisch in Rindfleisch per 100 Pfd. 10-15, Rindfleisch, Rindfleisch 0,75-2,00, do. in Rindfleisch per 100 Pfd. 25-30.

Witterungsüberblick vom 13. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Baromet. Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Schwabmünde	754,30	7haß Sd.	3	4	Papenburg	779,5	4	Südnord	4
Berlin	749,30	4	beobachtet	4	Berlin	773,50	1	Wald	1
Oranienburg	749,30	4	Wald	1	Oranienburg	758,30	3	Wald	3
Frankfurt a. M.	747,30	3	beobachtet	0	Berlin	753,30	3	Wald	3
Wilmanns	751,30	2	halb Sd.	5	Duisburg	745,30	6	Wald	6
Wien	758,30	3	beobachtet	9					

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. Februar 1907.

Wunderl etwas mürre, sonnig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen südlichen Winden; später langsam aufwärmend und wieder etwas kälter. Berlin: Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 14. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Postillon von Loupinceau. Die Puppenfee.
Kgl. Schauspielhaus. Ballenfeind Tod.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Befling. Rosenmontag.
Weites. Cousin Bobby.
Vorführung. Der Haffenschmied.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Im bunten Rock.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Minna von Barnhelm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Der Familien-Tag.
Romische Oper. Lotka.
Berliner. Sherlock Holmes.
Neues Schauspielhaus. Herthas Hochzeit.

Reines. Ein idealer Gatte.
Neues. Cousin Bobby.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schauspielhaus. Herthas Hochzeit.
Central. Künstlerblut.
Deutsches. Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.
Thalia. Eine lustige Doppeldehne.
Gulien. Herr Potter aus Texas.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Trianon. Jst. Josette — meine Frau.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Apollo. Die schöne Bestallin. Spezialitäten.
Kosmos. Lebige Leute. Spezialität.
Jollys Caprice. Im Café Abelles.
Ein Klavierprozeß. Lotte Sebus.
Vollzug. Mal was anderes. Spezialitäten.
Prater-Theater. Die Elfe vom Erlenhof.
Figaro. Hochzeitssnacht. Sein Ideal.
Kataklysmen. Unter dem Berg. Chicagoer Landwirt. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Spezialitäten.
Karl Haberlaub. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tantenstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromagnetismus.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwanz in 3 Akten v. M. Dennequin und Pierre Weber.
Robert de Lislein: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schiffswagen-Kontrollent.
DERNHARD ROSE THEATER
Anf. 8 Uhr. Um 10 Uhr: Sherlock Holmes.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder vorstellung: Der Rattenfänger von Hameln.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.
Hansary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Kauonen überall gestattet.
Sonntag, 17. Februar, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.
Apollo Theater
10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Bernhard Körbitz,
Charakter-Komiker.
Wiederum: Die Attraktionen des großen Spezialität-Programms.
Vorher: Die schöne Bestallin. Operette von Viktor Hollaender.
WINTER GARTEN
Abends 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromagnetismus.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Honas
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes
Freitag: Sherlock Holmes.
Sonnab.: Der Hund von Badstube.
Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.
Durchschlagender Operetten-Erfolg!
Waffenblitz 7 1/2 Uhr:
Waffenspiel Rich. Berner
Cousin Bobby.
Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 14. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Morgen:
Weh' dem, der lügt.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Morgen und folgende Tage:
Meißner Porzellan.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Freitag: Eine triviale Komödie für ferliche Leute. (Sunbury.)
Sonnabend zum 100. Male: Ein idealer Gatte.
Lortzing-Theater.
Follies-Capricestr. 7/8.
Donnerstag, 14. Februar, 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnement günstig!
Morgen:
Der Alkado.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Haffenschmied.
Zentral-Theater.
(Operette) Anfang 8 Uhr.
Künstlerblut.
Freitag (halbe Preise): Künstlerblut.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Herr Potter aus Texas.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Benefiz für Herrn Güner.
Zum ersten Male: Der Hund von Badstube.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromagnetismus.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwanz in 3 Akten v. M. Dennequin und Pierre Weber.
Robert de Lislein: Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schiffswagen-Kontrollent.
DERNHARD ROSE THEATER
Anf. 8 Uhr. Um 10 Uhr: Sherlock Holmes.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder vorstellung: Der Rattenfänger von Hameln.
Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.
Hansary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Kauonen überall gestattet.
Sonntag, 17. Februar, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.
Apollo Theater
10 Uhr! Täglich: 10 Uhr!
Bernhard Körbitz,
Charakter-Komiker.
Wiederum: Die Attraktionen des großen Spezialität-Programms.
Vorher: Die schöne Bestallin. Operette von Viktor Hollaender.
WINTER GARTEN
Abends 8 Uhr: Dr. B. Donath: Elektromagnetismus.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Honas
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sherlock Holmes
Freitag: Sherlock Holmes.
Sonnab.: Der Hund von Badstube.
Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.
Durchschlagender Operetten-Erfolg!
Waffenblitz 7 1/2 Uhr:
Waffenspiel Rich. Berner
Cousin Bobby.
Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 14. Februar 1907:
Herthas Hochzeit.
Morgen:
Weh' dem, der lügt.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Morgen und folgende Tage:
Meißner Porzellan.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Freitag: Eine triviale Komödie für ferliche Leute. (Sunbury.)
Sonnabend zum 100. Male: Ein idealer Gatte.
Lortzing-Theater.
Follies-Capricestr. 7/8.
Donnerstag, 14. Februar, 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnement günstig!
Morgen:
Der Alkado.
Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Haffenschmied.
Zentral-Theater.
(Operette) Anfang 8 Uhr.
Künstlerblut.
Freitag (halbe Preise): Künstlerblut.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Herr Potter aus Texas.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Benefiz für Herrn Güner.
Zum ersten Male: Der Hund von Badstube.

Gebr. Herrfeld-Theater
Anf. 8 Uhr. Einlog 7 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Neuer großer durchschlagender Lach-Erfolg!
Ein verrücktes Hotel
mit dem Vorspiel:
„Hayfisch geht zur Jagd“
Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrfeld
Vorher: 11-2 Uhr (Theaterkasse)
Sonntag, den 17. Februar.
nachmittags 3 1/2 Uhr d. halben Kassenpreisen:
Endlich allein.
Fall Blumentopf.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Der große Lacherfolg!
Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.
Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Görs.
Sonnabend, 16. Februar,
abends 8 Uhr:
Wiederbeginn
der
Spezialitäten-
Vorstellungen
mit einem
auserlesenen Programm.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
6/7. Abteilung:
Weh' dem, der lügt.
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Mozartkonzert im Mozartsaal
Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Anfang der Billeterverlosung 7 1/2 Uhr.
22. Kunstabend
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/8
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Heber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin SW.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Um 1. Male: Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelms-Städtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familien-Tag.
Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Engl. Box-Kämpfe.
Als drittes Paar (Schwergewicht) Hofstad, gegen Lewis, Berlin, gegen America.
Manello - Maritz - Truppe
Khadaten.
The Novellos
(Quaden in Europa).
Der Jockey, Schachzetter, usw.
Um 9 1/2 Uhr: ROM.
Voranzeige!
Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sandor-Konkurrenz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fiesko.

Zirkus Schumann
Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm und nur kurzgedauertes Lustspiel. Die größte u. schönste aller existierenden Gruppen
Mr. Richard Sawades
einzig bestehende, wunderbar dressierte gemischte
Naubtier-Gruppe,
bestehend aus Königstigern, Löwen, Glühären, Angenbären usw., alles wirkliche Grand-Exemplare.
Feiner die großartigen Februar-Spezialitäten.
Um 9 Uhr zum 50. Male: Das größte und schönste Tierkabinett
St. Hubertus.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 14.
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für den ersten Liebhaber A. Stünkel:
Im Hause der Sünde.
Sittengemälde in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Einlog 30 Pf. Ball.
Freitag: Eine Familie.
Prater-Theater
Kastanien - Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Die Elfe vom Erlenhof.
Lustspiel in 5 Akten von G. Etaat.
Vorher:
Zum ersten Male:
Kabale und Liebe.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Nach 12jähriger Genusurverbot freigegeben:
Ausgewiesen.
Drama in 4 Akten von C. Böttcher.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Larm- u. Beuststr. 10-12, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.
Passage-Theater.
Heute Donnerstag, 14. Februar, zum 10. Male:
Mal was Anderes!
Vollst. von Leop. Els.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kettner.
Vorher: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.
Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holentz. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- u. Soubrette d. Metropol-Theater in Berlin.
Leonard Haskel
der beliebteste Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Sochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaur. ant Bockbier-Fest.
Sanssouci, Koffbuser
Koffbuser, Straß. 44.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Stimmlicher Lacherfolg:
Der Hauschlüssel.
Vollst.
Sonnab. 8 1/2, Sochent. 8 1/2.
Diensttag, d. 19. Februar:
Theater-Abend.

Neue Welt
Valentinsbe 108-114.
Täglich: Münchener Bockbierfest.
Muckl's neueste Schlager
Elite Tiroler Meistersinger.
Lina vom Heede
Jodlerkönigin
Originellster Bock-jubel Berlins.
Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das einzig bestehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
6/7. Abteilung:
Weh' dem, der lügt.
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Mozartkonzert im Mozartsaal
Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Anfang der Billeterverlosung 7 1/2 Uhr.
22. Kunstabend
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/8
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Um 1. Male: Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelms-Städtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familien-Tag.
Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Engl. Box-Kämpfe.
Als drittes Paar (Schwergewicht) Hofstad, gegen Lewis, Berlin, gegen America.
Manello - Maritz - Truppe
Khadaten.
The Novellos
(Quaden in Europa).
Der Jockey, Schachzetter, usw.
Um 9 1/2 Uhr: ROM.
Voranzeige!
Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sandor-Konkurrenz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fiesko.

Zirkus Schumann
Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm und nur kurzgedauertes Lustspiel. Die größte u. schönste aller existierenden Gruppen
Mr. Richard Sawades
einzig bestehende, wunderbar dressierte gemischte
Naubtier-Gruppe,
bestehend aus Königstigern, Löwen, Glühären, Angenbären usw., alles wirkliche Grand-Exemplare.
Feiner die großartigen Februar-Spezialitäten.
Um 9 Uhr zum 50. Male: Das größte und schönste Tierkabinett
St. Hubertus.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 14.
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für den ersten Liebhaber A. Stünkel:
Im Hause der Sünde.
Sittengemälde in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Einlog 30 Pf. Ball.
Freitag: Eine Familie.
Prater-Theater
Kastanien - Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Die Elfe vom Erlenhof.
Lustspiel in 5 Akten von G. Etaat.
Vorher:
Zum ersten Male:
Kabale und Liebe.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Nach 12jähriger Genusurverbot freigegeben:
Ausgewiesen.
Drama in 4 Akten von C. Böttcher.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Larm- u. Beuststr. 10-12, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.
Passage-Theater.
Heute Donnerstag, 14. Februar, zum 10. Male:
Mal was Anderes!
Vollst. von Leop. Els.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kettner.
Vorher: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.
Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holentz. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- u. Soubrette d. Metropol-Theater in Berlin.
Leonard Haskel
der beliebteste Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Sochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaur. ant Bockbier-Fest.
Sanssouci, Koffbuser
Koffbuser, Straß. 44.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Stimmlicher Lacherfolg:
Der Hauschlüssel.
Vollst.
Sonnab. 8 1/2, Sochent. 8 1/2.
Diensttag, d. 19. Februar:
Theater-Abend.

Neue Welt
Valentinsbe 108-114.
Täglich: Münchener Bockbierfest.
Muckl's neueste Schlager
Elite Tiroler Meistersinger.
Lina vom Heede
Jodlerkönigin
Originellster Bock-jubel Berlins.
Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das einzig bestehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
6/7. Abteilung:
Weh' dem, der lügt.
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Mozartkonzert im Mozartsaal
Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Anfang der Billeterverlosung 7 1/2 Uhr.
22. Kunstabend
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/8
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Um 1. Male: Im bunten Rock.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freiherrn v. Schlicht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelms-Städtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Familien-Tag.
Zirkus Busch.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Um 8 1/2 Uhr: Fortsetzung der Engl. Box-Kämpfe.
Als drittes Paar (Schwergewicht) Hofstad, gegen Lewis, Berlin, gegen America.
Manello - Maritz - Truppe
Khadaten.
The Novellos
(Quaden in Europa).
Der Jockey, Schachzetter, usw.
Um 9 1/2 Uhr: ROM.
Voranzeige!
Demnächst: Große internationale Ringkampf-Sandor-Konkurrenz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Fiesko.

Zirkus Schumann
Heute abend präglte 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend.
Gala-Programm und nur kurzgedauertes Lustspiel. Die größte u. schönste aller existierenden Gruppen
Mr. Richard Sawades
einzig bestehende, wunderbar dressierte gemischte
Naubtier-Gruppe,
bestehend aus Königstigern, Löwen, Glühären, Angenbären usw., alles wirkliche Grand-Exemplare.
Feiner die großartigen Februar-Spezialitäten.
Um 9 Uhr zum 50. Male: Das größte und schönste Tierkabinett
St. Hubertus.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 14.
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für den ersten Liebhaber A. Stünkel:
Im Hause der Sünde.
Sittengemälde in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Einlog 30 Pf. Ball.
Freitag: Eine Familie.
Prater-Theater
Kastanien - Allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Die Elfe vom Erlenhof.
Lustspiel in 5 Akten von G. Etaat.
Vorher:
Zum ersten Male:
Kabale und Liebe.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel
Bernhard Rose-Theater.
Nach 12jähriger Genusurverbot freigegeben:
Ausgewiesen.
Drama in 4 Akten von C. Böttcher.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf bei Krüger & Oberbeck, Larm- u. Beuststr. 10-12, sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.
Passage-Theater.
Heute Donnerstag, 14. Februar, zum 10. Male:
Mal was Anderes!
Vollst. von Leop. Els.
Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Ernst Kettner.
Vorher: Die glänzenden Februar-Spezialitäten.
Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Holentz. Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Anna Müller-Lincke
Gesangs- u. Soubrette d. Metropol-Theater in Berlin.
Leonard Haskel
der beliebteste Volks-Komiker.
Max Franklin-Truppe.
15 neue lustige Februar-Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Sochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaur. ant Bockbier-Fest.
Sanssouci, Koffbuser
Koffbuser, Straß. 44.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Stimmlicher Lacherfolg:
Der Hauschlüssel.
Vollst.
Sonnab. 8 1/2, Sochent. 8 1/2.
Diensttag, d. 19. Februar:
Theater-Abend.

Neue Welt
Valentinsbe 108-114.
Täglich: Münchener Bockbierfest.
Muckl's neueste Schlager
Elite Tiroler Meistersinger.
Lina vom Heede
Jodlerkönigin
Originellster Bock-jubel Berlins.
Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das einzig bestehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.
Kasino-Theater
Follies-Caprice
Linienstr. 132, an der Reichsstr.
Im Café Abelles.
Um bunten Teil: Lotte Sebus.
Ein Klavierprozeß.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 10-2 Uhr an der Theaterkass. und bei Bertelm.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
6/7. Abteilung:
Weh' dem, der lügt.
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Mozartkonzert im Mozartsaal
Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Anfang der Billeterverlosung 7 1/2 Uhr.
22. Kunstabend
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/8
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.



Das Lieblingsgetränk aller Kinder!
Das Frühstückgetränk jeder Familie!
Das Getränk für Alle!

Wer nur 4 Wochen lang regelmäßig zum ersten Frühstück Cacaool trinkt, wird den unvergleichlichen Erfolg in seinem Wohlbefinden merken. — Kinder sollen Cacaool früh und nachmittags trinken, es gibt kein gesünderes und bekömmlicheres Getränk als Cacaool.
Wer magenleidend, darmkrank, appetitlos ist und zu Abmagerung neigt, trinke dreimal täglich Cacaool, ebenso wer nervös und durch geistige Arbeit etc. überanstrengt ist. Cacaool stärkt als natürliches (nicht künstliches) Kräftigungsmittel die Nerven und wirkt beruhigend.
Alleiniger Fabrikant:
Wilh. Framann, Radeboul-Dresden.
Man verlange aufklärende Prospekte, Broschüren, wertvolle Gutscheine und 1 Probepaket für M. 1.— oder M. 0,50 bei:
Haupt-Niederlage:
Otto Kretschmar, Rosenthalerstr. 6/7 — Alleiniger Fabrikant: Wilh. Framann, Radeboul-Dresden. — Generalvertreter: Max Henning, Berlin W. 50, Pragerstr. 33. Fernsprecher: Wilmersdorf Nr. 2768.
Niederlagen:
A. Schläger & Co., SW., Friedrichstraße 47.
H. Lietzmann, SW., Königgrätzerstraße 115.
H. Lietzmann, SW., Königgrätzerstraße 101.
Max Schüler, SW., Großbeerenstraße 77.
Paul Hennig, SW., Großbeerenstraße 62.
Franz Klawa & Co., W., Mauerstr. 8.
Friedenau, Sponholzstr. 26.
Wilmersdorf, Berlinerstr. 35.
Karl Wobig, W., Geisbergstr. 24.
W., Pragerstr. 27.
W., Pragerplatz 5.
A. Schläger & Co., W., Mauerstraße 13-14.
Hans Ritzmann Nig., Charlottenburg, Goothe-Park 11.
Walter Hausschell, Schöneberg, Vorbergstr. 8.
Hugo Kloss, W., Nürnbergerplatz.
Wilh. Friesicke, Charlottenburg, Kantstr. 136.
Paul Kahle, W., Lützowstr. 82.
Otto Reihel, SO., Eisenbahnstr. 4.
Gustav Voigt, SO., Wienerstr. 47.
Emil Rothe, O., Königsbergerstr. 11.
A. Doormann, O., Warschauerstr. 76.
W. G. Wierprecht, O., Memelerstr. 25.
Paul Regolin, Friedrichsfelde, Berlinerstr. 103.
Wilh. Krahe, SO., Wrangelstr. 81.
Otto Borchardt, O., Mühlenstr. 1.
Otto Werk, SO., Lübbenerstr. 1.
Herm. Timm, SO., Mantuffelstr. 106.
C. E. Fink, N., Pankstr. 3c.
Franz Klawa & Co., N., Weinbergsweg 8.
NW., Waldstr. 11.
Rudolf Fink, NW., Turmstr. 10.
Berthold Krüger, NW., Turmstr. 74.
F. Wiesner, NW., Lessingstr. 8.
Otto Odebrecht, N., Prinzen-Allee 38.
Gustav Bahr, N., Müllerstr. 165.
Paul Krahe, NO., Palisadenstr. 88.
A. Kloss, NO., Strassbergerstr. 29.
W. Dilling, NO., Rykestr. 6.
Alex Bischoff, NO., Friedrichsbergerstr. 2.

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde.
Von Paul Göhre.
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69.
Maskenanzüge
verleiht Quanter,
Charlottenburg, Wallstr. 35.
Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 34672.
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: Weltausstellung St. Louis 1904.
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähmethode.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Cramer & Co., Berlin SW.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang
Sochentags
8. Sonntags
7 Uhr.
Reichshallen-Restaur. ant Bockbier-Fest.
Sanssouci, Koffbuser
Koffbuser, Straß. 44.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonnab., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Stimmlicher Lacherfolg:
Der Hauschlüssel.
Vollst.
Sonnab. 8 1/2, Sochent. 8 1/2.
Diensttag, d. 19. Februar:
Theater-Abend.

Neue Welt
Valentinsbe 108-114.
Täglich: Münchener Bockbierfest.
Muckl's neueste Schlager
Elite Tiroler Meistersinger.
Lina vom Heede
Jodlerkönigin
Originellster Bock-jubel Berlins.
Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Gustav Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.
Das einzig bestehende
Elite-Februar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

Freie Volksbühne
Sonntag, den 17. Februar cr., nachmittags 3 Uhr:
Neues Schauspielhaus.
6/7. Abteilung:
Weh' dem, der lügt.
Die Häuser des Herrn Sartorius.
Mozartkonzert im Mozartsaal
Sonnabend, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Anfang der Billeterverlosung 7 1/2 Uhr.
22. Kunstabend
Sonnabend, den 2. März, 8 1/2 Uhr.
Dr. Leopold Hirschberg über:
Glück, mit pianistischen u. gesanglichen Erläuterungen.
228/8
Der Vorstand. I. Vert.: G. Winkler.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Berichtigung.
Die Beerdigung unseres Mitgliebes
Richard Keller
findet heute Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verein der Droschkenfürer Berlins und Umgegend
Mitgliedschaft IV
d. Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Unseren Mitgliebers zur Nachricht, daß der Kollege
Heinrich Weigt
im Alter von 54 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Charité-Kirchhof, Seefraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Gerichts-Zeitung.

Ein gerichtliches Nachspiel zum Streik in den Siemenswerken.

Anlässlich des letzten Streiks in den Berliner Werken der Firmen Siemens-Halske und Siemens-Schuckert machte die dort gegründete „gelbe Gewerkschaft“ viel von sich reden. Mit allen Mitteln der Ueberredung und des wirtschaftlichen Druckes wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen der Werke durch die Meister und sonstige Beauftragte der Direktion veranlaßt, sich der sogenannten „Krankenunterstützungs-Kasse“ der Firma anzuschließen und dadurch Mitglied der „Organisation der Unorganisierten“ zu werden. Vorbedingung zur Aufnahme in den gelben Verein war die unterschriebene Erklärung, daß das Mitglied „seiner Organisation angehöre“ und die auch in außerhalb der Firma stehenden Betrieben beschäftigte Arbeiter umfaßt, auch keine diese Organisationen in irgend einer Form unterstütze.“ In erster Linie sollte damit erreicht werden, daß sich diese Arbeiter nicht mit den Streikenden solidarisch erklärten oder gar selbst an dem Streik beteiligten. Da es den Meistern u. s. w. gelungen war, jener gelben Vereinigung einen nicht unerheblichen Teil der Arbeiter zuzuführen, so gab der Metallarbeiterverband im Oktober v. J. ein Flugblatt heraus, betitelt: „Ein Wahnwort an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckert-Werke.“ Durch den Inhalt derselben fühlte sich nun besonders der Vorsitzende der Krankenunterstützungs-Kasse alias „gelben Gewerkschaft“, der Mechaniker Richard Ruck zu Wilhelmstr. bei Spandau, Uhländstr. 3, schwer beleidigt. Er stellte Strafantrag und die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren ein. Hierbei ergab sich jedoch, daß der erste Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen, dessen Name als „Verantwortlicher“ unter dem Flugblatt stand, weder der Verfasser des Flugblattes war, noch an dem Zustandekommen desselben Anteil genommen hatte.

Die Staatsanwaltschaft setzte daher den mitunterzeichneten Buchdruckereibesitzer C. Janiszewski in Anklagezustand. Ihm wurde zur Last gelegt, aus Fahrlässigkeit durch das in seiner Druckerei hergestellte und zur Verbreitung gelangte Flugblatt die Mitglieder der „Krankenunterstützungs-Kasse“ und hauptsächlich deren genannten Vorsitzenden beleidigt, ferner „diese durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht haben, an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen und ihnen Folge zu leisten.“ (Vergehen gegen das Preßgesetz, gegen § 185 des Strafgesetzbuchs und gegen § 153 der Gewerbeordnung.)

In der mündlichen Verhandlung, die gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, wurde zunächst der beleidigte Mechaniker Ruck, Vorsitzender der „Gelben“ vernommen. Der Zeuge wandte sich mit einem großen Aufgebot stiltlicher Entschiedenheit dagegen, daß in dem Flugblatt mit Bezug auf „seinen“ Verein als von einer Streikbrechervereinigung gesprochen war. Als Streikbrecher könne man doch nur jemand bezeichnen, der einer Organisation angehöre und dann den Streik nicht mitmache. Seine Leute seien jedoch gar nicht organisiert; sie bildeten ja im Gegenteil eine Vereinigung der Unorganisierten, wofür also auch mit Streik schon an sich nichts zu tun haben und müßten demzufolge auch den Ausdruck Streikbrecher als eine Beleidigung empfinden.

Der zweite Zeuge, Faktor Königs in der Druckerei des Angeklagten, bekundete, daß Janiszewski die zum Druck gegebenen Sachen meistens gar nicht zu sehen bekomme. Dies ginge alles durch seine Hand. Der Metallarbeiterverband bestelle allwöchentlich eine riesige Zahl von Druckfachen, und es sei seit 13 Jahren noch nie eine Beanstandung erfolgt. Wie Cohens Name auf das Flugblatt gekommen sei, könne er mit Bestimmtheit nicht sagen. Es sei möglich, daß er ihn einfach hinaufgesetzt habe, denn wenn bei den vom Metallarbeiter-Verein aufgegebenen Druckfachen sein Verantwortlicher benannt sei, so lese er regelmäßig Cohens Namen darauf, weil er wisse, daß Cohen der erste Bevollmächtigte des Verbandes ist.

Der Staatsanwalt plädierte für nachdrückliche Bestrafung. Es sei unwahrscheinlich, daß der Angeklagte als überzeugter Sozialdemokrat von diesem Flugblatt keine Kenntnis genommen habe. Hier sei jemand als Verantwortlicher genannt worden, der an der Herstellung des Flugblattes nicht beteiligt war. Offenbar sei es darauf angelegt gewesen, die Person des Verfassers zu verschleiern. Aber selbst wenn der Angeklagte nur fahrlässig gehandelt habe, sei er strafbar, denn es bestünde für ihn die Verpflichtung, sich darum zu kümmern, wen er als rechtl. Verantwortlichen für eine derartige Druckschrift benennen müsse. Da er dies aber unterlassen habe, so habe er jetzt für den Inhalt des Flugblattes. Es beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Verteidiger des Angeklagten wandte demgegenüber ein, daß von einer Verschleierung

gar keine Rede sein könne, denn der Zeuge Königs habe mit der Benennung eines Verantwortlichen etwas ganz Überflüssiges getan. Es handle sich hier um eine nicht periodisch erscheinende Druckschrift, und da sei nach § 7 des Preßgesetzes die Angabe und Zeichnung eines Verantwortlichen überhaupt nicht erforderlich. Im übrigen komme es aber lediglich darauf an, ob Janiszewski Grund zu der Annahme haben mußte, daß die ihm vom Metallarbeiterverband zur Herstellung übermittelten Druckarbeiten etwa einen strafbaren Inhalt haben könnten. Der Nachweis, daß er zu einer solchen Annahme keine Ursache hatte, sei aber schon dadurch erbracht, daß bisher noch nie etwas vom Metallarbeiter-Verein in Druck Gegebenes beanstandet worden ist. Wenn man aber trotzdem den Angeklagten haftbar machen wolle, so komme doch in Betracht, daß die Druckschrift gar nicht strafbar sei, weil sie in der Notwehr verfaßt wurde. Es könne der Beweis dafür angetreten werden, daß von Meistern und sonstigen Beauftragten aus den Siemenswerken, zu denen auch der Zeuge Ruck gehöre, im Einverständnis mit der Direktion in geradezu erpresserischer Art auf die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma eingewirkt worden ist, um sie zum Austritt aus ihrer bisherigen Organisation zu veranlassen und zum Eintritt in den sogenannten gelben Verein zu bewegen. Den Widerstrebenden sei sogar angedroht worden, sie könnten leicht ihre Arbeit bei der Firma verlieren, wenn sie sich nicht in die bewußte Krankenunterstützungs-Kasse aufnehmen ließen. In dieser Beziehung schweben eine Reihe von Strafanzeigen gegen Meister der Firma, wofür sich das Gericht eventuell durch Abbitderung der Akten informieren könne. Wo in solcher Weise von Angestellten der Firma und von Leitern der gelben Gewerkschaft gearbeitet worden sei, da müsse auch eine entsprechende Abwehr als in Wahrnehmung berechtigter Interessen liegend angesehen werden.

Daher auf den letzten Eventualantrag des Verteidigers näher einzugehen, schloß sich das Gericht dessen sonstigen Ausführungen an und erkannte nach kurzer Vernehmung auf Freisprechung.

Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß Gehlsen.

Gestern begann ein Wiederaufnahmeverfahren in dem Prozeß des wegen vermeintlicher Erpressung zu 18 Monaten Gefängnis verurteilten Schriftstellers Gehlsen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II. Es sind 25 Zeugen geladen u. a. der frühere Vordirektor Romeid, der frühere Rechtsanwalt Hertwig und Professor Moritz Meyer. Es handelt sich um Vorgänge aus den Jahren 1896 bis 1898. In jenen Jahren richtete G. in der von ihm herausgegebenen „Charlottenb. Stadtlaterne“ heftige Angriffe gegen den Charlottenburger Kreditverein und die Immobilienverkehrsbank sowie gegen verschiedene andere Finanzinstitute und Mitglieder der hiesigen Ananoo. Diese Preßangriffe hatten seinerzeit eine Anklage wegen Verleumdung, verlustigen Vertrages und vor allem wegen Erpressung zur Folge. Wegen der ersteren Delikte wurde Gehlsen freigesprochen, dagegen wurde er am 22. Dezember 1899 wegen Erpressung in zwei Fällen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust verurteilt. Gehlsen hat diese Strafe verbüßt. Bald nachdem das Reichsgericht seine Revision verworfen hatte, begann Gehlsen mit großem Eifer das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben, welches schließlich nach jahrelangen Kämpfen von Erfolg begleitet war, da das Kammergericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwies. — In der gestrigen Verhandlung gibt der Angeklagte bei seiner Vernehmung an, im Jahre 1841 in Tönning (Schleswig) geboren zu sein. Er ist mehrfach wegen Verleumdung durch die Presse mit Geldstrafen belegt, u. a. aber auch wegen Plamardbeleidigung und Verleumdung des Stadtgerichtsrats Reich im Jahre 1877 zu 4 Jahren und 6 Monaten Gefängnis in contumaciam verurteilt. Gehlsen war seinerzeit nach London geflüchtet und hat diese Strafe nicht verbüßt.

Bei seiner Vernehmung über die Sache selbst gibt Gehlsen an, er habe im Jahre 1897 in Charlottenburg das „Charlottenburger Wochenblatt“ und die „Charlottenburger Stadtlaterne“ begründet. In den Spalten dieser beiden Zeitschriften habe er von Anfang an den Kampf gegen die Hypothekendarlehen und die in der Charlottenburger Stadtwirtschaft eingeriffene Korruption geführt. Die Idee der Gründung dieser Blätter sei von dem Weinhandler Felle ausgegangen. Die ersten Mittel in Höhe von 1200 M. wären von verschiedenen Freunden des F. angebracht worden, die das Wochenblatt in erster Linie zu Wahlpropagandazwecken zu benutzen gedachten. Außer 300 M. bar zu Anfang habe F. ihm noch verschiedene kleinere Summen zum Teil barlehnweise gegeben. Im August 1898 habe er (Gehlsen) das erste Mal einen Artikel veröffentlicht, der sich gegen den Charlotten-

burger Kreditverein richtete. Das Material hierzu sei ihm im Theater des Westens von verschiedenen Charlottenburger Bekannten mitgeteilt worden. So habe man ihm erzählt, der Kreditverein „mache“, um eine Unterbilanz zu verdecken, schon lange in faulen Wechseln, die schon den Betrag von 2700 000 Mark erreicht haben sollten. Der Angeklagte gibt hierzu an, daß er lediglich um eine Warnung an die Charlottenburger Kleinanleger vor dem Kreditverein zu richten, diesen Angriff gegen den Kreditverein vom Stapel gelassen. — Es wird hierauf jener Artikel vom 13. August 1898 verlesen. — Die Anklage behauptet, daß Gehlsen diesen Artikel nur veröffentlicht habe, um von dem Kreditverein eine größere Summe zu erlangen. Es wird weiter behauptet, daß der Angeklagte die früheren Artikel vor ihrer Veröffentlichung im Vorstadium der Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern des Kreditvereins zugeführt und diese dadurch so mächtig gemacht habe, daß sie sich ihre Ruhe durch Zahlung einer größeren Geldsumme erkaufen. — Der Angeklagte erklärt hierzu, daß ihm jede Erlangung von Geld seitens des Kreditvereins völlig ferngelegen habe. Kurz bevor der zweite Artikel erschien, sei der inzwischen verstorbene Stadtrat Stegemann bei ihm gewesen, der Mitglied des Aufsichtsrats des Vereins gewesen war, und habe ihn gebeten, den Artikel zu unterdrücken gegen Erstattung der Unkosten. Er (Gehlsen) habe hierin einen Versuchungsversuch erblickt und den Artikel erscheinen lassen. Zwei Tage später sei der Buchhändler Michow bei ihm gewesen und habe ihm die Bücher des Kreditvereins zur Verfügung gestellt. Er habe dann einen kaufmännisch vorgebildeten Herrn, den Buchhalter Krause — den früheren Mitangeklagten Gehlsens, der seinerzeit freigesprochen worden war — mit der Durchsicht der Bücher betraut. Das Gutachten des Krause habe ihn jedoch nicht davon überzeugen können, daß es mit dem Kreditverein nicht tatsächlich faul stehe. Er habe darauf einen neuen Artikel veröffentlicht, worauf der Syndikus des Vereins, der Rechtsanwalt Hertwig, Führer der Antifemiten, bei ihm erschienen sei und ihn überredet habe, eine Erklärung zugunsten des Vereins zu veröffentlichen. Jedem welche Bezahlung habe er (Gehlsen) nicht dafür erhalten, auch bestreite er ganz energisch die Behauptung der Anklage, er habe vor Erscheinen der Artikel dem Kreditverein Vorstadiumzüge indirekt zuzuführen lassen.

Ueber den Ausgang der Verhandlungen, der vor Freitag nicht zu erwarten ist, werden wir berichten.

Schadenersatzanspruch gegen eine Universitätsklinik.

Wegen die königliche Universitätsklinik zu Breslau leidet ein gewisser L. aus einem Unfall Schadenersatzansprüche her. Kläger wurde mit 20 Jahren zwecks einer Gehirnoperation gegen Erstattung der Kosten in die Klinik aufgenommen und fiel am Tage nach der Operation aus dem Bett. Infolgedessen traten Lähmungserscheinungen in der linken Seite auf, welche ihn erwerbsunfähig machten. In der nun gegen die Klinik geltend gemachten Schadenersatzklage fordert er von dem preussischen Fiskus als Unterhalter der Klinik Schadenersatz für die ihm durch den besagten Unfall entstandenen Nachteile. Er macht besonders geltend, daß zu wenig Wärterpersonal vorhanden gewesen sei und auch den Anstaltsleiter wie die Wärter ein Verschulden treffe, weil sie nicht nach der schweren Operation Fürsorge getroffen hätten, daß das Bett umfließt oder vermauert wurde.

Das Landgericht Breslau nimmt an, daß allerdings ein privatrechtlicher Vertrag zwischen Kläger und der Klinik vorliegen habe, wie auch der Fall des Klägers durch ein Verschulden der Klinik entstanden sei. Es kommt jedoch zur Abweisung der Klage, da nach einem Sachverständigenurteil die nach der Operation eingetretenen Lähmungserscheinungen nicht auf den Sturz, sondern auf die Operation selbst zurückgeführt werden müßten. Auf die Berufung des Klägers verneint das Oberlandesgericht Breslau ein Verschulden der Angestellten, da die drei Wärter des Saales, in dem Kläger lag, nicht jeden Augenblick bei seinem Bette sein konnten. Über auch ein Verschulden der Klinik liegt nach dem Urteil des Oberlandesgerichts nicht vor, da Wärterpersonal in genügender Anzahl vorhanden gewesen sei.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision hatte mit dem Einwande Erfolg, daß die Wärter insofern ein Verschulden treffe, als sie das Herausfallen des Kranken aus dem Bett verschwiegen hätten, was insofern faul sei mit dem Leiden geworden sein kann, da der Chirurgen der Klinik später in einem Schreiben bekundete, daß er, wenn er von dem Fall des Klägers erfahren hätte, sofort den Verband abgenommen, die Wunde besichtigt und einen Hebelstand entfernt haben würde. Wegen Nichtbeachtung dieses Beweisantrages wurde das Urteil des Oberlandesgerichts Breslau vom dritten Zivilsenat des Reichsgerichts aufgehoben und die Sache zur weiteren Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht Breslau zurückverwiesen.

95 Verkaufts-Tage 1.45 Mk. Durch große und günstige Masseneinkäufe ausschließlich reiner und tadelloser Waren sind wir in den Stand gesetzt, unserer werten Kundschaft von heute an bis auf weiteres für ihre Einkäufe außergewöhnlich große Vorteile zu bieten. Wir weisen noch besonders auf unsere Schaufensterdekorationen hin. Die Rabattmarken-Ausgabe bleibt bestehen. Warenhaus Hirschweh O., Frankfurter Allee No. 191-192 | SO., Wrangel-Strasse No. 53 Ecke Kronprinzenstraße. Ecke Falckensteinstraße.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattradem Inlett 10,50, Flanellleiche Andrastraße achtunddreißig, 22448*

Wortsa-gestrichles Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andrastraße achtunddreißig, Flanellleiche nach überall. *

Bauerdeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, Große Laken 1,00, Leihhaus Andrastraße achtunddreißig, Flanellleiche nach überall. *

Teppiche mit Farbenlechem Badrit, niedrige Große Andrastraße 9, darunter kein Laden, Bauerhoff. +1

Stegdecken billig Großes Frankfurterstraße 9, darunter. +1

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Wardienhands Große Frankfurterstraße 9, darunter, kein Laden, Bauerhoff. 14

Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme Brauer, Tüllstr. 90, Lager. +43*

Herrenfahrbrad, Damenfahrbrad, einmal benutzt, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 22519*

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete (spottbillig). Sommer, Wienerstraße 51.

Restaurations wegen Uebernahme größeren Geschäfts (sofort oder zum April); Drauerer bitt. Vogelhagen-Rummelsburg, Leisingstraße 23a, Restaurant, gut Ausk. +119*

Federbetten spottbillig. Michel, Dresdenstraße 88. 14126*

Waren- u. Kammungspreise nur kurze Zeit. Extrakt gratis und gratis. Teppichhaus Emil Lesbore, Dranienstraße 158. 22068*

Similiseidene Steppdecken 4,35 (Seidenersatz), Wolllas-Steppdecken 6,75. Waren- u. Kammungspreise. Teppichhaus Emil Lesbore, Dranienstraße 158. 22068*

Waren- u. Kammungspreise und Winterpaletots von 5,00, Poppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrodanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für luxurianten Figuren. Neue Garderobe für raumdenklichen Preisen, aus Plandleichen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Kap. Puladstraße 14. 14485*

Nähmaschine, gutgehend, billig Blumenstraße 9 II. 27610

Waldparzelle für 1000,00, kleine Anzahlung, Rest jäh. Reitern, Blumenstraße 9. 27619

Portugiesischer ganze Wirtschaft billig. Gajewski, Nordufer 5. +86

Krankwagen sofort verlässig, verstellbar mit Gummi und Polster, für jede erwachsene Person eingerichtet. Schöneberg, Koburgerstraße 14, bei Steber. +106

Partielltotal wegen anderer Unternehmungen (sofort) billig zu verkaufen. Pankstraße 10. +131

Zigarrengeschäft billig zu verkaufen. Eimondachstraße 19. +26

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Schlafstellen.

Schlafstelle 1. März, anständiges, junges Mädchen bei Kraus, Schwedterstraße 235, parterre. +67

Herrenfahrbrad, Damenfahrbrad, einmal benutzt, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 22519*

Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete (spottbillig). Sommer, Wienerstraße 51.

Restaurations wegen Uebernahme größeren Geschäfts (sofort oder zum April); Drauerer bitt. Vogelhagen-Rummelsburg, Leisingstraße 23a, Restaurant, gut Ausk. +119*

Federbetten spottbillig. Michel, Dresdenstraße 88. 14126*

Waren- u. Kammungspreise nur kurze Zeit. Extrakt gratis und gratis. Teppichhaus Emil Lesbore, Dranienstraße 158. 22068*

Similiseidene Steppdecken 4,35 (Seidenersatz), Wolllas-Steppdecken 6,75. Waren- u. Kammungspreise. Teppichhaus Emil Lesbore, Dranienstraße 158. 22068*

Waren- u. Kammungspreise und Winterpaletots von 5,00, Poppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gedrodanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für luxurianten Figuren. Neue Garderobe für raumdenklichen Preisen, aus Plandleichen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Kap. Puladstraße 14. 14485*

Nähmaschine, gutgehend, billig Blumenstraße 9 II. 27610

Waldparzelle für 1000,00, kleine Anzahlung, Rest jäh. Reitern, Blumenstraße 9. 27619

Portugiesischer ganze Wirtschaft billig. Gajewski, Nordufer 5. +86

Krankwagen sofort verlässig, verstellbar mit Gummi und Polster, für jede erwachsene Person eingerichtet. Schöneberg, Koburgerstraße 14, bei Steber. +106

Partielltotal wegen anderer Unternehmungen (sofort) billig zu verkaufen. Pankstraße 10. +131

Zigarrengeschäft billig zu verkaufen. Eimondachstraße 19. +26

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Restaurant, gutgehend, mehrere Zahlstellen vorhanden, guter Umsatz, wegen anderer Unternehmungen billig zu verkaufen. Zu erfragen. Bornsdorf-Spedition, Wittenwalderstraße 30.

Pianos, braunes, 100.- (Bornsdorf-leter Rabatt) Kurmstraße 8 I.

Dame verkauft Herrenschreibstift 50, Bährerpin, Bibliothek, Auszieh- Tisch 16, hochseine Robieinziele 4,50, Hochbett 25, Kleiderpin 28, Verstoß 30, Kart, Aufschlüssel 12, Aufschlüssel, komplett 36, Baneelosa 70, Schloßsofa 36, Stand Bett 20, Salm-Schlafzimmer, Bilder, Teppich 8, Plüschstühle Dresdenstraße 38, vorn II links. 14121

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. N. Gläser, Puladstraße 27. 14685

Stellenangebote. Radfahrer mit eigenem Zweirad, 16-17 Jahre alt, mit guter Handschrift, finden dauernde Stellung. Schützenstraße 24/25. Arbeitszeit: früh 4-11^{1/2}, nachmittags 4-7 Uhr.

Arbeiter-Ges